

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 304 · 26. JAHRGANG · AUSGABE 7-8/2020 VOM 7. JULI 2020 · ERSCHEINT MONATLICH · 2 EURO

3 | Experiment jenseits
abstrakter Wertproduktion
25 Jahre Barnimer Bürgerpost

15 | Windenergie und
zerstörte Greifvogelhorste
Erneuerbare Energie und Naturschutz

22 | Der Schrottsammler
mit dem Handwagen
Alternative Prominente (Folge 1)



Neu: Regenwasserversickerung *Warum nicht zur Landschaft passend?*

Eberswalde (bbp). Anfang Juni kam nach längerer Pause der Sprecherrat »Soziale Stadt« im Brandenburgischen Viertel zu einer Beratung zusammen. Die Mitglieder wollten wissen, was es in ihrem Kiez an neuen Baumaßnahmen gibt. Um aus erster Quelle informiert zu werden, hatte das Quartiersmanagement GUNTHER WOLF vom Eberswalder Stadtentwicklungsamt eingeladen.

Im Mittelpunkt seiner Informationen stand der Anfang Juni begonnene Ausbau der Frankfurter Allee. Dabei werde auch die marode Regenentwässerung erneuert, betonte der Stadtplaner.

Neu werde sein, daß das Regenwasser nicht mehr über lange Rohrleitungen bis zum Drehnitzfließ und dann in den Finowkanal geleitet werde, sondern innerhalb des Wohngebietes versickern soll. Langfristiges Ziel sei, die gesamte Regenentwässerung sukzessive umzustellen. Dafür sollen insgesamt drei Versickerungsbecken im Viertel gebaut werden.

Wolf bedauerte, daß im Rahmen der Planungen zur Frankfurter Allee nur ein »technisches Bauwerk« errichtet werde. Ein schmuckloses eingezäuntes rechteckiges Becken.

FRANK NEUMANN, der als Vertreter der Kirchengemeinde zum Sprecherrat gehört, wies darauf hin, daß es einst drei Teichanlagen im Brandenburgischen Viertel gab, von denen nur noch eine existiere. Zuletzt sei der Teich vor dem Freizeitschiff der Genossenschaft geplant worden. Dies sei nötig gewesen, schilderte MARKO REINHARDT von der Genossenschaft, weil der Teich eine Gefahrenquelle für Kleinkinder war, die häufig über den Zaun kletterten. Außerdem habe man den Platz benötigt, um künftig Veranstaltungen wie aktuell *Guten-Morgen-Eberswalde* durchführen zu können. Umbau und Gestaltung seien damals im übrigen vollständig durch die Genossenschaft finanziert worden.

Frank Neumann hofft nun wenigstens, daß der dritte Teich erhalten wird. Zum »technischen« Versickerungsbecken machte er den Vorschlag, wenigstens den Zaun zu begrünen.

Das Versickerungsbecken steht auch im Zusammenhang mit einem anderen Projekt, über das Gunther Wolf informierte. So werde ein Ingenieurbüro beauftragt, sich Gedanken zum »Stadtvierteileingang Ost« zu machen. Gerade dort soll das Regenwasserversickerungsbecken für die Frankfurter Allee entstehen. Gesunde Bäume stehen auch im Wege. So ein »technisches Bauwerk« trägt gewiß wenig zur Aufwertung des Stadtteileingangs bei und außer Kostengründen gibt es keine Argumente gegen eine landschaftsangepaßte und naturnähere Gestaltung des Regenversickerungsteiches.

»Das Bauwerk wird erst im Rahmen des zweiten Bauabschnittes realisiert, mit dem frühestens im Januar 2021 begonnen werden soll«, meint dazu PEGGY SIEGEMUND, die von der Fraktion *Die PARTEI Alternative für Umwelt und Natur* als sachkundige Einwohnerin in den Ausschuß für Stadtentwicklung, Wohnen und Umwelt entsandt wurde. »Mithin ist noch Zeit vorhanden, dem Versickerungsbauwerk eine ansprechendere zeitgemäße Gestaltung zu gönnen.«

Sie werde gemeinsam mit der Fraktion in der verbleibenden Zeit versuchen, eine der exponierten Lage am Stadtteileingang entsprechende ästhetische, der Landschaft angepaßte und möglichst naturnahe Lösung für den Bau des Regenwasserteiches zu finden.

Vielzuwenich

Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser, in den vergangenen Monaten haben Sie sich intensiver als vorher mit Ihrer Lebensweise befaßt. Anlaß ist ein besonderer Stamm durchtriebener Viren, der durch Mutation Wege gefunden hat, Ihr persönliches und unser gesellschaftliches Immunsystem zu überwinden.

Die Strategie der Viren läßt sich mit ökologischen Gesetzen erklären. Darin liegen auch unsere Chancen. Unser persönliches Immunsystem wird Wege und Mittel finden, die Entwicklung der Viren und den Schaden, den sie verursachen können, zu begrenzen. Bisher haben wir wahrscheinlich vieles richtig gemacht und auch großes Glück gehabt. Geholfen haben Selbstbeschränkung und Selbstversorgung.

Sorgen hingegen muß man sich um unser gesellschaftliches Immunsystem. Den Viren geht es um ihr Überleben. Dafür brauchen diese Parasiten immer wieder Menschen, die möglichst lange leben, viele Kontakte zu andern haben und die Viren zu möglichst weit entfernten Menschen tragen. Gerade Selbstbeschränkung fällt unserer Gesellschaft sehr schwer.

Ist doch nachgerade Wachstum unser Lebensprinzip geworden. Da geht es schon lange nicht mehr ums Überleben, sondern um aberwitzige Vergnügungen. Jeder noch so kleine Pups wird aufgeblasen, bis er platzt.

Immer größer, schneller, weiter, höher. Über alles und jeden wird live berichtet. Jede und jeder will alles zu jederzeit haben. Immer in Eile hetzen wir von Event zu Event, vom Fußballstadion zu Apré Ski und Konzert, über Campingplatz und Finca ins Altersheim oder in schwimmende Hochhäuser aufs Meer. Die Kinder karen wir von sonst woher in Ganztagschulen. Wir wohnen in Hochhäusern und fahren in vollen Zügen zum Großraumbüro. Nahrungsmittel werden zentral gefertigt und Viecher in Platzangst maschinell gefüttert. Wir brauchen eine Vielzahl unsichtbarer, billiger Dienstboten und viel Energie. Nun ist höchste Zeit. Für unsere Gesundheit muß sich was ändern.

Zaghafte Bemühungen lassen sich erkennen. Wir üben in Selbstverteidigung. Auf Vorschlag ihres bauernschlaun Präsidenten werden endlich amerikanische Soldaten abgezogen. Den Mindestlohn und die Rente hat man geringfügig erhöht, Wanderarbeiter, Wagenlenker, Putzteufel und Schlachtgehilfen sollen es besser haben. Kreuzfahrtschiffe liegen an Land, Flugzeuge stehen am Boden, Fußball spielt man ohne Zuschauer, Konzerte fallen aus und wir erholen uns im eigenen Land. Staatsangestellte melden sich krank und lassen uns in Ruhe. Sie verzichten freiwillig auf auf Steuereinnahmen. Sogar die Stadt Eberswalde gibt einen kleinen Teil der Gewerbesteuer zurück. Was viel wichtiger ist, viele Menschen denken über den Sinn ihrer hektischen Lebensweise nach. Machen Sie mit. Auch selber Schreiben gehört zur Selbstversorgung, denn bisher war das alles viel zu wenig.

Dr. MANFRED PFAFF

Erstes sozial-ökologisches Netzwerktreffen

Am 22. Juni traf sich im Schulgarten des ALNUS e.V. das öko-soziale Netzwerk – ein Zusammenschluß zivilgesellschaftlicher Gruppen für einen ökologisch-sozialen Wandel in und mit der Gesellschaft.

Für einige war es das erste echte Treffen von Angesicht zu Angesicht seit langem. Die Arbeit vieler Gruppen liegt seit Corona brach, ist auf Sparflamme oder läuft digital. Was hat jeden Einzelnen in dieser Zeit herausgefordert und was hat ihm Kraft gegeben?

Oft war es der Garten, das Draußensein, z.B. auf Waldspaziergängen, aber auch intensive Einzelkontakte in der WG oder der Familie. Angst und Streß standen Solidarität und Hoffnung auf positive Veränderung gegenüber. Die neuen und alten digitalen Werkzeuge, die nun verstärkt genutzt werden, können die klassischen Treffen kaum ersetzen. Körperliche Präsenz spielt eine wichtige Rolle, besonders in sozialen Aktivitäten, wo der Gruppengeist und die Handarbeit im wesentlichen Teil den Spaß an der Sache ausmachen.

Doch das eigentliche Anliegen war es, in die Zukunft zu schauen. Nach der Corona-Erfahrung und teilweise noch einarmig mit Handicap: Was ist jetzt am wichtigsten zu tun? An den drei Tischen entstanden Diskussionen zu

verschiedenen Themen. Gemeinsam ist der Ansatz, die positiven Visionen und Gefühle in den Vordergrund zu stellen und die Gemeinschaft solidarischer, also die sozialen Schranken der Eberswalderinnen und Eberswalder durchgängiger zu machen.

Begegnung braucht Räume. Die Einzelgruppen des Netzwerks wünschen sich ein gemeinsames Initiativenhaus, das für alle offen ist und wo Kunst und Kultur stattfindet. Aktuell sucht das Schöpfwerk, eine kreative Selbstmach-Werkstatt in der Schöpfungurter Straße, einen neuen Raum. So ein Ort wäre daher dringender denn je!

Die Bebauung der Friedrich-Ebert-Straße wird seit 2019 viel diskutiert. Mit Erleichterung wurde nun der Rückzug der Stadt von der Bebauung der gesamten Fläche aufgenommen. Um diesen Teilerfolg zu feiern und gleichzeitig neue Denkanstöße für die weitere Entwicklung der Fläche zu geben, soll ein gemeinsames Wiesenfest stattfinden. Gerne würden auch einzelne Gruppen des Netzwerks die Bürgerbeteiligung wieder anstoßen und weiter begleiten.

Das Treffen bestätigte allen, in Eberswalde in bester Gesellschaft zu sein. Es nährte die Hoffnung, die Krisen als Chance zu nehmen!

Das ökosoziale Netzwerk

30 km/h in Eichwerder

Viele Anwohner im Bernauer Ortsteil Eichwerder haben sich mit dem Hinweis an unsere Fraktion gewandt, daß in der Kurve über die Panke bzw. entlang der Malzmühle dringend das alte 30er-Schild wieder aufgestellt werden muß. Die gefährliche Verkehrslage erfordert eine Warnung an Autofahrer. Früher stand das Schild zur Geschwindigkeitsbegrenzung an der nötigen Stelle. Im Zuge von Baumaßnahmen wurde es entfernt, jedoch danach nicht wieder aufgestellt. Dabei wird die Geschwindigkeitsbegrenzung auch zum Schutz der Fußgänger, die an dieser Stelle die Zepernicker Chaussee queren, gebraucht.

Unsere Fraktion wird daher die Straßenverkehrsbehörde zur Wiederaufstellung des Schildes auffordern.

Das Schild ist auch angesichts des Usedom-Radweges erforderlich und trägt zu einer sinnvollen Verkehrsberuhigung zum Wohle der Einwohner von Eichwerder bei.

JÖRG ARNOLD, BVB/Freie Wähler Bernau

StVV-Sondersitzung

Eberswalde (bbp). Am 30. Juli wird es eine außerplanmäßige Sitzung der Eberswalder Stadtverordnetenversammlung geben. Hintergrund sind insbesondere notwendige Beschlüsse über diverse Vergaben für Projekte, wie z.B. die Fahrradbrücke »Altes Heizwerk«, die Borsighalle und die Außenanlagen der Kita »Spielhaus«.

KreativCafé in Bernau

Das nächste KREATIVCAFÉ FÜR ERWACHSENE findet am 18. Juli von 15 bis 16.30 Uhr im URANIA-Klub, Eberswalder Straße 9 in Bernau statt.

Sie lernen verschiedene künstlerische Techniken und Stilrichtungen kennen und zaubern sich ihr eigenes Kunst-Werk. In diesem Monat gestalten wir entweder eine Mini-Handtasche für die Gastgeberin oder einen Mini-Schulranzen für das Schulkind. Mit Designerpapier, ergänzende Texte mit Stempel und Stanzteilen, Klebebänder oder Glitzersteine wird das jeweilige Projekt kunstvoll in Szene gesetzt. Damit wird jede Karte oder jede Verpackung zu einem echten Unikat.

Dieser Kurs ist auch für Bürger mit »handicap«, da wir statt Schere mit einem Stanz- & Falzbrett arbeiten werden. Es sind keine Vorkenntnisse erforderlich. Die Freude am Tun steht im Vordergrund. Wer hat, bitte mitbringen: Klebstoff, Lineal & Schere bzw. ein Falz- und Schneidebrett. Weiteres Material über die Kursleiterin.

Der Teilnehmerbeitrag beträgt 4 Euro (Mitglieder 3 Euro) zuzüglich Materialkosten (3 Euro). Bitte passend mitbringen.

Aufgrund unserer neuen Hygienevorschriften dürfen maximal 7 Teilnehmer bei dieser Veranstaltung mitmachen. Daher ist eine Anmeldung unbedingt erforderlich (Tel. 03338/5719, 03338/3186617 oder 0176/97584468).

S. MAIER

25 Jahre »Barnimer Bürgerpost«:

Experiment jenseits abstrakter Wertproduktion

Vor 25 Jahren, am 25. Mai 1995, erblickte der Trägerverein der »Barnimer Bürgerpost« das vereinsrechtliche Licht der Welt. Vier Monate später, am 22. September 1995, erschien die erste Ausgabe. Es war eine turbulente Zeit damals. Fünf Jahre nach der Wende gingen in Eberswalde wieder Tausende auf die Straße, eine Abwasser-Bürgerbewegung sammelte in kürzester Frist 40.000 Unterschriften. In Eberswalde fand die erste demokratische Abwahl eines Bürgermeisters statt. Kurzzeitig gab es eine Art Aufbruchstimmung – wir nutzten diese, um unseren Verein zu gründen.

»Der Barnimer Bürgerpost e.V. verfolgt den Zweck«, schrieben wir damals in unsere Satzung, »sich aktiv an der Meinungs- und Willensbildung der Bürgerinnen und Bürger des Kreises Barnim zu beteiligen und deren aktive und demokratische Mitwirkung am gesellschaftlichen Leben ... zu fördern«. Unsere Zeitung sollte und soll der Kommunikation dienen.

Eine Zeitung der Leserinnen und Leser. Nicht von kommerziellen Interessen eines Verlages bestimmt oder abhängig vom Wohlwollen einzelner Geldgeber oder Anzeigenkunden.

Mit der Vereinsgründung konnten wir einige organisatorische Bedingungen gewährleisten. Die »Barnimer Bürgerpost« erscheint regelmäßig und ist für jeden zugänglich. Der Verein verhindert jegliche Gewinnerzielungsabsicht, garantiert die redaktionelle und inhaltliche Unabhängigkeit der Redaktion und bildet den Organisationsrahmen, in den sich die Leserinnen und Leser einbringen können.

Die Inhalte der »Barnimer Bürgerpost« werden entsprechend den Publizistischen Grundsätzen von den Leserinnen und Lesern bestimmt.

So überwiegen subjektiv geprägte Meinungen aus dem gesamten Lebensbereich. Mitteilungen aus erster Hand werden nicht durch redaktionelle Bearbeitung gebrochen. Wir können zurückblicken auf eine Fülle von Informationen, die ohne die »Barnimer Bürgerpost« nie öffentlich geworden wären. Der Anspruch, ohne besondere Rücksichten kritisch und frech über die lokalen Geschehnisse, Entscheidungen und Sichtweisen zu berichten, verschaffte der »Bürgerpost« Respekt bei den lokalen Kleinkönigen und ihren Lakaen, der sich auch gelegentlich durch (erfolglose) Strafanzeigen äußerte. Die einzelnen Ausgaben spiegeln die jeweils aktuelle gesellschaftliche und

politische Situation in Eberswalde. Im Rückblick werden die Augenblicksbeobachtungen in ihrer Widerspiegelung zur soziologischen Live-Studie, aus der interessierte Menschen wertvolle Hinweise für die Bewertung der aktuellen Situation gewinnen können.

»Angesprochen werden souveräne Bürgerinnen und Bürger, deren Selbstbestimmtheit und Selbstbewußtsein die Barnimer Bürgerpost ein Podium geben will.« Das impliziert selbstverständlich einen gewissen intellektuellen Standard als Voraussetzung – lesen und schreiben sollte man schon können. Wirkliche Souveränität schließt zudem die Fähigkeit ein, die Freiheit des anderen zu achten und selbst die sachliche Kritik anderer auszuhalten.

Die Selbstverwirklichung in der »Barnimer Bürgerpost« stellt darüber hinaus eine Art soziales Experiment dar, das über die Warenproduktion als bestimmende Form menschlicher Tätigkeit hinausweist.

Die materielle Hülle muß unter den gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen zwangsläufig Warencharakter tragen. Papier und Druck müssen bezahlt werden. Dazu muß die »Barnimer Bürgerpost« wie jede andere Zeitung verkauft werden. Prinzipiell gilt das auch für alle kostenlos verteilten Zeitungen, nur daß da nicht die Leser, sondern andere die Ware bezahlen, sei es über Anzeigen oder per Fördermittel, Spenden oder sonstige Zuschüsse. Die Geldgeber haben zwangsläufig einen bestimmenden Einfluß auf die Inhalte, die damit selbst zur bezahlten Ware werden.

Für die »Barnimer Bürgerpost« ist die Akzeptanz des Warencharakters der »materiellen Hülle« hingegen Möglichkeit und Bedingung für die inhaltliche Unabhängigkeit.

Die »Barnimer Bürgerpost« ist also zum einen Teil der allgemeinen Wertverwertungsprozesse

und muß sich den ökonomischen Prinzipien dieser Prozesse unterwerfen. Doch in der Warenhülle existiert ein ideeller Teil, der für sich genommen funktioniert.

Dieser jenseits abstrakter Wertproduktion funktionierende Anteil repräsentiert sogar den wesentlichen Teil unserer Zeitung. Die verstärkte Nutzung elektronischer Vertriebswege (eMail-Abo) könnte den Warenteil problemlos weiter verringern.

Die Autorinnen und Autoren der »Barnimer Bürgerpost« verkaufen ihre Informationen und ihre »Schreibarbeit« nicht als Ware. Vielmehr nutzen sie die angebotene Warenhülle, um sich mit ihren Texten selbst zu verwirklichen und den anderen ihre Information, ihr Wissen, ihre Meinungen ohne irgendwelchen Anspruch auf eine wie immer geartete Gegenleistung zur Verfügung zu stellen.

Ähnliches gilt für die ehrenamtliche Redaktions-, Korrektur- und Verteiltätigkeit. Als Gratisgegenleistung genießen sie wie alle anderen, die die »Bürgerpost« lediglich passiv nutzen, die Produkte der Selbstentfaltung der anderen. Klar, manchmal reiben sie sich auch daran, was aber auch nicht schlecht ist.

Die vergangenen 25 Jahre zeigten, daß die »Barnimer Bürgerpost« auf sicherem wirtschaftlichen Fundament steht und gegenüber diversen Krisen, nicht zuletzt im Zeitungssektor, ziemlich unempfindlich reagiert. Die Zukunft unserer Leserzeitung liegt in Ihrer Hand, liebe Leserinnen und Leser.

*Dr. MANFRED PFAFF, Vereinsvorsitzender
GERD MARKMANN, Redakteur*

Der Beitrag beruht in wesentlichen Passagen auf dem Artikel »Zehn Jahre Barnimer Bürgerpost« (BBP 6/2005), ergänzt durch Hinweise unseres Lesers Karl Dietz und einige aktuelle Änderungen der Autoren.

Mit der Corona-Pandemie mußten in den letzten Monaten alle Theater Vorstellungen abgesagt werden, und es wird auch noch etwas dauern, ehe die Theater wieder zu ihrem Spielbetrieb zurückkehren können. Gesundheit geht vor, das ist klar.

Trotzdem ist das KANALTHEATER keineswegs untätig. Gerade in Zeiten teils hart umstrittener Abstandsregelungen ist es besonders wichtig, auch jetzt als Bürgerstiftung und als Theater, das immer auch ein Ort öffentlicher Diskussion ist, Werte für die gemeinsame Auseinandersetzung zu setzen, für Gespräche und den Austausch über Standpunkte und Meinungen.

Worum geht es? »Laßt uns streiten« ist ein Song aus dem Kneipen-Theater-Stück »Ver-



sprochen ist versprochen«, in dem es genau um die Frage geht, wie wir sinnvoll miteinander ins Gespräch kommen können. Wie wir Meinungsfestigkeit beiseite legen können, um

wirklich miteinander zu reden und einander zu zuhören, um gemeinsam unsere Gesellschaft gestalten zu können. Der Song kann nun im Internet (www.youtube.de) angehört werden.

Zur Kassenlage

Die insgesamt vorhandenen liquiden Mittel der Stadt Eberswalde haben sich gegenüber Januar, das ist die letzte »Vor-Corona-Übersicht«, um gut drei Millionen verringert. Allerdings sind etwa zwei Millionen mehr in der Kasse als Ende April. Zugleich reduzierten sich die Forderungen um gut 7 Millionen Euro, während zugleich 2,5 Millionen Euro zusätzlich in die Rückstellungen genommen wurde und auch die Verbindlichkeiten um gut 2 Millionen anstiegen, wobei die aktuellen Verbindlichkeiten deutlich unter den Vorjahreswerten liegen. Die saldierten liquiden Mittel, die zur Sicherung der Haushaltsführung zur Verfügung stehen, verminderten sich damit innerhalb von fünf Monaten um mehr als 15,3 auf 28,5 Millionen Euro, wobei die Reduktion allein im letzten Monat rund 7 Millionen Euro betrug.

Dennoch kann die Kassenlage kaum als dramatisch bezeichnet werden, zumal der Aufstellung nicht entnommen werden kann, wieviel von der abgeflossenen Liquidität für Investitionen verwendet wurde. Bei der Bewertung muß auch bedacht werden, daß ein großer Teil der Rückstellungen (24 Millionen Euro Pensionsrückstellungen) als eine Art stille Reserve gelten können, da die Rückstellung der Beamtenpensionen zwar gesetzlich vorgeschrieben ist, zugleich aber die realen Pensionszahlungen über eine parallel finanzierte Pensionskasse – eine Art Rentenversicherung für die Beamten – laufen, in die regelmäßig zusätzliche Einzahlungen erfolgen. Die städtischen Pensionsrückstellungen sind dementsprechend eine doppelte Absicherung und werden bei Fälligkeit aufgelöst und in den normalen Haushalt zurückgeführt. Eine Zahlungsunfähigkeit der Stadt Eberswalde droht also keinesfalls. Dennoch dürften die Corona-Auswirkungen für den gesunkenen Geldbestand in der Stadtkasse keine unbedeutende Rolle gespielt haben. Und welche Folgen längerfristig auf die Kassenlage der Stadt Eberswalde zukommen, ist noch weitgehend unklar.

Eberswalde (prest-ew/bbp). Eberswalde war am 18. Oktober 2004 nach der Stadt Lübben die zweite brandenburgische Stadt, in der der Künstler GUNTER DEMINIG Stolpersteine verlegte. Diese sollen an das Schicksal der Menschen erinnern, welche in der Zeit des Faschismus verfolgt, ermordet, deportiert, vertrieben oder in den Suizid getrieben wurden.

Inzwischen sind es 46 kleine Gedenkorte im gesamten Stadtgebiet, die auf diese besondere Weise an die jüdischen und anderen Bürgerinnen und Bürger erinnern, die hier einst lebten, arbeiteten und die Stadtgesellschaft auf so vielfältige Weise bereicherten. Seit 25. Mai können Interessierte diese 46

Corona: Finanzielle Auswirkungen

Eberswalde (bbp). In der Sitzung des städtischen Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen am 16. Juni gab der Finanz- und Verwaltungsdezernent MAIK BERENDT einen ersten Überblick über die finanziellen Auswirkungen der Corona-Krisenbekämpfung.

Der Dezernent rechnet mit erheblichen Einnahmeausfällen insbesondere durch die Gewerbe- und die anteilige Einkommenssteuer. Der Umfang der Steuerausfälle ist immer noch nicht absehbar. Mit mindestens einem Drittel bis zur Hälfte wird gerechnet, was allein bei der Gewerbesteuer etwa vier bis sechs Millionen Euro ausmacht. Auch bei der Vergnügungssteuer muß mit Einbußen gerechnet werden, die im Umfang geringer ausfallen werden, weil das Steueraufkommen insgesamt deutlich niedriger ist.

Mindereinnahmen ergeben sich zudem aus den erlassenen Kitagebühren und den monatelang geschlossenen Freizeiteinrichtungen, insbesondere beim Tierpark.

Hilfe gibt es vom Bund und vom Land. Die Landesregierung hat bereits zugesagt, daß die kommunalen Schlüsselzuweisungen im geplanten Umfang fließen werden. Im nächsten Jahr sollen Ausfälle zu 75 und 2022 noch zu 50 Prozent ausgeglichen werden.

500 Millionen Euro stehen bundesweit für einen kommunalen Rettungsschirm zur Verfügung. Allerdings wird noch ausgehandelt, wer wofür hieraus Hilfen erwarten kann. Kompensiert werden insbesondere Steuerausfälle, während die ausgebliebenen Eintrittsgelder des Tierparks nicht ausgeglichen werden, weil es sich um eine kommunale Einrichtung handelt.

Mehr Stellen trotz Corona

Eberswalde (bbp). Infolge der Einschränkungen durch Corona entstanden der Stadt Eberswalde zusätzliche Kosten, während sich zugleich die Einnahmen verringerten. Im Ausschuß für Wirtschaft und Finanzen (AWF) hatte Finanzdezernent MAIK BERENDT darüber berichtet. »Der im Dezember 2019 verabschiedete Haushaltsplan für 2020/21 konnte trotz gestiegener Einnahmen nur durch den Griff in die Rücklagen ausgeglichen werden«, schrieb der sachkundige Einwohner im AWF Gerd MARKMANN in einer Anfrage. »Dabei sind die steigenden Kosten nicht zuletzt auf eine nicht unerhebliche Erweiterung des Stellenplans zurückzuführen. Aufgrund der Erfahrungen der Vorjahre konnte vermutet werden, daß entgegen der vorgelegten Planung letztlich Haushaltsüberschüsse erwirtschaftet werden. Dies ist aufgrund der aktuellen Entwicklung für 2020 nicht zu erwarten.«

Das Ausschußmitglied mit beratender Stimme fragte daher: »In welchem Umfang sind die geplanten Stellenerweiterungen bereits umgesetzt und haushaltswirksam geworden?« Laut der

Antwort des Dezernenten sind bereits »nahezu alle Stellen umgesetzt«, nur bei einigen laufe das Verfahren noch. So konnte von den drei Stellen zur Wirtschaftsförderung/Stadtmarketing erst eine zum 1. September besetzt werden. Es ist aber nicht beabsichtigt, wegen Corona im Sinne einer vorsichtigen Haushaltsführung von den beschlossenen Stellenerweiterungen Abstand zu nehmen. Lediglich das Vorstellungsverfahren sei betroffen gewesen, wodurch es unbeabsichtigte Verzögerungen gab.

Die Frage, ob es »in anderen Bereichen vorsorgliche Ausgabenminderungen (incl. Verschiebung der Neubesetzung frei werdender Stellen)« gebe, beantwortete der Dezernent mit einem klaren Nein. Die Besetzung frei werdender Stellen sei erforderlich, nicht zuletzt zur Entlastung der übrigen Mitarbeiter. Auch die Frage, ob die »Mehrausgaben und Mindereinnahmen infolge der Corona-Krise gegebenenfalls einen Nachtragshaushalt« erfordern, wurde von Maik Berendt verneint, allerdings mit dem Vorbehalt »voraussichtlich nicht zur Zeit«.

Stolpersteine online

Steine auf einer digitalen Karte entdecken, welche auf der Homepage der Stadt Eberswalde unter der Rubrik »Kultur – Stolpersteine« hinterlegt ist (<http://geoportal.eberswalde.de/map/application/stolpersteine>).

Die Karte ist durch das Kulturamt, auch als Projekt von Bundesfreiwilligendienstleistenden, und in enger Zusammenarbeit mit anderen Ämtern der Stadtverwaltung erstellt worden. Eine wichtige Grundlage bildeten die Recherchen der Initiative »Spuren jüdischen Lebens in Eberswalde«. Dazu gibt es zum Teil Informationen zur Historie der

Menschen, Hinweise darauf, wann die Steine verlegt worden sind und wer die Verlegung initiiert hat. Darunter sind Schulen, Vereine, Familien, Einzelpersonen und Institutionen.

Für alle näheren Informationen und Fragen steht ELLEN GRÜNWALD von der Initiative »Spuren jüdischen Lebens in Eberswalde« zur Verfügung (Kontakt: ellen.gruenwald@gmx.de, Hinweise zum Lageplan bitte an kulturamt@eberswalde.de, weiterführende Informationen gibt es unter der Internetadresse www.stolpersteine.eu).

Zweckverband Region Finowkanal:

Nun mit hauptamtlicher Leitung

Eberswalde (bbp). Am 26. Juni wählte die Zweckverbandsversammlung Region Finowkanal ihre hauptamtliche Verbandsleitung. Die Einzelheiten des Anstellungsvertrages einschließlich der Dotierungen wurden dann im nichtöffentlichen Teil der Versammlung behandelt. Informationen zum Ergebnis der Wahl lagen zum Redaktionsschluß noch nicht vor.

Der Zweckverband war in diesem Februar als Nachfolgeeinrichtung der Kommunalen Arbeitsgemeinschaft (KAG) Region Finowkanal gegründet worden. Bis zum Jahreswechsel hatten die meisten Anrainerkommunen, teilweise gegen heftigen innergemeindlichen Widerstand, den Beitritt zum Zweckverband beschlossen. Insbesondere die nicht absehbaren finanziellen Belastungen sorgten für erhebliche Skepsis bei vielen Lokalpolitikern.

Treibende Kraft zur Etablierung des Zweckverbandes war der Landkreis Barnim, der auch mit 50 Prozent größter Teilhaber ist. Der Landrat realisierte damit in etwas anderer Form doch noch die vorher gescheiterte Kommuni-



FOTO: GERO MARMANN

sierung des Finowkanals und übernahm Aufgaben, die eigentlich dem Land vorbehalten gewesen wären, nachdem der Bund den Finowkanal nicht mehr als wirtschaftlich relevante Bundeswasserstraße haben wollte.

Die Etablierung einer starken kreiseigenen Unternehmensstruktur ist das erklärte Ziel der von SPD und Linken dominierten Kreisverwaltung. Neben dem Gesundheitskonzern, den Kreiswerken ist nun der Zweckverband Region Finowkanal ein weiterer Bestandteil.

Aktives Flächenmanagement

Eberswalde (bbp). Auf Vorschlag von Bündnis 90/Die Grünen soll die Eberswalder Stadtverordnetenversammlung (StVV) nach der Sommerpause über die Einführung eines aktiven Flächenmanagements in der Stadt beschließen. Ihren Vorschlag hat die Fraktion zunächst den Fraktionen SPD/BFE, Die Linke, CDU, FDP, Bündnis Eberswalde und Die PARTEI Alternative für Umwelt und Natur sowie dem fraktionslosen Stadtverordneten Zinn zur Diskussion und zur eventuellen Gewinnung als Miteinreicher zugesandt.

Beabsichtigt ist, mit einem »nachhaltigen Flächenmanagement« die Zielstellungen der Stadtentwicklung zu stärken. Hierzu soll beispielsweise als Grundsatz beschlossen werden, Flächenverkäufen nur dort zuzustimmen, wo die Entwicklungsabsichten von Investoren mit den langfristigen und strategischen Stadtentwicklungszielen im Einklang stehen. Flächenankäufe sollen dazu dienen, einen Flächenpool aufzubauen, der die Umsetzung strategischer Stadtentwicklungsziele unterstützt. Im Ausschuß für Stadtentwicklung, Wohnen und Umwelt soll die Stadtverwaltung jährlich über den Stand berichten.

Mit ihrem Vorschlag machen die Bündnisgrünen zugleich deutlich, welche Bedeutung die grundlegenden Planungsdokumente wie der Flächennutzungsplan (FNP) und die darauf aufbauenden teilräumlichen Planungen, wie der Rahmenplan zum Sanierungsgebiet oder den Stadtteilentwicklungskonzepten haben, die wegen ihres Umfangs von den Bürge-

rinnen und Bürgern und oftmals auch von den ehrenamtlichen Stadtverordneten kaum überschaut werden können und deshalb nicht selten auch mal im Zeitdruck einfach »durchgewunken« werden. Insofern dürfte zu einigen langfristigen Entwicklungszielen, die in solchen Konzepten formuliert sind, durchaus noch weiterer Diskussions- und gegebenenfalls Änderungsbedarf bestehen.

An dem Erfordernis, solche langfristigen Entwicklungsziele mittels Flächenmanagement zu unterstützen, rührt das freilich nicht. Insbesondere der Aufbau eines städtischen Flächenpools dürfte die Möglichkeiten künftiger Einflußnahme durch die Stadt – also ihrer Bürger und der sie vertretenden Stadtverordneten – deutlich verbessern.

Grundstückskäufe sollen die Flächenbevorzugung vor allem dort ermöglichen, »wo langfristig angelegte Entwicklungsabsichten der Stadt bestehen. Vorausschauend soll gesichert werden, daß Grundstücke in städtischem Besitz sind, die beispielsweise den Bau von Kitas oder Schulen auf dafür geeigneten Standorten ermöglichen«. Über das Eigentum an Grund und Boden könne zudem auf die Entwicklungsabsichten von Investoren eingewirkt werden, um Wohnbaustandorte gezielt für die künftigen Nutzer (soziale Durchmischung, Anforderungen im Sinne des Klimaschutzes u.a.) zu entwickeln. Der Beschluß würde ermöglichen, Flächen mit derzeit völlig unterschiedlichen Nutzungsmerkmalen auf Vorrat zu erwerben, um eine langfristige Nutzung vorzubereiten.

Erfolglose Wahl

Die HNEE hat keinen Nachfolger für den scheidenden und langjährigen Präsidenten Prof. Dr. WILHELM-GÜNTHER VAHRSON wählen können. Die Findungskommission hatte insgesamt drei Bewerber für die Präsidentschaftswahl zugelassen. Zwei davon zogen ihre Bewerbung wieder zurück, so daß lediglich ein Kandidat seine Ideen, Ziele und Perspektiven für die Hochschule in einem 30-minütigen hochschulöffentlichen Vortrag präsentierte.

Der verbleibende Kandidat konnte die Wahl nicht für sich gewinnen. Im elfköpfigen Senat konnte er die erforderliche Mehrheit nicht erreichen.

Das Wahlverfahren beginnt nach § 65 Abs. 2 BbgHG erneut. Es wird eine neue Ausschreibung der Hochschule in Abstimmung mit dem Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur (MWFK) und der Findungskommission geben und die Findungskommission wird aus dem Kreis der Bewerberinnen und Bewerber einen neuen Wahlvorschlag machen und an den Senat der HNEE weiterleiten. Dieser organisiert dann die erneute Anhörung und Wahl des Präsidenten oder der Präsidentin. Unter Berücksichtigung aller Fristen, so die aktuelle Senatsvorsitzende der HNEE, kann nach einer neuen Auswahl der Kandidaten eine hochschulöffentliche Anhörung im Januar 2021 als realistisch erscheinen.

JOHANNA KÖHLE

Der Krimhildpark

Die Bernauer Stadtfraktion BVB/FREIE WÄHLER hat vorgeschlagen, den Park Krimhildpark in Bernau-Nibelungen dauerhaft für jedermann offenzuhalten. Damit spricht sich die Fraktion gegen Pläne der Stadtverwaltung aus, den Park tagsüber abzusperrten und nur abends für die Öffentlichkeit zu öffnen.

Hintergrund ist die Pausenflächenerweiterung für die Schule. Diese ist nötig, muß aber nicht den gesamten Park in Anspruch nehmen. Eine Flächenteilung wird allen Interessenslagen gerecht. Der Stadtteil Nibelungen ist mittlerweile sehr groß und verfügt nur über die eine öffentliche Grünfläche. Sie sollte daher zu jederzeit für die Allgemeinheit nutzbar sein.

Zugleich beantragt die Fraktion auf Wunsch vieler Eltern eine altersgerechte Verbesserung des Spielplatzes. Dieser soll auch von Kleinkindern ohne aktive Hilfestellung der Eltern benutzt werden können. So soll der Spielplatz durch einen Sandkasten erweitert werden. Mit diesem Vorschlag begegnen wir dem Umstand, daß der Spielplatz aufgrund der Art und Bauweise der vorhandenen Spielgeräte von Kleinkindern nicht selbstständig genutzt werden kann. Es ist der einzige Spielplatz im Stadtteil Nibelungen und sollte somit für Kinder unterschiedlicher Altersstufen nutzbar gemacht werden.

ANETTE KLUTH & MARCO RIEDEL

Städteappell zum Verbot von Atomwaffen

Eberswalde (bbp). Auf ihrer Sitzung am 28. Mai stimmte eine Mehrheit in der Eberswalder Stadtverordnetenversammlung (StVV) für den Vorschlag der Fraktion **DIE PARTEI ALTERNATIVE FÜR UMWELT UND NATUR**, anlässlich des 75. Jahrestages der Zerstörung der Eberswalder Innenstadt durch deutsche Bombenflugzeuge, den Städteappell der Internationalen Kampagne zur Abschaffung der Atomwaffen (ICAN) zu dem von den Vereinten Nationen verabschiedeten Vertrag zum Verbot von Atomwaffen zu unterstützen.

Der Städteappell hat folgenden Wortlaut: »Unsere Stadt ist zutiefst besorgt über die immense Bedrohung, die Atomwaffen für Städte und Gemeinden auf der ganzen Welt darstellen. Wir sind fest überzeugt, daß unsere Einwohner und Einwohnerinnen das Recht auf ein Leben frei von dieser Bedrohung haben. Jeder Einsatz von Atomwaffen, ob vorsätzlich oder versehentlich, würde katastrophale, weitreichende und lang anhaltende Folgen für Mensch und Umwelt nach sich ziehen. Daher begrüßen wir den von den Vereinten Nationen verabschiedeten Vertrag zum Verbot von Atomwaffen 2017 und fordern die

Bundesregierung zu deren Beitritt auf.«

Der Beschlußvorschlag wurde ursprünglich bereits Mitte März für die April-Sitzung eingereicht, um eine zeitliche Nähe zum 75. Jahrestag der Bombardierung von Eberswalde durch deutsche Bomber in der Nacht vom 25. zum 26. April 1945 zu erreichen. Zugleich sollte eine umfassende öffentliche Diskussion ermöglicht werden, indem zunächst im März eine erste Lesung erfolgen sollte, sodann eine Diskussion in den Fachausschüssen und schließlich der Beschluß in der StVV-Sitzung am 29. April. Die mit der Corona-Pandemie

begründeten Beschränkungen machten diese Pläne zunichte. Die StVV im März fiel aus, wie auch alle Ausschusssitzungen von Mitte März bis Mai. Zur April-StVV standen dann sehr viele Vorlagen auf der Tagesordnung, so daß die Einreicherfraktion vom StVV-Vorsitzenden gebeten wurde, die Vorlage zurückzustellen (vgl. BBP 2-3 und 5/2020).

Die Stadt Eberswalde ist inzwischen als Nummer 90 in die Liste der Städte und Gemeinden in der BRD, die den Appell unterzeichnet haben, aufgenommen worden (www.icanw.de/ican-staedteappell).

Im April 2019 leitete die Stadtverordnetenversammlung mit einem Aufstellungsbeschluß die 2. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) der Stadt Eberswalde ein. Für 8 Flächen innerhalb des Stadtgebietes sollte die Nutzungsart geändert werden. Jetzt liegt den Stadtverordneten das Ergebnis der frühzeitigen Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung vor. Im Ergebnis der Beteiligung wurden zwei der 8 Flächen aus dem Änderungsverfahren herausgenommen.

Wir freuen uns über diese Entwicklung und begrüßen das Ergebnis des Verfahrens.

Die ursprünglich geplante Inanspruchnahme einer wertvollen Buchenwaldfläche für die Erweiterung des Waldcampus der Hochschule beurteilten wir von Anfang an äußerst kritisch. Im Gespräch mit der Hochschule und im Rahmen der Diskussion in der Stadtverordnetenversammlung unterbreiteten wir den Alternativvorschlag, die zusätzlich benötigten Lehr- und Büroräume auf dem bestehenden Campus

Erfolgreiche Einwände

Grüne/B90 begrüßen Beschluß zum Flächennutzungsplan in Eberswalde

zu errichten. Damals konnten wir keine Zustimmung dafür erlangen. Umso mehr freuen wir uns jetzt, daß nun doch ein Neubau innerhalb des Campus favorisiert wird.

Bei der zweiten Fläche, die im FNP nicht geändert wird, handelt es um die Friedrich-Ebert-Straße Süd. Die Frage einer Bebauung dieses Terrains wird in der Öffentlichkeit seit geraumer Zeit kontrovers diskutiert. Derzeit ist die Fläche im FNP als gemischte Baufläche ausgewiesen. Das bedeutet, daß Wohn- und Gewerbaureum errichtet werden darf. Die geplante Änderung hin zu großflächigem Einzelhandel ist damit zunächst vom Tisch. Wir begrüßen das, da es unseren Vorstellungen von einer ökologischen, abwechslungsreichen, kleinteiligeren und stadtbildaufwertenden Bebauung entgegenkommt.

Der aktuelle Beschluß zum FNP umfaßt auch die Teilfläche »Wohnbauflächen Brandenburgisches Viertel«. Mit der Änderung der Flächendarstellung im FNP ist die strategische Umkehr vom Abriß zu einer städtebaulichen Entwicklung im westlichen Teil des Brandenburgischen Viertels verbunden. Auch hier erfreut es uns, daß es nach vielen Jahren des Niedergangs des Wohngebietes jetzt möglich wird, Perspektiven für eine bauliche Weiterentwicklung zu entwerfen.*

KAREN OEHLER

* Der aktuell geplante Abriß des Wohnblocks in der Brandenburger Allee 15-21 blieb bei dieser Wertung unberücksichtigt. Entsprechende Initiativen der Fraktion DIE PARTEI ALTERNATIVE FÜR UMWELT UND NATUR fanden in der Stadtverordnetenversammlung keine Mehrheiten.

Tarifrunde für Öffentlichen Personennahverkehr

Am 1. Juli hat die Vereinigte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) dem Kommunalen Arbeitgeberverband Brandenburg (KAV) die Forderungen für die diesjährige Verhandlungsrunde für die Brandenburger Nahverkehrsunternehmen übergeben. Die Abgabe der Forderungen fand im Rahmen einer »coronagerechten« Demonstration vor dem Dienstgebäude des KAV in der Stephensonstraße in Potsdam statt. Etwa 50 Teilnehmende, die von verschiedenen Brandenburger ÖPNV-Betrieben entsandt wurden, nahmen an der Demo teil.

ver.di will mit den Brandenburger Arbeitgebern über die Angleichung der Einkommen für die Beschäftigten an das Berliner Niveau verhandeln. Diese Forderung ist für uns der Schwerpunkt in dieser Tarifrunde. Wir kön-

nen uns vorstellen, daß die Angleichung in zwei Schritten erfolgt, in einem ersten Schritt sind bis spätestens Ende 2021 95 Prozent des Berliner Niveaus zu erreichen. Zurzeit erhält zum Beispiel ein Brandenburger Busfahrer nur rund 85 Prozent des Einkommens eines vergleichbaren Beschäftigten der Berliner BVG. Diese deutliche Lohndifferenz führt unter anderem dazu, daß dringend benötigtes Personal, wie die Fahrerinnen und Fahrer, abwandern und die Brandenburger Unternehmen Schwierigkeiten haben, Personal zu finden.

Zeitgleich zu den regionalen Verhandlungen, die in allen Bundesländern zeitlich annähernd parallel laufen, soll mit der Vereinigung kommunaler Arbeitgeberverbände (VKA) ein bundesweit geltender Rahmentarifvertrag für die Nahverkehrsbetriebe ausge-

handelt werden, in dem Fragen wie Urlaub, Überstunden, Sonderzahlungen oder Schichtzulagen geregelt werden sollen. Wenn diese bundesweiten Verhandlungen scheitern sollten, dann werden diese Forderungen eigenständig auch gegenüber dem Kommunalen Arbeitgeberverband Brandenburg erhoben.

Vor der Tarifrunde sind mehr als 3.000 Beschäftigte von 17 Brandenburger Nahverkehrsunternehmen, die Mitglied im Kommunalen Arbeitgeberverband Brandenburg sind, betroffen, darunter auch die Barnimer Busgesellschaft.

Die Gewerkschaft erwartet harte Verhandlungen, bei der auch Warnstreiks oder Streiks natürlich nicht ausgeschlossen werden können.

JENS GRÖGER, ver.di-Verhandlungsführer


Foto: Kurt Oppermann

Schorfheide, Ortsteil Klandorf:

Überschwemmung mit Ansage

Für die Kinder ein Spaß, für die Feuerwehr ein sich wiederholender Einsatzfall – Überschwemmung in Klandorf nach Starkregen am 13.06.2020

Während sich Altbürgermeister Schoknecht die Entwässerung seiner Wohnstraße 1,8 Mio Euro kosten ließ, kam es in Klandorf infolge des Ausbleibens einfachster Maßnahmen am 13. Juni wieder einmal zur Überschwemmung.

In Klandorf gibt es ein Problem mit der Regenentwässerung und dieses Problem besteht nicht von alters her, sondern wurde durch Handeln der Gemeindeverwaltung herbeigeführt. Die zentrale Achse des Ortes bildet die Dorfstraße, welche von einem breiten Anger gesäumt wird. Die Straße verläuft nahezu eben, teilweise auf einer einem Geschiebemergelplateau angelagerten Flußterrasse.

In einem ca. 500 m langen Straßenabschnitt im südlichen Teil des Dorfes gibt es eine kaum sichtbare Senke. Um bei Niederschlägen das Vollaufen dieser Senke zu verhindern, hatten Klandorfs Altvordere an der tiefsten Stelle einen Notüberlauf eingerichtet. Dazu wurde das Wasser in einer kleinen Vertiefung gesammelt. Von hier unterquerte eine Tonröhre den Bürgersteig und schließlich wurde das Wasser durch einen Graben, für welchen eigens ein schmales Flurstück ausgewiesen wurde, den Wiesen zugeführt. Hier versickerte das Wasser großflächig.

Dieses System funktionierte sehr gut, bis das Bauamt der Gemeinde Schorfheide (zu welcher Klandorf seit dem Jahr 2003 gehört) die Tonröhre mit Beton plombierte, den Graben

zuschüttete und das Flurstück verkaufte. Seitdem läuft das Südende des Dorfes bei Starkniederschlägen und starkem Anfall von Tauwasser regelmäßig voll.

Abhilfe bringen hier nur die Sammelgruben des Abwassersystems. Bei Starkniederschlägen sind etliche davon überschwemmt. Das Wasser dringt über die Gullideckel ein. Die Tauchpumpen springen an und das Regenwasser wird über ein Druckleitungsnetz in das 15 km entfernte Liebenwalde gepumpt. Aber diese Entsorgung des Regenwassers ist nicht nur ökologisch bedenklich, denn sie entzieht unserer stetig austrocknenden Region zusätzlich Wasser, sondern verursacht auch unnötige Kosten. Desöfteren war auch schon zu beobachten, daß die Pumpen mit den anfallenden Wassermassen nicht fertig wurden. Es leuchteten dann die Notsignale aller unter Wasser gesetzter Sammelerschächte.

In einem solchen Fall besteht die Möglichkeit, daß die Gruben vollständig volllaufen und aufgeschwemmte Fäkalien in das Oberflächenwasser und von dort in das Grundwasser übertreten. Gefährliche Keime können sich ausbreiten. Um das Vollaufen der Keller der

angrenzenden Wohngrundstücke zu verhindern, rückte die Feuerwehr aus, um das Wasser abzupumpen. Nicht auszudenken, was passieren würde, wenn die Feuerwehr in einem solchen Fall einmal anders gebunden sein sollte.

In der Gemeindeverwaltung sind diese Zustände bekannt. Bereits im September 2017 hat der Gemeinderat auf Initiative Klandorfer Bürger beschlossen, daß die Regenentwässerung Klandorfs instandgesetzt werden soll. Im Verlaufe des Jahres 2019 wurde ein Teil der Verrohrung des Abflußwege im zentralen Teil des Dorfes ertüchtigt, so daß zumindest aus dieser Richtung im Havariefall kein zusätzliches Wasser zuströmt. Eine grundlegende Lösung brachte dies aber nicht.

Die FREIEN WÄHLER hatten bereits im April 2019 in der Schorfheider Gemeindevertretersitzung nachdrücklich auf das Thema aufmerksam gemacht und werden nach der Sommerpause erneut einen Dringlichkeitsantrag zur Ertüchtigung des Notüberlaufes in das Gremium einbringen. Ein inzwischen von der Unteren Wasserbehörde geforderter Sandfang wird dabei zu berücksichtigen sein.

KURT OPPERMANN

Langsam wieder Normalität für Senioren

Altenhof (bbp). Die Senioren-Residenz (Alloheim) in Schorfheide, Ortsteil Altenhof, hatte während der Corona-Sperre auf innovative Konzepte gesetzt, um etwas gegen die Einsamkeit der Bewohnerinnen und Bewohner infolge der verordneten Kontaktsperren zu tun. Mit Unterstützung der Telekom konnte den alten Leuten die Möglichkeit geboten werden, per Videotelefon mit ihren Angehörigen in Kontakt zu treten.

»Die vergangenen Wochen und Monate waren eine große Herausforderung für unser Team, aber besonders auch für unsere Senioren und ihre Angehörigen«, sagt Einrichtungsleiter Samuel

Wiedebusch. Der gesundheitliche Schutz der anvertrauten Menschen stand im Vordergrund. Inzwischen sind die Beschränkungen für Besuche der Angehörigen gelockert worden. »Unser Alltag kehrt langsam zurück zur ersehnten Normalität«, so Wiedebusch, »natürlich werden noch immer alle geltenden Vorschriften zum Schutz unserer Senioren umgesetzt. Allerdings haben sich unsere Besuchs- und Hygienekonzepte mittlerweile bestens eingespielt und werden von Bewohnern und ihren Angehörigen gut angenommen. Beide Seiten wissen, daß wir uns an die Vorgaben und Verordnungen halten müssen. Zwar gibt es immer wieder kritische Stimmen, die

eine sofortige Aufhebung aller Schutzmaßnahmen fordern, doch diesbezüglich sind uns die Hände gebunden.«

Allerdings verfüge die Einrichtung über ein »bestens ausgearbeitetes Besuchskonzept«. Inzwischen werden auch wieder neue Bewohner aufgenommen, einschließlich für Kurzzeitpflegeplätze. Diese sollten, empfiehlt der Einrichtungsleiter, schon frühzeitig angemeldet werden, da hier die Nachfrage das Angebot deutlich übersteigt. Ein rechtzeitige Anruf in der Pflegeeinrichtung könne den Angehörigen, die mal Urlaub machen wollen, viele Sorgen nehmen (www.alloheim.de)

Nicht bewährt

Die einjährige Testphase der Straßensper-
rungen in Bernau-Blumenhag ist abgelaufen
und die neuen Wegführungen haben sich in
keiner Weise bewährt.

Der von BVB/Freie Wähler initiierten Un-
terschriftensammlung zur Öffnung der Straßen
haben sich fast 1.000 Anwohner und somit die
übergroße Mehrheit des Stadtteils angeschlos-
sen. Wir empfinden es als eine Mißachtung der
Bürgerinteressen, wenn Straßenverkehrs-
behörde und Stadtverwaltung dennoch weiter-
hin davon sprechen, daß es nur eine Handvoll
von Beschwerden gäbe.

Die Erreichbarkeit der Straßen und die Si-
cherstellung einer verkehrlich und ökologisch
sinnvollen Vermeidung von Umwegen gebie-
ten eine Aufhebung der Einfahrtverbote und
die Umsetzung alternativer Verkehrsleitsyste-
me. So schlagen wir bereits seit geraumer Zeit
die Ausschilderung sich abwechselnder Ein-
bahnstraßen vor, um so die Erreichbarkeit si-
cherzustellen und den Verkehr zugleich gut zu
verteilen.

Die Kreisverwaltung hat signalisiert, daß
eine Aufhebung der Einfahrtverbote vorge-
nommen werden kann, wenn ein entsprechen-
der Beschluß der Stadtverordnetenversamm-
lung erfolgt.

THOMAS STRESE, BVB/Freie Wähler Bernau

Bürgerbudget-Projekt:

Sandspielzeugkiste

Eberswalde (prest-ew/bbp). Insgesamt zwölf
Vorschläge haben bei der Abstimmung zum
Bürgerbudget 2020 den Zuschlag erhalten.

Zu den Siegern gehörte auch der Vorschlag
Nummer 100, eine Sandspielzeugkiste für den
Park am Weidendammbereich zu stellen. Für die-
ses Projekt hat der städtische Bauhof eine un-
benutzte Streusandbox umfunktioniert und
entsprechendes Sandspielzeug angeschafft, mit
dem die Kiste befüllt worden ist. Auf einem
Schild, das an der Kiste befestigt wurde, wird
den Kindern und ihren Eltern erläutert, warum
diese Kiste dort steht und wie die Benutzung
gedacht ist. Die neue Spielzeugkiste steht mit-
ten im Park an einem Sandspielkasten und
wird nicht abgeschlossen sein.

»Diese Kiste ist gedacht für Eltern und Kinder,
die spontan auf dem Spielplatz sind und kein Sand-
spielzeug dabeihaben. So können die Kinder trotz-
dem im Sandkasten kreativ werden und sich spie-
lend auslassen«, so die Begründung der Einrei-
cherin aus dem letzten Jahr.

Unterdessen laufen die Vorbereitungen für
das Bürgerbudget 2021 auf Hochtouren. Damit
die Eberswalder Bürgerinnen und Bürger am
12. September 2020 über viele interessante
Projekte abstimmen können. Einreichungs-
schluß war der 30. Juni. Geplant ist vor der tra-
ditionellen Abstimmungsmöglichkeit am »Tag
der Entscheidung« eine Online-Abstimmung
über das Internet zu ermöglichen.

Friedrich-Ebert-Straße Süd:

Kein Parkhaus mit Einzelhandel

Am 9. Juni hat der Aus-
schuß für Stadtentwick-
lung, Wohnen und Um-
welt in der Hufeisenfabrik
im Familiengarten getagt.
Der Tagesordnungspunkt
10.3. lautete »2. Änderung
des Flächennutzungsplanes
der Stadt Eberswalde. Be-
richt über die frühzeitige Be-
teiligung. Beschluß über die
öffentliche Auslegung«. Die
Beschlusvorlage wurde
einstimmig befürwortet.

Alle, die sich im Sep-
tember 2019 an den Ein-
gaben gegen die Ände-
rung des Flächennut-
zungsplans (Teilfläche E,
Friedr.-Ebert-Straße Süd)

beteiligt haben, warten seitdem auf Antwort
der Stadtverwaltung, die bisher meines Wis-
sens noch niemand erhalten hat. In der neuen
Fassung der »2. Änderung...« tauchen die
Teilfläche A (Erweiterung Waldcampus) und E
(Friedrich-Ebert-Straße Süd) nicht mehr auf!
Stattdessen ist die Teilfläche J (die Brache samt
Friedhof an der Eberswalder Str./Spechthause-
rer Str.) hinzugekommen. Dort sollen neue
Reihen- und Einfamilienhäuser gebaut werden.

In der Anlage wird auf alle Stellungnahmen
gleichlautend geantwortet: »Die Ablehnung der
Änderung der Flächendarstellung für die Teilfläche
E wird zur Kenntnis genommen. Die eingegan-
genen Stellungnahmen und die Diskussion in der Öf-
fentlichkeit haben dazu geführt, daß die Art und
Weise der zukünftigen Bebauung planerisch zu
überdenken ist, um eine stadtverträgliche Lösung
zu finden. Die in der Stellungnahme genannten
Anregungen, Hinweise und Vorschläge werden in
den weiteren Planungs- und Diskussionsprozeß



Das »Luftschloß« in der Ebert-Straße Süd wird bei schönem Wetter ak-
tiv für gezielte Inaktivität genutzt. Diese Nutzung soll nach Meinung vie-
ler Eberswalderinnen und Eberswalder bleiben.

zur künftigen baulichen Gestaltung der Fläche ein-
fließen. Aus diesem Grund wird von der beabsich-
tigten Änderung der Flächendarstellung für die
Teilfläche E abgesehen.«

Die Änderung des Flächennutzungsplans
war die Voraussetzung für den Bebauungsvor-
schlag des Investors in der Friedrich-Ebert-
Straße Süd. Dieser Vorschlag scheint damit er-
ledigt zu sein. Dies ist erfreulich.

Aber eine Bebauung an sich ist noch nicht
vom Tisch. Deshalb muß jetzt der Druck wei-
ter aufrecht erhalten werden.

Nicht zuletzt würde eine Bebauung den Ab-
riß oder zumindest Beschädigung des bereits
eingeweihten Luftschlosses an dieser Stelle be-
deuten. Das würde die Denkmalschützer si-
cherlich zur Verzweiflung bringen.

Laßt uns deshalb das Luftschloß weiter bele-
ben und den klugen Schritt des Stadtentwick-
lungsamtes als Teilerfolg erstmal feiern!

PAUL VENUß

Ortsteilentwicklung und Kinderschutz

Wie unsere Nachfragen ergaben, hält es die
Stadtverwaltung nicht für nötig, wegen der fi-
nanziellen Belastungen infolge Corona irgend-
welche Abstriche an den geplanten Personaler-
weiterungen im Rathaus zu machen. Auch bei
der Neubesetzung freierwerdender Stellen wird
es keine Einschränkungen und dementspre-
chend auch keine Kosteneinsparungen geben.
Das nehmen wir als Zeichen, daß die Stadt fi-
nanziell sehr gut aufgestellt ist.

Nach langen Diskussionen werden wir nun
unseren Vorschlag für ein Ortsteilentwick-
lungskonzept für die Clara-Zetkin-Siedlung
einbringen, auch als Vorbild für andere Orts-
teile. Wie eine von uns organisierte Bürgerver-
sammlung Ende 2019 zeigte, gibt es großen Be-
darf für eine Weiterentwicklung der Clara-Zet-
kin-Siedlung.

Unserer Initiative zur verkehrssicheren Ge-
staltung der Potsdamer Allee im Bereich des
Kinderspielplatzes folgten inzwischen Taten.
Verstärkte Barrieren an den Übergängen vom
Spielplatz zur Straße verhindern nun ein einfaches
»drüberfahren« für die Kinder. Aktuell wur-
de die Potsdamer Allee wegen der Baumaß-
nahmen in der Frankfurter faktisch zur Spiel-
straße. Vielleicht kann man daran auch nach
dem Ende der Baumaßnahmen festhalten.

Bei der Sanierung der Frankfurter Allee wird
auch die Regenentwässerung erneuert. Für das
Versickerungsbecken wurde leider eine rein
»technische Lösung« favorisiert. Wir werden
versuchen, hier noch eine umweltgerechtere
und naturnahe Lösung zu erreichen.

MIRKO WOLFGGRAMM, Fraktionsvorsitzender
Die PARTEI Alternative für Umwelt und Natur

Eberswalder WohnFORUM (Das Vermieter-Kartell):

Intransparent und nicht einsehbar

Eberswalde (bbp). Mit einem sage und schreibe 20 Einzelfragen umfassenden Fragekomplex hatte sich der fraktionslose Stadtverordnete Carsten Zinn am 28. Mai an der Diskussion zur Kooperationsvereinbarung der Stadt mit der Wohnungsgenossenschaft 1893 eG und dem Land beteiligt. Zwei Fragen betrafen das sogenannte Wohnforum, in dem sich regelmäßig die Stadtführung und die großen Eberswalder Wohnungsgesellschaften treffen.

»Die Rolle des Wohnforums«, sagte Baudezerntin Anne Fellner, »besteht darin, die bis dato guten Abstimmungen zwischen der Stadt Eberswalde, den Wohnungsunternehmen und allen anderen Beteiligten, die dieses Ansinnen unterstützen, zu begleiten«. Die Gespräche und Verhandlungen innerhalb des Wohnforums seien nicht transparent einsehbar, »weil das Wohnforum davon lebt, daß diese Unternehmen miteinander in einer vertrauensvollen Atmosphäre reden und daß die Ergebnisse dessen zunächst nicht protokolliert und einsehbar in der gesamten Stadt kommuniziert werden«.

Bereits im Januar 2017 hatte die »Barnimer Bürgerpost« im Rahmen des Artikels »Das Eberswalder Vermieter-Kartell« über das WohnFORUM informiert. Anne Fellner bestätigte im wesentlichen die damalige Einschätzung.

Damals hieß es dazu (BBP 1/2017, S. 10):

Am Tisch sitzen allerdings nicht die in Eberswalde Wohnenden, wie der gewählte Name impliziert, sondern folgende »Akteure«: Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Eberswalde e.V., BGAG Immobilien Ost GmbH, CHORONA Immobilien GmbH, Studentenwerk Frankfurt (Oder), TAG Wohnen & Service GmbH, WHG Wohnungsbau- und Hausverwaltungs-GmbH sowie die Wohnungsbaugenossenschaft Eberswalde-Finow eG (WBG – inzwischen in Wohnungsgenossenschaft Eberswalde 1893 eG um-

benannt – bbp). Mithin also die großen Vermieter-Gesellschaften in der Stadt Eberswalde.

Es gebe viele Fragen, die zu einer gemeinsamen Strategie führen sollten: »Wie können wir gemeinsam auf eine veränderte Nachfrage am Wohnungsmarkt reagieren? Wie gelingt es uns, mehr Menschen für den Wohn- und Lebensstandort Eberswalde zu begeistern? Welche Wohnungsangebote werden künftig stärker nachgefragt? Brauchen wir mehr barrierefreie Wohnangebote? Wie können wir dies zu bezahlbaren Mieten leisten?«

Letztere Frage beinhaltet selbstverständlich die vorausgesetzte Bedingung »...ohne daß es unsere Gewinne schmälert«. Das ist ja eine betriebswirtschaftliche Notwendigkeit. Weil dies die sensiblen Bereiche der Unternehmen berührt, werden »diese und viele weitere Fragen ... in vertrauensvollen Gesprächen und Diskussionen erörtert«. Dabei spiele »auch der Rückbau von Wohnungen« eine Rolle, denn der Wohnungsleerstand erfordere »hier ein gemeinsames Vorgehen«. So geht es beispielsweise um die Vermarktung des Wohnstandortes »aus einer Hand«.

Dabei wird erkannt, daß die Wohnungsunternehmen »aber auch Konkurrenten« sind. »Dennoch haben sie erfahren, daß sie von der Kooperation untereinander und mit der Vermarktung profitieren.«

Der gemeinsam erarbeitete Mietspiegel ist ein beredtes Beispiel für die erfolgreiche Zusammenarbeit. Während in anderen Branchen Preisabsprachen zuweilen empfindliche Strafen der Kartellbehörden zur Folge haben, erhalten selbige mit dem von der Kommune abgesegneten Mietspiegel eine Art gesetzlichen Charakter und können von den Kartell-Beteiligten sogar als gerichtlicheres Beweismittel verwendet werden.

sich den Familien, Kindern und Jugendlichen eine breite Auswahl an Spiel- und Betätigungsmöglichkeiten. Es gibt eine Seilbahn, ein Spielturn mit Rutsche und Schaukeln, Federwipp- und Drehgeräte und ein rollstuhlgerechtes Bodentrampolin und auch ein Ball-Spielfeld. Ein kleiner überdachter Jugendtreff bietet auch den Größeren unter den Kleinen die Möglichkeit, das Areal für sich zu nutzen.

Auf die benutzerfreundliche Erreich- und Benutzbarkeit wurde besonderer Wert gelegt. So sind auch beidseitige Straßeneinengungen im Bereich Ostender Höhen Teil der Planung, um die Straßüberquerung für die Jüngsten zu erleichtern.

Darüber hinaus wird der Spielplatz über eine naturnahe Waldtreppe von der Straße Am Tempelberg aus zugänglich sein. An zwei Stellen wird es befestigte Abstellanlagen für jeweils zehn Fahrräder geben.

Altbausubstanz im Fokus

Eberswalde (bbp). Die Hauptaufgabe der stadteigenen WHG Wohnungs- und Hausverwaltungsgesellschaft mbH bestehe im Moment darin, ihre erheblichen Leerstände im Altbau in den Stadtteilen Westend und Stadtmitte zu beheben und dort ihr Portfolio zu verbreitern. »Hierbei handelt es sich«, bekräftigte die Eberswalder Baudezerntin ANNE FELLNER auf der Sitzung der Stadtverordneten am 28. Mai, »um eine gezielte Politik, die die Stadt Eberswalde zusammen mit der WHG verfolgt«. Die WHG habe sich aufgrund dieser Zielsetzung nicht an der »Kooperationsvereinbarung für die integrierte Ortsteilentwicklung im Brandenburgischen Viertel« zwischen Wohnungsgenossenschaft 1893 eG, Stadt und dem Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung beteiligt.

Tagespflege unterstützen

Für die Junisitzung des Kreistages Barnim hat die Fraktion BVB/Freie Wähler einen umfassenden Antrag zur besseren Unterstützung der Tagespflegepersonen im Kreis vorgelegt. Der Kreistag verwies die Angelegenheit in den Jugendhilfeausschuß (A8).

Tagespflegemütter und -väter leisten eine wichtige Arbeit in der Kinderbetreuung und sind mittlerweile zu einer festen Größe in der Bildungs- und Erziehungslandschaft des Barnim geworden. Wir wollen, daß die Richtlinie zur Förderung der Tagespflege bis Jahresende überarbeitet wird. Dies ist angesichts der gestiegenen Qualitätsanforderungen und des Wandels der Tätigkeit hin zu einem vollwertigen Beruf dringend geboten. Hierbei soll vor allem die Absicherung im Krankheitsfall und eine Erhöhung des Erstaussstattungszuschusses erreicht werden.

Desweiteren sollen die Tagespflegepersonen einen Ausgleich für ihre corona-bedingten Zusatzkosten erhalten. Denn die im Zuge der Wiedereröffnung der Einrichtungen aufgestellten Hygienevorschriften waren kurzfristig umzusetzen, sodaß erhebliche Ausgaben entstehen. Diese sind erforderlich, um eine sichere Betreuung der Kinder zu gewährleisten. Zu beachten ist, daß seit 25. Mai alle Kinder in Tagespflegereinrichtungen – nicht nur jene mit Notbetreuungsanspruch – diese wieder besuchen können. Schließlich schlägt unsere Fraktion vor, daß den Tagespflegereinrichtungen die durch die Kreisverwaltung gestrichenen Sachaufwendungen ausgezahlt werden. Dies steht im Einklang mit den Empfehlungen der Brandenburger Landesregierung, die jedoch im Landkreis Barnim nicht beachtet wurden. Da die Kosten trotz einer temporären Schließung genauso angefallen sind, sollte eine Freigabe der Mittel erfolgen.

Die Kreistagsfraktion BVB/Freie Wähler setzt darauf, daß sich auch im Barnim eine wertschätzende und auskömmliche Ausstattung der Tagespflegereinrichtungen etabliert.

THOMAS STRESE und EVELYN FREITAG

Etwas Großes für die Kleinen in Ostend

Eberswalde (bbp). In Ostend setzt die Stadtverwaltung, so heißt es in einer Pressemitteilung selbiger, etwas Großes für die Kleinen um. Am 6. Juli 2020 fiel der Startschuß für den neuen Mehrgenerationenspielplatz »Am Tempelberg«.

»Mit dem Spielplatz Am Tempelberg schaffen wir einen herausragenden Ort für Groß und Klein im Stadtbezirk Ostend. Mit dem Blick auf die vorbildliche Bürgerbeteiligung, die wir vorbereitend durchgeführt haben, freue ich mich sehr über das Ergebnis, welches Generationen verbinden und die Stadtgesellschaft als Ganzes ansprechen wird«, wird Bürgermeister Friedhelm Boginski zitiert.

Tatsächlich werde der Spielplatz nicht nur ein echter Hingucker für die Kinder, sondern auch ein Ort, an dem sich Menschen generationsübergreifend begegnen und miteinander interagieren werden: Ausgehend von einem als rundem Platz gestalteten zentralen Generationentreffpunkt in der Mitte der Anlage bietet

Städtebauförderung 2020

Eberswalde (bbp). Das Bundesministerium des Innern für Bau und Heimat (BMI) hat die Städtebauförderung 2020 auf neue Füße gestellt. Wie es auf der Internetseite des BMI heißt, werde sie »einfacher, flexibler und grüner«. Statt bisher sechs, konzentriert sich die Förderung nunmehr auf drei Programme unter Beibehaltung der bisherigen Förderinhalte. Jährlich stehen 790 Millionen Euro zur Verfügung.

Die Programme »Sozialer Zusammenhalt« und »Wachstum und Erneuerung« werden auch im Rahmen der kürzlich beschlossenen »Kooperationsvereinbarung für die integrierte Ortsteilentwicklung im Brandenburgischen Viertel zwischen Wohnungsgenossenschaft Eberswalde 1893 eG, Stadt Eberswalde und Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung« genutzt. Über das Programm »Sozialer Zusammenhalt« (bisher »Soziale Stadt«) wird beispielsweise der Hortneubau im Brandenburgischen Viertel mit 2,7 Millionen Euro gefördert. Mit 300.000 Euro wird der Ausbau von Gehwegen und Parkplätzen gefördert, 387.000 Euro stehen für den »Stadteingang West« und weitere Mittel für barrierefreie Wegenetze und die Wohnumfeldgestaltung zur Verfügung. Auch für Öffentlichkeitsarbeit, Imageverbesserung sowie Beteiligung und Teilhabe werden nicht unerhebliche Mittel bereitgestellt.

Das frühere Programm zum Stadtumbau ging in das Programm »Wachstum und Erneuerung« auf. Hierzu zählen die Aufwertungsmaßnahmen »Frankfurter Allee«, »Anschluß der Havellandstraße an die Flämingstraße« und als Maßnahme zur »Klimaanpassung« Entsiegelungen und Änderungen im Regenwassermanagement, wozu auch der Bau von drei Versickerungsbecken im Viertel gehört. Hierfür beträgt die Förderung etwa 540.000 Euro. Bei all diesen Maßnahmen gilt die Drittelförderung. Zu der Förderung von Bund und Land kommt als weiteres Drittel der kommunale Eigenanteil hinzu.

Auch für den geplanten Abriß der Brandenburger Allee 15-21 wird das Programm »Wachstum und Erneuerung« herangezogen. Die Drittelförderung gilt hier ebenso, nur daß der Eigenanteil von der Genossenschaft zu tragen ist. Hierfür sind 181.500 Euro an Förderungen geplant, bei Gesamtkosten von 250.000 Euro. Dabei gelten weiterhin Sonderbedingungen für den Osten, wobei der Rückbau für »**leer stehende, dauerhaft nicht mehr nachgefragte Wohnungen**« gilt.

Dieses Kriterium wird für die Wohnungen im Brandenburgischen Viertel selbstverständlich gewährleistet. **Denn es kann keine Nachfragen geben, weil diese Wohnungen zum einen als »nicht vermietbar« deklariert und dementsprechend nicht angeboten werden** und es zum anderen in der Macht der Genossenschaft liegt, Nachfragen – sollte es tatsächlich welche geben – schon im Ansatz abzuwimmeln oder auf andere Wohnungen umzuleiten.

Stadtverordnetenversammlung Eberswalde am 28. Mai 2020:

Abriß mehrheitlich abgesegnet

Eberswalde (bbp). Die Stadtverordnetenversammlung Eberswalde hat in ihrer Sitzung am 28. Mai den Abriß des Wohnblocks in der Brandenburger Allee 15-21 mehrheitlich abgesegnet. Der Abriß ist Bestandteil eines Kooperationsvertrages zwischen der Stadt, dem Land und der Wohnungsgenossenschaft Eberswalde 1893 eG (vormals Wohnungsbaugenossenschaft Eberswalde-Finow eG).

Der Änderungsantrag der Fraktion DIE PARTEI ALTERNATIVE FÜR UMWELT UND NATUR, mit dem der Abriß aus der Vereinbarung gestrichen werden sollte, fand keine Mehrheit. Noch weniger konnte sich die Stadtverordnetenmehrheit mit der Beschlussvorlage der gleichen Fraktion anfreunden, den Abrißblock unter Denkmalschutz zu stellen.

Die Linke will künftig nicht mehr mit Abrissen »mitgehen«, wie es deren Fraktionschef Sebastian Walter laut MOZ formulierte. Die Linksfraktion stimmte demzufolge für den jetzigen Abriß. Ihre emotionale Abscheu vor der DDR-Platte bekundete Karen Oehler von Bündnis 90/Die Grünen. »Man hörte und roch alles«, wird sie zitiert.

Dennoch harrten viele Menschen in solchen Wohnverhältnissen aus und fanden das Wohnen in ihrem Kiez sogar als schön. In verschiedenen Nachwendebauten ist es im übrigen mit dem Mithören und -riechen nicht viel anders.

Am 5. Juni wurde die Kooperationsvereinbarung dann offiziell mit Ministerbesuch besiegelt. Bei 52 Millionen Euro Wohnungsbaufördermitteln, die hier vergeben werden – davon 181.531 Euro für den Abriß (Rückbau) des Wohnblocks in der Brandenburger Allee 15-21 mußte der Minister selbst vorbeikommen.

Bis auf die Rückbauförderung, die über das Programm zum Stadtumbau gefördert wird, sind die Förderungen für die Wohnungsgenossenschaft zinslose oder zinsbegünstigte Kredite, die über höhere Nutzungsentgelte im gesamten Wohnungsbestand refinanziert werden.

Eine Information für die Mitglieder oder deren Vertreter, geschweige denn eine Diskussion darüber, hat es in der Genossenschaft übrigens nicht gegeben. Der Genossenschaftsvorstand, gegebenenfalls unter Einbeziehung des nicht demokratisch legitimierten Aufsichtsrats, entschieden das ohne Befragung der Mitglieder.

Wegenetzkonzept für das Brandenburgische Viertel:

Bürgerbeteiligungsverfahren

Konzept liegt 14 Tage zur Einsichtnahme aus

Eberswalde (bbp). Mit der Unterzeichnung einer Kooperationsvereinbarung am 5. Juni sind für das Brandenburgische Viertel die Weichen auf die Weiterentwicklung in erheblichen Maßen gestellt worden, heißt es in einer Pressemitteilung der Eberswalder Stadtverwaltung.

Wohnungsbaufördermittel in Höhe von rund 52 Millionen Euro fließen dabei an die Wohnungsgenossenschaft 1893 eG für die umfassende Sanierung und Modernisierung von Wohnblocks sowie in Höhe von 181.500 Euro für den Abriß von 43 Wohnungen.

Nutznieser ist auch die Stadt selbst, die hohe Summen für die Gestaltung des öffentlichen Raums erhält. »Darauf ist die Stadt Eberswalde gut vorbereitet«, heißt es in der Mitteilung. Die Stadtverwaltung habe mit der Erarbeitung eines aktuellen Wegenetzkonzeptes einen Planentwurf, der umgesetzt werden soll.

Das Wegenetzkonzept soll eine Verbesserung und Optimierung der Wegebeziehungen für alle Altersgruppen darstellen. Es soll im Ergebnis dazu dienen, vielfältige Mängel sowie kleine und größere Mißstände bei der alltäglichen Inanspruchnahme der verschiedenen Fuß- und Radwege, Freiflächen, Straßenquerungen und Übergänge schrittweise zu beseitigen.

Das Konzept soll auch eine Empfehlung für ein Wegeleitsystem für den öffentlichen als auch den privaten Raum geben. Die Umsetzung des Konzeptes soll das Brandenburgische

Viertel in seiner Bedeutung als Wohnstandort stärken.

Die Maßnahmenentwicklung wurde durch das Planungsbüro INSAR aus Berlin mit den Fachleuten der Stadtverwaltung, mit den großen Wohnungseigentümern und dem Quartiersmanagement abgestimmt. Am 9. Juni wurde der Konzeptentwurf im Ausschuß für Stadtentwicklung und am 11. Juni dem Sprecherrat für das Brandenburgische Viertel vorgestellt.

Demnach sind drei Schwerpunktsetzungen vorgesehen: 1. Schorfheidestraße-Beeskower Straße-Gemeinschaftsgarten, 2. Stadteingang Ost (Frankfurter Allee) und 3. der Potsdamer Platz. Zudem gebe es Empfehlungen für ein Wegeleitsystem. Eine Präsentation des Konzeptes findet sich im Bürgerinformationssystem der Stadt.

Bürgerinnen und Bürger haben nun die Möglichkeit, den Konzeptentwurf einzusehen. Dazu werden in der Zeit vom 11. bis 25. August 2020 die Unterlagen zur Einsicht im Stadtentwicklungsamt, Breite Straße 39 und im Stadteingangsbüro im Bürgerzentrum, Schorfheidestraße 13 zu den jeweiligen Öffnungszeiten ausgelegt und unter www.eberswalde.de/start/stadtentwicklung/soziale-stadt online gestellt.

Hinweise zum Konzept können bis zum 27. August 2020 dem Stadtentwicklungsamt schriftlich oder per Email unter stadtentwicklung@eberswalde.de mitgeteilt werden.

Der »Brausediebstahl«

Eberswalde (bbp). Der Kooperationsvertrag zwischen Wohnungsgenossenschaft, Land und Stadt ist unterschrieben. Die Wohnungsgenossenschaft erhält Förderungen für die Sanierung von elf Wohnblocks mit insgesamt 368 Wohnungen und einem Gesamtinvestitionsvolumen von rund 57 Millionen Euro. Davon werden knapp 52 Millionen Euro gefördert – durch zinslose oder zinsbegünstigte Kredite.



Foto: Gerd Markmann

Als Bestandteil des Pakets wurde auch der Abriss des Wohnblocks in der Brandenburger Allee 15-21 vereinbart. Hier werden von den 250.000 Euro Gesamtkosten 181.500 Euro als nicht rückzahlbarer Zuschuß gewährt. Nur dadurch gewinnt der Abriss die nötige betriebswirtschaftliche Attraktivität.

Die Unterzeichnung des Kooperationsvertrages wurde als großer Event zelebriert, dem Besuch eines Ministers angemessen. Neben dem aktuellen Sanierungsobjekt in der Havelandstraße hatte die Genossenschaft auf der Brachfläche eines vor etwa 15 Jahren abgeris-

senen Wohnblocks durch ein Cateringunternehmen Pavillons und Stehtische aufbauen lassen. Um die Reden des Ministers, des Bürgermeisters, des Landrates und des Genossenschaftsvorstandes anzuhören, waren als Publikum zahlreiche Genossenschaftsmitarbeiter, Mitarbeiter der Stadtverwaltung und einige Stadtverordnete erschienen.

Das ursprünglich auf 15.30 Uhr angesetzte Event begann dann – wie erst zwei Tage vorher mitgeteilt wurde – bereits um 14.30 Uhr. Die Veranstalter und ihr geladenes Publikum blieben so zunächst unter sich. Erst ab 15 Uhr, der

Minister war gerade abgefahren, fanden sich auch Einwohner des Viertels ein, unter ihnen Mitglieder und Sympathisanten der Wählergruppe DIE PARTEI ALTERNATIVE LISTE EBERSWALDE. Sie entfalteten u.a. ein Plakat »Kein Abriss mehr von Wohnraum – Für bezahlbares Wohnen«. Etwa ein Dutzend Einwohnerinnen und Einwohner des Brandenburgischen Viertels beteiligten sich an dem stillen Protest.

Bürgermeister, Baudezernentin und die Genossenschaftsvorstände sendeten böse Blicke. Ansonsten war Ignoranz angesagt und mangelnde Souveränität im Umgang mit den Protesten. Dies gipfelte schließlich in dem makabren und lächerlichen »Brausediebstahl«.

Die Protestierenden hatten auch Kinder dabei. Auf den Tischen für die Eventgäste standen Flaschen mit Brause herum. Tristan (7 Jahre) schnappte sich eine der Flaschen und nahm einen Schluck. Als er seiner kleinen Schwester nachjagte, um auch ihr ein Schlückchen Brause zukommen zu lassen, kam eine Angestellte des Cateringdienstes und nahm der Mutter die Flasche aus der Hand mit den Worten: *Sie sind dagegen.* Auf Nachfrage bestätigte die Catering-Mitarbeiterin, daß sie dies auf Anweisung tue. Der Flascheninhalt wurde kurz darauf weggekippt.

Dabei richteten sich die Proteste, wie MIRKO WOLFGRAHM (Fraktionsvorsitzender von DIE PARTEI ALTERNATIVE FÜR UMWELT UND NATUR) betonte, keineswegs pauschal gegen den abgeschlossenen Kooperationsvertrag, sondern explizit gegen den geplanten Abriss des Wohnblocks in der Brandenburger Allee 15-21. Zumal hier Lösungen möglich wären, die den betriebswirtschaftlichen Erfordernissen der Genossenschaft entsprechen und die Abrisskosten sparen würden.

Corona & Wohnungsgenossenschaft 1893 e.G.:

Genossenschaftsmitglieder entmachtet

Die Überschrift stimmt so natürlich nicht. Die Mitglieder der Wohnungsgenossenschaft können gar nicht entmachtet werden – weil sie keine Macht besitzen. Das steht schon im Genossenschaftsgesetz und wird mit der aktuellen Mustersatzung für Wohnungsgenossenschaften zementiert. Seit 2017 richtet sich auch die Satzung der Wohnungsgenossenschaft Eberswalde 1893 eG nach diesen Vorgaben.

Selbst die Vertreterversammlung als Organ der Genossenschaftsmitglieder – also der Eigentümer der Genossenschaft – hat nur sehr geringe Möglichkeiten, das Geschehen in ihrer Genossenschaft zu beeinflussen. Sogar über solche für die Weiterentwicklung der Genossenschaft überaus wichtigen Dinge, wie der Abschluß der Kooperationsvereinbarung mit der Stadt und dem Land, erhielten die Vertreter nur oberflächliche Informationen – von Mitsprachemöglichkeiten ganz zu schweigen.

Die geschäftsführenden Vorstände kennen kaum Beschränkungen. Funktionen, die in an-

deren Unternehmensformen den Eigentümerversammlungen zustehen, werden im wesentlichen vom Aufsichtsrat wahrgenommen, dessen Zusammensetzung zumindest in der Eberswalder 1893 traditionell vom Vorstand im Zusammenwirken mit dem bestehenden Aufsichtsrat bestimmt wird. Bisher folgte die Vertreterversammlung bei Aufsichtsratswahlen regelmäßig widerspruchsfrei vorgegebenen Personalschlägen. Erst 2019 meldete ungeplant und unerwartet ein Vertreter seine Bewerbung für den Aufsichtsrat an, die dann unter Verletzung von Satzung und Gesetz abgewürgt wurde (BBP 7/2019). Dem aktuellen Aufsichtsrat fehlt so eigentlich die nötige Legitimation, irgendetwelche Beschlüsse zu fassen.

Und nun wird mittels Corona-Vorwand sogar das wenige, was der Vertreterversammlung vorbehalten blieb, an den nicht legitimierten Aufsichtsrat übertragen. Zu den Angelegenheiten, die ausdrücklich in der Zuständigkeit der Vertreterversammlung liegen, gehört die

Feststellung des Jahresabschlusses. Anfang Juni teilte der Genossenschaftsvorstand mit, daß in diesem Jahr die Vertreterversammlung nicht wie üblich im Juni stattfinden könne. Unter Berufung auf das COVID-19 Gesetz wird mitgeteilt, »daß der Aufsichtsrat ausnahmsweise den Jahresabschluß 2019 feststellen kann«. Die Vertreterversammlung werde einberufen, sobald die Verordnung zur Eindämmung von Covid 19 in einer Weise gelockert wird, daß eine Vertreterversammlung stattfinden kann.

Gremien wie die Stadtverordnetenversammlung oder der Kreistag haben ihre Sitzungen schon vor der Lockerung durchgeführt oder zumindest einberufen. Die Vertreterversammlung wäre also unter Beachtung entsprechender Regeln schon im Juni möglich gewesen, wäre es gewollt. Inzwischen wurde die Corona-Verordnung gelockert. Auf entsprechende Hinweise reagierte der Vorstand mit der nichtssagenden Formulierung »Ihre Hinweise nehmen wir zur Kenntnis. Die Vertreterversammlung werden wir natürlich nachholen und alle Vertreter rechtzeitig einladen.« Also Klappe halten und still abwarten.

GERD MARKMANN

Ziellos? (Teil 4)

Wenn Sie möglichst viel in Ihrem Leben selbst bestimmen wollen, dann sollten Sie sich Ziele setzen. Auch wenn klar ist, daß nicht alle Ziele erreicht werden können, lohnt es sich Ziele zu setzen. Im besten Fall wird das Ziel planmäßig erreicht, manchmal muß allerdings auch neu geplant werden, um ein Ziel zu erreichen. Und manchmal ist es leider so, daß ein Ziel auch nicht erreicht wird. Manchmal bleibt einem auch nichts anderes übrig, als sein Ziel aufzugeben und das ist dann auch gut so. Wenn es die Straßenverhältnisse absolut nicht zulassen, eine Reise zum gewünschten Zeitpunkt zu beginnen, so ist es vernünftig, das Ziel zu verschieben oder gar ganz aufzugeben.

Um ein Ziel auch erreichen zu können, sollte das Ziel realistisch formuliert sein. Im besten Fall sollte das Ziel auch selbst erreichbar sein, denn immer, wenn Sie andere Menschen oder Institutionen benötigen, um Ihr Ziel zu erreichen, steigt die Chance des Scheiterns.

Um ein Ziel zu erreichen, benötigen Sie eine Strategie. Je genauer Sie planen, desto mehr schließen Sie den Zufall aus. Ein guter Plan besteht aus vielen, logisch aufeinander folgenden Schritten. Je genauer die einzelnen Schritte beschrieben sind, desto schneller klappt es. Wer schon mal einen neuen Computer installiert hat, weiß bestimmt, was ich meine.

Haben Sie schon einmal ein ähnliches Ziel wie das jetzt geplante Vorhaben gehabt? Wie war dort Ihre Vorgehensweise? Was hat gut funktioniert? Was hat nicht funktioniert? Wissen Sie noch, warum es nicht funktioniert hat? Was würden Sie heute anders machen? Solche Überlegungen können dann auf das nächste Ziel übertragen werden.

Wenn wir unsere eigenen Ziele verfolgen, dann ist es meist für uns leichter, an einem Ziel dran zu bleiben. Manchmal werden uns aber auch Ziele von anderen aufgezwungen: Das Auto muß zum TÜV, weil der Staat das so möchte. Von den Vorgaben, die bei einem Hausbau beachtet werden müssen, ganz zu schweigen. Wenn Sie an ein bestimmtes Ziel denken und Sie dabei gute Gefühle haben, dann handelt es sich wahrscheinlich um ein eigenes Ziel.

Es ist hilfreich zu wissen, was man nicht will. Noch besser ist es, wenn man genau weiß, was man will. Wer Hilfe benötigt, sollte sich an jemand wenden, der seinen Plan unterstützt. Diejenigen, die immer ganz genau wissen, warum dies und das nicht funktioniert, sind hier überflüssig. Sie benötigen in dieser Situation jemand, der möchte, daß Ihr Plan funktioniert. Auch wenn diese Person kritische Fragen stellt, dann immer nur mit dem Ziel Ihnen bei der Lösung eines Problems zu helfen.

Wenn Sie Hilfe bei der Zielfindung benötigen oder bei der Umsetzung von Zielen, können Sie sich an einen Fachmann wenden, z.B. einen Berater oder Coach.

FALK HINNEBERG (Teil 5 auf Seite 17)

OSZ in Bernau zügig stärken

von Katja Hoyer

Am 23. Juni hatte die Kreistagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen Barnim zu einem Runden Tisch zur Zukunft der Barnimer Oberstufenzentren eingeladen.

In der Runde wurde sehr deutlich, daß niemand das OSZ in Bernau grundsätzlich in Frage stellt, im Gegenteil. Alle Anwesenden aus verschiedenen Fraktionen und der Verwaltung waren sich einig, daß es eine qualitativ hochwertige berufliche Bildung im Barnim an den beiden Standorten Eberswalde und Bernau geben soll. Auf dieser Grundlage geht es nun darum, den besten Weg zur Stärkung der beruflichen Schulen zu finden.

Das gilt insbesondere für das OSZ Bernau, das in den letzten Jahren mit rückgehenden Schülerzahlen zu kämpfen hatte.

Nach Abwägung der vorgetragenen Argumente erscheint für unsere Fraktion dabei eine eigenständige Bernauer Schule mit starker Schulleitung als die bessere Option. Dies fördert die Identifikation von Lehrern und Schülern mit ihrer Schule, ermöglicht eine sinnvolle Spezialisierung und den Aufbau der notwendigen Kontakte zu den Unternehmen und Verbänden. Um den Standort Bernau zu stärken, ist es daher jetzt dringend erforderlich, die seit geraumer Zeit geschwächte Schulleitung personell zu unterstützen. Außerdem bedarf es einer engen Kooperation sowohl zwischen den beiden kreislichen OSZ als auch mit den angrenzenden Gymnasien und Oberschulen. Ein weiterer, neuer Bildungsgang am OSZ

Bernau wäre sicher ebenfalls sehr hilfreich.

Die Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen, Heike Wähner, erklärt abschließend: »Wichtig ist, daß schnell Klarheit darüber geschaffen wird, wie es mit dem OSZ Bernau weitergeht. Nichts ist schlimmer für die Motivation sowie für die Außenwirkung der Schule als anhaltende Ungewißheit.«

An dem von Bündnis 90/Die Grünen organisierten, gut besetzten Runden Tisch am 23. Juni in Wandlitz nahmen der Land- und Kreistagsabgeordnete Sebastian Walter (DIE LINKE), der Kreistagsabgeordnete Lutz Landmann (SPD), die Landtagsabgeordnete Petra Budke (Grüne/B90), der Bürgermeister von Wandlitz Oliver Borchert, die stellvertretende Schulleiterin des OSZ Bernau, Simone Kopp, der Schulleiter des OSZ Eberswalde, André Haase, der Vorsitzende des Lehrerrates Frank Nieweg, der stellvertretende Leiter des Staatlichen Schulamtes Frankfurt/O., Hardy Schalitz, der Vorsitzende des Berufsschullehrerverbandes Thomas Pehle, die zuständige Amtsleiterin der Kreisverwaltung Barnim, Ilona Forth, und zahlreiche weitere Gäste teil.

Die Kreisverwaltung Barnim und das Staatliche Schulamt hatten vorgeschlagen, die beiden Oberstufenzentren unter einer Leitung zu vereinigen.

Nachhaltig Lebensmittel produzieren

An der Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde (HNEE) hat sich ein Forschungsteam mit alternativen Finanzierungsmöglichkeiten für regionale Betriebe in der Lebensmittelproduktion beschäftigt.

Im Ergebnis entstand eine Informationsplattform, die nun online ist. »Das BIOFINANZ-PORTAL gibt Interessierten einen ersten Überblick über die verschiedenen alternativen Finanzierungsmodelle«, faßt GERLINDE BEHRENDT von der HNEE zusammen. Das Portal richtet sich auf der einen Seite an Unternehmen der Land- und Lebensmittelwirtschaft, die sich für die verschiedenen Möglichkeiten, Kunden und Bürger in die Finanzierung einzubinden, interessieren. Auf der anderen Seite informiert es über verschiedene Beteiligungsmöglichkeiten.

»Unter alternativ verstehen wir Finanzierungsmodelle, die unter finanzieller Beteiligung von Bürgern realisiert werden. Beispiele dafür sind Crowdfunding, Solidarische Landwirtschaft, Genußrechte, Bürgeraktiengesellschaften & Landkaufgenossenschaften«, ergänzt sie. Dies sei für Unternehmen attraktiv, die Alternativen zur klassischen Kreditfinanzierung durch Banken suchen: Sie könnten Bürgern auf diese Weise in die Finanzierung ihres Unternehmens mit einbinden, um den eingeschränkten Zugang zu klassischer

Finanzierung auszugleichen oder die Abhängigkeit von einer Bank zu reduzieren.

»Wir haben herausgefunden, daß Betriebe entlang der Wertschöpfungskette von Lebensmitteln diese Alternativen nicht nur als Finanzierungs-, sondern häufig auch als Marketinginstrument nutzen.«. Dies sei vor allem dann der Fall, wenn mit den bürgerschaftlichen Finanzierungsmodellen ein hoher Aufwand verbunden ist.

Seit September 2017 befaßt sich das Forschungsteam mit dem Thema. Es gab Umfragen bei den Betrieben, um Merkmale, Potentiale und Herausforderungen der verschiedenen Finanzierungsmodelle herauszuarbeiten und herauszufinden, wie sich die Unternehmen und Initiativen darüber informieren. Ziel von BIOFINANZ war es, eine Plattform zu schaffen, die gebündelt über die Vor- und Nachteile einzelner Finanzierungsmöglichkeiten informiert und zwar so, daß es aus Sicht der Zielgruppen auch verständlich und ansprechend ist. Das ist nun gelungen. Mit Projektabschluß gibt es eine Online-Informationsplattform (www.biofinanz.info), die vor allem kleinen Betrieben der ökologischen wie auch konventionellen Land- und Lebensmittelwirtschaft und Initiativen einen Überblick bietet.

ANNIKA BISCHOF

»Wohnungen statt Heime!«

Konzert für Geflüchtete in Quarantäne

Bernau-Waldfrieden am 6. Juni. Gegenüber den Fenstern des Quarantäneflurs im Erdgeschoß hat sich eine Band aufgebaut und sorgt mit Ska und Reggae für Stimmung und Abwechslung für die Menschen in Quarantäne, die von den Fenstern aus zusehen.

In dem Flur befinden sich auch viele Kinder, die wie die Erwachsenen schon seit zehn Tagen ihren Flur nicht verlassen dürfen. Sie alle wurden negativ getestet – aber sie hatten sich zuvor Flur, Küche und Toiletten mit einer positiv getesteten Person teilen müssen, weil es (wie in den meisten Heimen) keine abgeschlossenen Wohneinheiten gibt.

»Ich danke euch sehr, daß ihr gekommen seid und uns nicht allein laßt«, sagt Mehran vom Fenster des Quarantäneflurs aus. Ein Mikro darf ihm nicht gegeben werden, die Wachleute erlauben ihm nur, etwas aufzuschreiben, was auf der Bühne vorgelesen werden kann, oder wie jetzt ohne Mikro zu reden. »Wir können uns im Heim nicht vor dem Virus schützen – deshalb brauchen wir Wohnungen«, sagt er.

Knapp 60 Menschen, etwa zu gleichen Teilen aus dem Heim und aus der Stadt, sind heute zum Konzert am Übergangswohnheim Wandlitzer Chaussee gekommen. »Erst seit Donnerstag wissen wir, daß bis zu 150 Menschen erlaubt gewesen wären – hätten wir das vorher gewußt, hätten wir auch den Fans der Band Bescheid sagen können«, erklärt eine der Organisatorinnen. Zu der Solidaritätsaktion von BARNIM FÜR ALLE und dem BÜRGER*INNEN-ASYL BARNIM spielte die Band »Die Pyjamas« aus Bernau.



Die Pyjamas« eine Band aus Bernau, sorgte am 6. Juni mit Ska und Reggae für Stimmung vor dem Heim in Bernau-Waldfrieden, in dem Geflüchtete in Quarantäne ausharren.

Daß die Forderung nach Unterbringung in Wohnungen keine weltfremde Spinnerei ist, erklärt Ingrid vom Barnimer Bürger-Asyl. Wenige Tage zuvor habe beispielsweise die Stadtverordnetenversammlung Potsdam beschlossen, mittelfristig alle Sammelunterkünfte in der Stadt aufzulösen. »Das ist ein gutes Vorbild für den Barnim«, findet Ingrid. Stattdessen sollen die Menschen in Potsdam in Wohnungen untergebracht werden oder Gemeinschaftsunterkünfte zu unabhängigen Wohneinheiten umgebaut werden.

In einer wissenschaftlichen Studie an der Universität Bielefeld zu Infektionen in Gemeinschaftsunterkünften für Geflüchtete vom 29. Mai wurden sämtliche bisherigen Covid19-Fälle in deutschen Heimen untersucht. Die Studie kommt zu dem Schluß, daß das Risiko sich anzustecken nur noch auf Kreuzfahrtschiffen gleich hoch ist. Als Fazit empfehlen sie dringend getrennte Wohneinheiten und das Vermeiden von kollektiver Quarantäne.

»Um jetzt wirksam gegenzusteuern, müßte der Landkreis in sozialen Wohnungsbau investieren, leerstehende Wohnungen sanieren und günstig gelegene Heime zu kleineren Wohneinheiten umbauen«, faßt Ingrid zusammen. Daß Demonstrieren auch Spaß machen kann, zeigt die tanzbare Musik auf dem Beton vor dem Heim.

*Barnim für alle, Barnimer Bürger*innen-Asyl*



Fotos (2): BARNIM FÜR ALLE

Mein »Pfui« für diese »Gesellschaft«

In der Tageszeitung las ich kürzlich – man sollte es nicht für möglich halten –, daß zwei Frauen als »Diebinnen« gefaßt worden seien. Das »Diebesgut« waren weggeworfene Lebensmittel aus dem Abfallcontainer! Sie wurden zur Rückgabe der Lebensmittel und zu einer Geldstrafe in Höhe von 1.200 Euro verurteilt. Natürlich in einer ordentlichen Gerichtsverhandlung.

Beim Lesen dieser tollen Nachricht wußte ich nicht, ob ich lachen, weinen oder laut schreien sollte. Die beiden »Diebinnen« haben darüber nicht nachgedacht: Sie konnten verhungern, da hätte man nichts gegen. Aber nicht vom Weggeworfenen der Reichen überleben.

Nur mal ein Vergleich, wie in unserem Staat mit Verbrechern umgeht: Den ehemaligen DDR-Frauen wurden sieben Jahre Rentenansprüche gestohlen. Wurden da die Diebe bestraft? Sicherheit und Gerechtigkeit kann man wohl auch nur noch im Abfallcontainer suchen.

DIE ROTE OMA

Hintergrund

Im Geflüchteten-Wohnheim in Bernau-Waldfrieden war Ende Mai der erste Bewohner positiv auf Covid-19 getestet und im Krankenhaus aufgenommen worden. Etwa 20 Bewohnerinnen und Bewohner wurden daraufhin am 30. Mai unter Quarantäne gestellt. Alle wurden negativ getestet – zum Glück –, müssen aber dennoch zwei Wochen Quarantäne einhalten.

Das wichtigste Gebot in den letzten Wochen war »Abstand halten«. Viele Geflüchtete im Barnim können aber keinen Abstand halten. Sie wohnen in sogenannten Übergangswohnheimen (Basdorf, Bernau-Waldfrieden, Eberswalde, Joachimsthal, Oderberg, Ützdorf, Wandlitz) in sehr beengten Verhältnissen ohne Privatsphäre in Mehrbettzimmern. Sie müssen sich die Kochräumlichkeiten und Sanitäranlagen teilen. Für einen wirksamen Infektionsschutz ist die Massenunterbringung in »Übergangswohnheimen« völlig ungeeignet und setzt die Bewohner einem hohen Risiko aus.

»Im Heim können wir keinen Abstand halten«, sagt Reza* aus dem Heim in Bernau-Waldfrieden. »Wir müssen uns eine kleine Küche mit 15 Personen teilen.« Die Form der Unterbringung in großen Wohnheimen sorgt für Streß, macht krank, verstärkt und führt zu weiteren Traumatisierungen. »Wir wollen zeigen, daß die Leute im Heim mit der schwierigen Situation nicht alleine sind«, sagt Ingrid* vom Bürgerasyl Barnim. »Wir fordern die Unterbringung der Menschen in Wohnungen!«

Die Initiative BARNIM FÜR ALLE fordert seit Jahren eine schnellstmögliche dezentrale Unterbringung von Geflüchteten in Wohnungen. Dabei sollte es selbstverständlich sein, daß den Schutz suchenden Menschen genauso viel Wohnraum zugestanden wird, wie den Menschen mit deutscher Staatsbürgerschaft.

Vor allem in Eberswalde gibt es weiterhin einen hohen Wohnungsleerstand. Diese Wohnungen sollten schnellstmöglich in einen nutzbaren Zustand versetzt und als Wohnraum für Menschen in dieser Stadt – somit auch Geflüchteten – zur Verfügung gestellt werden. Im berlinnahen Raum dagegen fehlt es an leerstehenden Wohnungen. Hier ist der Einstieg in den sozialen Wohnungsbau dringend notwendig.

Viele Geflüchtete brauchen ärztliche und psychologische Begleitung. Sie müssen sich völlig neu orientieren und dürfen dabei keine Fristen versäumen. Es ist sehr wichtig, daß sie schnell Kontakt zu Menschen finden, die ihre Sprache sprechen. Deswegen sind sie auch besonders auf eine funktionierende und bezahlbare Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr angewiesen. Die Chance, Kontakte zu knüpfen und Unterstützung zu erfahren, steigt mit der Größe der Orte. Wir fordern deshalb, Flüchtlinge nur in den größeren Ortschaften entlang der Barnimer Bahnlinien unterzubringen.

(* Name geändert)



Foto: Pierre L. Ibisch

Räumungsschlag am Steilhang im Westerwald bei Hilscheid in Rheinland-Pfalz (2020)

Der Irrwitz dieses Systems

Der »Grüne Wandel«, also die Bewußtwerdung der Menschen für die Notwendigkeit, den Planeten zu erhalten, setzt unglaubliche Geldmittel frei. Viele Menschen nutzen die Angebote sogenannter grüner Banken, wie die GLS und anderer. Diese bekommen zwar Geld, um es in »grüne« Projekte zu investieren, doch hängen sie an dem Haken, daß sie gewinnbringend arbeiten müssen.

Echter Naturschutz kann aber keine Gewinne einfahren. Jedenfalls nicht im kapitalistischen Sinne, dieser Schnell-viel-mehr-Geld-Schneiderei.

Hierzu habe ich ein Bild im Kopf: Wälder voller Bäume mit viel mehr Baumarten, unzählige Tiere – von den Insekten bis zum Raubwild, Flüsse voller Fische, Biber und Otter. Die Welt wäre wesentlich reicher und wir mit ihr, wenn wir unter Reichtum nur etwas anderes verstünden.

Das Geld zu nutzen, um die Natur erst einmal teuer zu beseitigen und dann wieder hinzustellen, das ist wie mit dem Krieg: Erst alles platt bomben und alle töten, dann können wieder viele geboren werden und beim Wiederaufbau sehr viel Geld gemacht werden.

Davon lebt dieses System, es kennt nur Ausbeutung und Krieg. Es kann darin keinen Frieden und keine intakte Natur geben, denn ohne diesen Irrwitz gäbe es kein Wachstum des Kapitals und ohne Wachstum würde diese Art Krebs kollabieren.

Das soll keine Entschuldigung sein. Der Fisch stinkt vom Kopf her und sie wissen, was sie tun. Sie zerstören diese Welt mit voller Absicht, denn sie wollen Profit machen, um jeden Preis und merken dabei nicht, daß sie auch ihr Leben dafür in Zahlung geben.

Aber es ist immer wieder schön, wenn Menschen versuchen, daran etwas zu ändern. Sie sollten nur aufpassen, daß sie nicht von den Windmühlen erschlagen werden, gegen die sie da kämpfen.

PEGGY SIEGEMUND

EU auf dem Holzweg:

Wälder erhalten statt Bäume pflanzen

Ein schlechtes Zeugnis stellen Wald-Experten aus Spanien, Polen, Schweden und Deutschland der neuen Biodiversitätsstrategie der EU aus. In einem Ende Juni im renommierten Wissenschaftsmagazin *Science* veröffentlichten Beitrag kritisieren sie die waldbezogenen Zielsetzungen.

Ein Kritikpunkt betrifft Aktionismus und Symbolhandlungen wie das massenweise Anpflanzen von Baumsetzlingen. Sie fordern stattdessen, die nötige Klimawandelanpassung in der Forstwirtschaft auf Grundlage von anerkanntem ökologischem Wissen zu konzipieren.

Co-Autor Prof. Dr. PIERRE IBISCH, Biologe und Professor für »Nature Conservation« an der Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde (HNEE) sowie Vorstandsmitglied der Deutschen Umweltstiftung, hält den Waldschutz in der Europäischen Union für völlig ungenügend: »Zwar plant die EU, noch vorhandene alte Wälder zu schützen, aber es ist völlig irrelevant und aussichtslos, diese als kleine isolierte Inseln in der Landschaft zu bewahren, wenn gleichzeitig in der Umgebung eine intensive Forstwirtschaft praktiziert wird.«

Die alten Wälder bzw. Urwälder machen laut einer von den Autoren zitierten Studie nur noch rund 0,7 Prozent der Waldfläche in Europa aus, von denen weniger als die Hälfte geschützt sei. Entscheidend sei also, was auf dem Rest der Waldfläche passiere.

Von den Autoren des Beitrages wird zudem kritisiert, daß die EU Wälder wiederherstellen wolle, aber hierfür lediglich das Pflanzen von drei Milliarden Bäumen vorgesehen sei. Statt einfach Bäume zu pflanzen, müsse vielmehr dafür gesorgt werden, daß die Übernutzung von Wäldern gestoppt werde und mehr Wälder sich selbst regenerieren können. Dringend sei stärker darauf zu achten, daß Wälder mit einem geschlossenen Kronendach ein kühleres Waldklima bewahrten. Außerdem müsse eine weitere Zerschneidung von Wäldern durch Straßen und Forstwege beendet werden. Das Pflanzen von Bäumen könne sogar schädlich

sein, da viele forstliche Akteure vor allem exotische Bäume verwenden wollten, weil sie angeblich besser an den Klimawandel angepaßt seien. Insgesamt sei eine komplexere Herangehensweise gefordert statt schlichter Baumpflanzaktionen. Entsprechendes Augenmerk müsse nun dringend der EU-Waldstrategie gelten, die 2021 vorgelegt werden soll.

Die vorgetragene Kritik gilt auch für den aktuellen Umgang mit Wäldern in Deutschland. Ein häufig wiederholter Lieblingssatz der Bundesministerin Klöckner lautet »Jeder Baum, den wir jetzt nicht pflanzen, wird später unseren Enkeln fehlen«. Wenn allerdings beachtet wird, wie sich Bäume auf Schädflächen, die nicht durch eine totale »Schadholzzäumung« mißhandelt werden, im Rahmen der natürlichen Sukzession spontan und kostenlos ansiedeln, während viele der gepflanzten Bäume absterben, muß sich die Ministerin postfaktischen Forst-Populismus vorwerfen lassen.

Prof. Ibisch betont: »Die von Ministerin Klöckner propagierten und mehr als einer Milliarde Euro geförderten Maßnahmen sind nicht durch die Ergebnisse ökologischer Forschung abgesichert. Unter anderem zeigt sich, daß die Borkenkäferbekämpfung durch Totholzentfernung nicht wirksam ist. Stattdessen führt der aktuelle Aktionismus zu massiven Schädigungen von Waldböden. Es besteht nicht nur die akute Gefahr, daß Steuergelder verschwendet werden, sondern daß ihr Einsatz gravierende und anhaltende Umweltschäden hervorruft.«

ANNIKA BISCHOF

Beitrag in *Science*: Nuria Selva, Przemysław Chylarecki, Bengt-Gunnar Jonsson, Pierre L. Ibisch 2020. Misguided forest action in EU biodiversity Strategy. *Science* Vol 368, 1438, doi 10.1126/science.abc9892

25. Barnimer Umweltpreis

Anläßlich des Weltumwelttages am 5. Juni haben BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum 25. Mal den Barnimer Umweltpreis ausgeschrieben. Der Umweltpreis 2020 ist wieder mit einem Preisgeld in Höhe von 750 Euro verbunden. Den Preis stiften ANDREAS FENNERT, Mitglied im Aufsichtsrat der Eberswalder Wohnungsbau- und Hausverwaltungsgesellschaft (WHG), und der Kreisverband Barnim von Bündnis 90/Die Grünen.

Ausgezeichnet wird besonderes ehrenamtliches Engagement, Eigeninitiative und Kreativität beim Schutz von Natur, Klima und Umwelt sowie in der Umweltbildung. Bewerben können sich Einzelpersonen, Gruppen und Vereine aus dem Landkreis Barnim. Projekte mit Kindern und Jugendlichen sind besonders

willkommen. Auch begründete Auszeichnungsvorschläge anderer sind möglich. Die Projekte oder Initiativen sollen im Landkreis Barnim angesiedelt sein und möglichst anschaulich dargestellt werden.

Bewerbungen und Vorschläge können bis zum 12. Juli 2020 im Büro von Bündnis 90/Die Grünen, Friedrich-Ebert-Str. 2, 16225 Eberswalde, eingereicht werden. Über die Preisvergabe entscheidet eine Jury aus Vertretern regionaler Umweltverbände, der Naturschutzverwaltung und von Bündnis 90/Die Grünen.

Im letzten Jahr wurden die Ortsgruppe Barnim der Bewegung »Fridays for Future«, die Jägerschaft Joachimsthal und die Waldkitagruppe »Waldkaninchen« aus Biesenthal mit dem Preis geehrt.

SARAH POLZER-STOREK

Windenergie und Naturschutz

Zerstörte Greifvogelhorste

»Ohrenbetäubendes Schweigen des grünen Umweltministers«

Allein in der Uckermark wurde in den letzten Jahren im Schnitt jährlich ein Greifvogelhorst illegal zerstört. Im Jahr 2013 wurde sogar eine ganze Reihe davon in einem Waldstück bei Lübbenow vernichtet. Auch zehn Fledermauskästen verschwanden spurlos. Ermittelt werden die Täter nie. In rund einem Drittel der Fälle wurde mangels Erfolgsaussicht nicht einmal Anzeige erstattet. Dies ist das traurige Ergebnis einer Kleinen Anfrage von BVB/Freie Wähler »Weitere illegale Zerstörung von Greifvögelhorsten im Nordosten Brandenburgs« im Landtag Brandenburg.

Die Hintergründe erscheinen jedem Kenner der Windkraft-Branche klar und wurden indirekt auch von der Landesregierung bestätigt: In der Nähe der zerstörten Horste wurden jeweils binnen 3 Jahren insgesamt 28 Windkraftanlagen errichtet. Doch die offensichtlichen Anreize werden ignoriert und in fragwürdiger Weise in Abrede gestellt. So behauptet das Umweltministerium als Antwort auf unsere abschließende Frage nach den geplanten Gegenmaßnahmen lediglich, daß sie über die »Nutzlosigkeit« dieser Aktionen aufklären möchte, indem sie öffentlich verkündet, »daß es bei der illegalen Beseitigung von Horsten geschützter Vogelarten zu keinen Vergünstigungen oder zeitlichen Beschleunigungen im Planungs- und Genehmigungsprozeß für Windenergieanlagen kommt.«

Tatsächlich handelt es sich bei dieser Aussage um eine unter Umweltschutzgesichtspunkten untragbare Irreführung. Die Tat führt zwar nicht zu einer »Beschleunigung im Planungs- und Genehmigungsprozeß« – vielmehr macht sie die Genehmigung überhaupt erst möglich. Würde der Horst nicht beseitigt werden, würden die Greifvögel oder deren Nachwuchs mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit auch im folgenden Jahr dort brüten. Die Umsetzung des Windkraftprojektes wäre dauerhaft unmöglich.

Durch die illegale Beseitigung des Horsts kann dieser nicht wieder besetzt werden. Wenn der Horst zuvor nicht bekannt war und die Zerstörung niemandem auffällt, kann der Bau der Windkraftanlagen anschließend sofort beginnen. Doch selbst wenn die mutwillige Zerstörung des Horsts entdeckt wird, können die Windkraftanlagen nun nach 3 bis 5 Jahren errichtet werden. Da die Genehmigungsverfahren an sich schon bis zu drei Jahre dauern, ist der Zeitverlust in der Praxis minimal.

Damit ermöglicht die Zerstörung der Horste den Nutznießern erhebliche Gewinne in der Größenordnung hunderttausender Euro pro Windrad. Und das praktisch ohne jedes Risiko. Gewinne, die ohne Zerstörung des Horsts nicht hätten anfallen können.

In dieser Situation öffentlich zu verkünden, daß die Zerstörung der Horstbäume nichts bringe, ist irreführend und umweltschützerisch betrachtet nutzlos. Den Tätern ist bewußt, welche gewaltigen Vorteile aus der Zerstörung der Horste gezogen werden können. Die Maßnahme ändert nichts an den erheblichen finanziellen Anreizen oder am faktisch kaum existenten Risiko einer Bestrafung.

Eine solche »Maßnahme« ist de facto nichts als ein öffentlichkeitswirksames Feigenblatt,

das die tatsächliche Tatenlosigkeit verdecken soll. Wir müssen daher feststellen, daß unter dem grünen Umweltminister keine wirksamen Maßnahmen gegen die Artenschutz-Verstöße zugunsten der Windkraft-Industrie unternommen werden.

Wir werden in den kommenden Monaten im Landtag Anträge stellen, um das Risiko für die Täter zu erhöhen und die finanziellen Anreize zu reduzieren.

PÉTER VIDA

Photovoltaik auf Äckern

Ab sofort soll sich die Uckermärker Landrätin in der Regionalen Planungsgemeinschaft Barnim-Uckermark dafür einsetzen, daß der Bau von Photovoltaik-Freiflächen-Anlagen (PVFA) stärker begleitet wird. Dies hat der Uckermärkische Kreistag auf seiner Sitzung nach langer, aber sachlicher Diskussion am 17. Juni beschlossen.

Seitdem die Preise der Solarmodule so stark gefallen sind, daß sich der Bau von großen PV-Anlagen auf Ackerland ohne eine geförderte Einspeisevergütung lohnt, werden Gemeinden mit Bauanträgen für großflächige Anlagen überhäuft. Im Unterschied zu Windrädern haben allein die örtlichen Gemeinden die Planungshoheit bei der Ausweisung von Bauflächen für PV-Anlagen. Jetzt sollen die Kommunen bei den notwendigen Planungsprozessen stärker durch die Regionale Planungsgemeinschaft unterstützt werden. Ziel der Unterstützung ist, sensible Landschaftsbilder und hochwertiges Ackerland zu schützen, indem auf die gesamte Fläche der beiden Landkreise geschaut wird, um geeignete Standorte auszuwählen.

FLORIAN PROFITLICH

HNEE im Unternehmerverband

Eberswalde (bbp). Seit zehn Jahren arbeiten die Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde (HNEE) und der Unternehmerverband Barnim e.V. eng zusammen, was sich in zahlreichen Kooperationen widerspiegelt. Seit dem 1. April 2020 gehört die Fachhochschule dem Unternehmerverein direkt an.

»Für die HNEE ist die regionale Verankerung und die damit verbundene Zusammenarbeit mit der regionalen Unternehmerschaft ein wichtiger Bestandteil ihres Nachhaltigkeitsprofils und ihrer Transferstrategie«, sagt KERSTIN LEHMANN, Leiterin »InnoSupport Forschung | Gründung | Transfer« an der HNEE. Darin festgehalten ist »der Ideen- und Wissenstransfer für eine nachhaltige Entwicklung« zwischen der HNEE und der Region.

»Für uns bewirkt die engere Zusammenarbeit eine stärkere Vernetzung zu Themen der Wissenschaft und bietet darüber hinaus einen Pool zu unseren Fach- und Führungskräften von morgen«, betont SVEN RATHMANN, Geschäftsführer des

Unternehmerverbandes Barnim e.V. und Mitarbeiter der Sparkasse Barnim. In Zeiten von Fachkräftemangel sei die Verbindung existentieller als je zuvor, deshalb setze man auf einen intensiveren Austausch, der Interessen von Studierenden, Alumni und Unternehmen verbindet. Die Vereinssatzung macht es dem Verband möglich, Bildungseinrichtungen wie die HNEE als Mitglied aufzunehmen.

In der nächsten Zeit wolle man konkrete Maßnahmen besprechen, wie die Zusammenarbeit intensiviert und ausgebaut werden kann. Ein Format ist bereits auf der Webseite des Unternehmerverbandes zu sehen. Seit kurzem gibt es dort die »Suche-Biete-Börse«. Regionale Firmen sowie HNEE-Studierende- und Absolventen können auf dieser Seite Angebote für Praktika, studentische Projekte und Abschlußarbeiten veröffentlichen bzw. finden. Zudem werden Informationen zum Berufseinstieg und mögliche Unternehmensnachfolgen publiziert. Darüber hinaus setzen beide Partner ihre Zu-

sammenarbeit für den seit zehn Jahren stattfindenden regional etablierten Unternehmertag fort. »Hierbei widmen wir uns aktuellen Entwicklungen aus der Arbeitswelt und dem Unternehmertum sowie Innovationen aus verschiedenen Branchen«, zählt Kerstin Lehmann auf.

Die Veranstaltung soll zum Austausch zwischen Hochschulangehörigen und Studierenden sowie Akteuren der regionalen Wirtschaft und Politik beitragen. Der Unternehmertag dient der Netzworkebildung, dem Erfahrungsaustausch und der Impulsgebung für das eigene Unternehmen oder Forschungsprojekt. Allerdings ist derzeit wegen der Corona-Pandemie noch ungewiß, ob und wann der diesjährige Unternehmertag stattfinden wird. Wahrscheinlich ist hier eine Verlegung ins nächste Jahr.

Den Unternehmerverband gibt es seit 1992 als »wirtschaftspolitische Interessenvertretung der kleinen und mittelständischen Unternehmen im Landkreis Barnim«, wie es in der Selbstdarstellung heißt. Er zählt derzeit 119 Mitglieder. Näheres auf www.uv-barnim.de.

Senioren schenken Insekten ein neues Zuhause

Bienen, Käfer und andere Insekten dürfen im »Haus am Werbellinsee« jetzt ihre eigenen »Suiten« beziehen. Gemeinsam mit den Mitarbeitern der Alloheim Einrichtung bauten die Senioren gleich mehrere große Insektenhotels, die im Garten der Residenz nun verschiedensten Tierarten ein neues Zuhause bieten.

Der vielfältige Nutzen von Insekten für unsere Natur wird meist unterschätzt. Nicht nur werden Bienen für das Bestäuben von Blüten benötigt, auch für unsere Gärten sind die kleinen Tierchen wahre Helden. Sie fressen Schädlinge, tragen zur Fruchtbarkeit des Bodens bei und bewahren das natürliche ökologische Gleichgewicht. Viele Insektenarten sind mittlerweile jedoch vom Aussterben bedroht. Klimaveränderungen und ein zunehmender Schwund an Wald- und Wiesenflächen machen den Tieren zu schaffen.

Dem zunehmenden Insektensterben wollen die Bewohner der Alloheim Seniorenresidenz »Haus am Werbellinsee« jetzt entgegenwirken. Gemeinsam mit den Mitarbeitern der Betreuung bauten die Senioren gleich 50 Insektenhotels für Bienen, Käfer und andere kleine Tiere. »Die Hotels bieten verschiedensten Insekten Unterschlupf, Nistplätze und Überwinterungsmöglichkeiten«, weiß Einrichtungsleiter Samuel Wiedebusch, »somit können wir die Überlebenswahrscheinlichkeiten unserer einheimischen kleinen Fauna erhöhen«. Gebaut sind die Insektenhotels aus alten Pflanzentöpfen und Regenrinnen. Diese wurden dann mit Schilfrohren, Heu, Tannenzapfen, verschiedenen Hölzern, Moos und anderen Naturmaterialien befüllt. »Für unseren Bau haben wir uns für möglichst unterschiedliche »Suite-Varianten« entschieden«, so Wiedebusch, »so ziehen hoffentlich bald viele verschiedene Insekten in unsere Hotels ein«.



Foto: ANNEKA BRANDENFELS

Die Bauwerke kommen nicht nur den Insekten zugute, die dort ein neues Zuhause finden.

»Unsere Bewohner hatten unglaublich große Freude daran, die Hotels gemeinsam zu gestalten«, erzählt der Einrichtungsleiter, »auf unserer Terrasse wurde dabei viel gelacht, gesungen und ein wunderschöner Vormittag verbracht.« Im Anschluß wählten die Senioren die wohl schön-

sten Plätze für ihre Hotels im Garten der Einrichtung aus.

»Jetzt heißt es warten und beobachten«, sagt Samuel Wiedebusch, »nicht selten machen die Senioren ihre Spaziergänge nun entlang der Hotels, um einen Blick auf mögliche erste Bewohner ihrer Bauwerke zu erhaschen.«

ANNEKA BRANDENFELS

Mehrwertsteuervorteil fließt in Stiftungsfonds

Die Bürgerstiftung Barnim Uckermark richtet einen Stiftungsfonds für die Stadt Eberswalde ein. Damit fördern wir Projekte für Bildungsgerechtigkeit und die kulturelle Teilhabe besonders benachteiligter Kinder und Jugendlicher, die in der Stadt wohnen oder hier zur Schule gehen. Die Arbeit mit dem Stiftungsfonds soll im Herbst starten.

Mit der Idee, uns in Eberswalde für Chancengleichheit im Bildungsbereich zu engagieren, beschäftigen wir uns schon länger. Die Corona-Krise beschleunigt auch bei uns Dinge, die eher langfristig geplant waren. In diesem Fall kamen unser Konzept und eine Idee von Bäckermeister Björn Wiese auf wunderbare Weise zusammen. Er gab den entscheidenden Impuls, den Stiftungsfonds jetzt zu gründen.

BJÖRN WIESE von der Privatbäckerei Wiese sagt dazu:

»Die Corona-Krise zeigt uns deutlich, wie wichtig gesellschaftlicher Zusammenhalt ist. In diesen Tagen bin ich ein wenig stolz, Eberswalder Unternehmer zu sein, weil dieser Zusammenhalt in unserer Stadt gut funktioniert.«

Auch unser Betrieb war massiv von der Corona-Krise betroffen. Wir sind dankbar für die schnelle Nothilfe vom Land und vom Bund, die ausgezeichnet funktionierte. Unser Betrieb konnte sich schnell erholen, heute bewegen wir uns wieder in sicherem Fahrwasser.

Die Senkung der Mehrwertsteuer von 7 auf 5 Prozent stellt unseren Betrieb vor einige Probleme. Geben wir die Steuersenkung weiter, bekommen wir für alle Produkte krumme Preise. Für unsere Kundschaft spielt es kaum eine Rolle, wenn der Preis für eine Schrippe von 40 auf 39 Cent sinkt. Wir haben überlegt, auf welchem Weg wir die Steuersenkung am sinnvollsten an die Gesellschaft weitergeben können. Deshalb habe ich bei der Bürgerstiftung nachgefragt, ob sie eine Idee dafür hat und erfahren, daß die Stiftung schon länger an der Idee für einen Bürgerstiftungsfonds »Hand in Hand für Eberswalde« arbeitet. Das Konzept der Bürgerstiftung hat mich berührt und sofort überzeugt. Mein Betrieb gibt daher die befristete Steuersenkung von rund 2.500 Euro monatlich in den Stiftungsfonds und wird dessen Arbeit dauerhaft unterstützen. Damit möchte ich einen Teil der Hilfe an die Gesellschaft zurückgeben, die ich in der Corona-Krise in Anspruch nehmen durfte.«

Wir danken Björn Wiese herzlich für die finanzielle Unterstützung und für das Vertrauen

in unsere Arbeit. Unsere Initiative ist ein gutes Beispiel dafür, wie eine sinnstiftende und langfristige Verbindung von bürgerschaftlichem und unternehmerischem Engagement gut gelingt. Wir wollen diesen Vertrauensvorschuß rechtfertigen und weitere Menschen und Unternehmen der Stadt für eine Mitarbeit und Förderung gewinnen, um mit den Mitteln gute Projektideen zu unterstützen. Vor uns liegt nun eine ganze Reihe von Aufgaben, die wir mit einem ambitionierten Zeitplan angehen.

Nicht alle Händlerinnen und Händler in Eberswalde überstehen die Krise so gut wie Björn Wiese und sein Team. Deshalb rufen wir die Eberswalderinnen und Eberswalder auf, vor Ort einzukaufen und den lokalen Handel zu stärken. Auch das stiftet Gemeinsinn. Denn gerade die inhabergeführten Geschäfte engagieren sich auf vielfältige Weise für Kultur, Sport, Soziales oder Umweltschutz in unserer Stadt.

MARIETA BÖTTGER

Klarheit für Jugendclub gefordert

Unverständliche und unzeitgemäße Blockadehaltung des Wandlitzer Bürgermeisters

Nach vielen Jahren des Suchens wurde 2018 endlich für den Ortsteil Wandlitz ein Gelände für den Bau eines neuen Jugendclubs gefunden. Die Verwaltung bezog die Jugendlichen über die Jugendsozialarbeiterin mit ein und es wurde ein Raumprogramm gemeinsam mit den Jugendlichen entwickelt. Der Beschluß erfolgte dann im April 2019 einmütig in der Gemeindevertretung bei nur einer Stimmenthaltung. Daraufhin wurden die Planungsleistungen ausgeschrieben und beauftragt.

Der damalige Ortsvorsteher Borchert enthielt sich der Stimme, da er ein anderes Objekt bevorzugte. Als er nun Bürgermeister der Gemeinde wurde, veranlaßte er den Stopp aller Aufträge und ließ den Beschluß aufheben mit der Begründung, daß die Geräuschbelästigung durch die Jugendlichen gegebenenfalls zu Klagen führen könnte bei den in der Nähe noch durch einen Investor zu bauenden Wohngebäuden. Außerdem wurde behauptet, daß das alte Bahnhofsgebäude Wandlitz übernommen werden könne und der Jugendclub damit wesentlich preisgünstiger zu haben wäre. Konkrete Zahlen nannte er nicht, außer den bisherigen Planungskosten von wohl 45.000 Euro.

Dies alles verwunderte unsere Fraktion sehr, da in der Untersuchung 2019 dieses alte Gebäude im Variantenvergleich ausgeschlossen wurde. Offen sind Fragen der Kosten des Objektes, da noch ein Pächter vor Ort ist, die Ko-

sten des Gebäudes bei einem Kauf von der Niederbarnimer Eisenbahn (NB) und vor allem die Statik des Gebäudes. Schließlich muß nun abweichend vom geplanten ebenerdigen Neubau ein behindertengerechter Zugang für die obere Etage gewährleistet werden. Hinzu kommt, daß das Gebäude wohl wegen der Bahnsicherheit eingezäunt werden muß.

Die von uns im März 2020 dazu gestellten Fragen, die wesentlichen Einfluß auf die Entscheidung für den neuen Standort haben sollten, wurden von den Gemeindevertretern ignoriert. Eine Beantwortung der Fragen unserer Fraktion steht bis heute aus. Erst im Mai bestätigte der Bürgermeister, daß die Fragen noch nicht beantwortet wurden. Trotzdem entschieden die Gemeindevertreter mit den geäußerten Vermutungen des Bürgermeisters mehrheitlich die Einrichtung in den Bahnhof.

Wir werden dieses Objekt weiter kritisch begleiten, denn die Vermutungen des Bürgermeisters wurden nie untersetzt und wir werden weiter eine Beantwortung unserer Fragen fordern. Ob der Bau überhaupt realisiert werden kann, ist aus unserer Sicht nun auch wieder fraglich, wenn wir die Entwicklung der Finanzen der Gemeinde unter den jetzigen Bedingungen des Einbruchs der Gewerbe- und Einkommenssteuer sehen.

MONIKA BRAUNE,

Fraktionsvorsitzende BVB/Freie Wähler Wandlitz

Ziellos? (Teil 5)

Wenn Sie Ihr Leben selbst bestimmen möchten, dann sollten Sie sich Ziele setzen. Ein Ziel sollte immer realistisch sein, das Ziel sollte Sie also weder über- noch unterfordern. Ebenso sollte ein Ziel immer mit den eigenen Moral- und Wertvorstellungen übereinstimmen. Um ein Ziel zu finden, kann man sich viele Fragen stellen. Bin ich mit meiner Arbeitssituation glücklich? Verdienne ich genügend? Wohne ich optimal? Bin ich gesund? Und so weiter. Immer, wenn eine Frage mit »Nein« beantwortet wird, so können Sie daraus Ziele ableiten.

Sich Ziele zu setzen, schärft unseren Blick auf unsere Umwelt. Wenn Sie sich vornehmen abzunehmen, dann fallen Ihnen sehr viele Anleitungen und Tips zum Thema Ernährung und Abnehmen auf, z.B. Fernsehsendungen, Berichte in Zeitungen und im Internet wecken nun Ihr Interesse. Diese Informationen waren immer so zahlreich zur Verfügung, aber bisher haben Sie nie danach gesucht und so ist Ihnen das nie aufgefallen. Oftmals ziehen erreichte Ziele weitere Veränderungen nach sich. Nach erfolgreichem Abnehmen müssen Sie sich wahrscheinlich neue Kleidung kaufen und Sie müssen eventuell, um den Erfolg abzusichern, dauerhaft Ihre Ernährung ändern.

Wenn Sie Ihr Problem mit dem Übergewicht nicht angehen möchten, so hat das allerdings auch seine Folgen, z.B. gesundheitliche Einschränkungen wie Bluthochdruck, ein höheres Risiko für einen Schlaganfall, usw.

Aus Fehlern kann man lernen, so sagt der Volksmund. Um aber tatsächlich etwas daraus zu lernen, ist es hilfreich, Fehler zu dokumentieren, so daß eine Wiederholung des Fehlers nahezu ausgeschlossen ist. Selbstverständlich können auch Erfolge dokumentiert werden. Beim nächsten Vorhaben können dann die positiven Strategien erneut eingesetzt werden und derselbe Fehler sollte dann vermieden werden.

Darum ist es immer besser, Veränderungen aktiv zu gestalten. Was hindert uns an der aktiven Gestaltung unseres Lebens? Oftmals ist es die Angst vor Veränderungen. Wir haben uns an den Ist-Zustand gewöhnt. Dies führt oft dazu, daß wir uns nur verändern, wenn es unbedingt sein muß. Beispielsweise, wenn der Arzt sagt: »Wenn Sie so weitermachen wie bisher mit der Ernährung, dann...«

Wenn wir ein Ziel erreicht haben, können wir stolz auf uns sein. Unser Plan hat funktioniert. Und jeder von uns hat schon viele Ziele erreicht: Die Schule abgeschlossen, einen Beruf erlernt, den Führerschein gemacht, Schwimmen gelernt, usw. Allerdings neigen viele Menschen dazu, diese Erfolge als normal einzustufen und deshalb nicht besonders wertzuschätzen. Wenn Sie Hilfe bei der Zielfindung benötigen oder bei der Umsetzung von Zielen, können Sie sich an einen Fachmann wenden, z.B. einen Berater oder Coach.

FALK HINNEBERG (www.hinneberg.info)

»Schlamperei in Finow« wird geprüft

Eberswalde (bbp). Vor zwei Jahren gab es in der Altenhofer Straße in Finow im Bereich vor dem Metallbau Finow Straßenbauarbeiten. Noch heute ist dort der Verkehr wegen der immer noch vorhandenen starken Unebenheiten auf 10 km/h reduziert. Gegen den unhaltbaren Zustand hatte unser Leser Guido Penz lautstarken Protest erhoben (»Schlamperei in Finow: Schilder contra Straßenschäden« in BBP 5/2020) und sich zugleich an die verschiedensten Behörden gewandt.

Aus dem Landesministerium für Infrastruktur und Landesplanung bekam er nun Antwort. Dagmar Berghof vom dortigen Referat Straßenbau schrieb ihm:

»Ich danke Ihnen für Ihre Hinweise. Ich habe diese zum Anlaß genommen, die Sachlage zu den vorhandenen Straßenschäden an der L 293 in Finow zu prüfen und kann Ihnen nun folgendes mitteilen:

Im Jahr 2018 wurden in der L 293 in Finow in dem benannten Bereich Schmutzwasserhausanschlüsse durch eine Firma außerhalb der Straßenbauverwaltung hergestellt. Auftraggeber für diese Maßnahme war der örtlich zuständige Wasser- und Abwasserzweckverband Eberswalde (ZWA). Die Fahrbahn der L 293 wurde durch diesen an den Aufgrabungsstellen

zunächst zur *Be-* *sicherung der Be-* *fahrbarkeit provi-* *sorisch geschlos-* *sen. Eine absch-* *ließende Wieder-* *herstellung der* *Straße durch den* *ZWA steht noch* *aus. Der ZWA* *hat dem für die* *Straße zuständi-* *gen Landesbe-* *trieb Straßenwe-* *sen Brandenburg* *(LS) bereits ein* *Angebot zur Be-* *seitigung des* *Schadens und da-* *mit der abschließenden Wiederherstellung der* *L 293 übergeben. Der LS prüft derzeit die über-* *gebenen Unterlagen. Nach Abschluß der Prü-* *fung und Abstimmung weiterer Details wie Ver-* *kehrsführung während der Bauzeit bzw. Art der* *Vergabe können die Arbeiten durch den ZWA* *ausgeführt werden. Ein konkreter Umsetzungs-* *termin kann gegenwärtig noch nicht benannt* *werden.«*



Foto: Guido Penz

Jedem wird geholfen, der nach Hilfe fragt

Leserbrief zu »Bundeswehreinsatz im Barnim« und »Menschenverachtende Verwaltungslogik« (BBP 6/2020)

Mit Unverständnis habe ich Ihre beiden Artikel in der Barnimer Bürgerpost vom 26.05.2020 gelesen. Die Formulierungen könnten auch so in der Bild gefunden werden. Ihre Ausführungen sind einfach nur einseitig.

Bundeswehrsoldaten in Eberswalde sind kein Zeichen dafür, daß unser schöner Landkreis militärisch aufrüstet. Gerade, daß Soldaten in der Kreisverwaltung und insbesondere im Gesundheitsamt eingesetzt sind, zeigt einen engen Bezug der Bundeswehr zu unser gesellschaftlichen Grundordnung. Daß Soldaten in Eberswalde in Uniform sich bewegen finde ich gut und auch richtig. Ich habe weder den Eindruck, daß durch diese meine Grundrechte gefährdet noch beeinträchtigt werden. Sie unterstützen in einer Krisenzeit die Zivilgesellschaft in unserem Land. Denn sie sind Staatsbürger in Uniform und in Krisenbewältigung auch ausgebildet.

Die Formulierung, daß in anderen Abteilungen der Kreisverwaltung weniger zu tun sei, ist schlecht falsch und deutet daraufhin, daß hier nur pauschale Kenntnis von Verwaltungsarbeit

besteht. Jeder Mitarbeiter der Kreisverwaltung ist ein Fachmann auf seinem Gebiet. Der Einsatz im Gesundheitsamt bedarf Kenntnisse im besonderen Verwaltungsrecht, die nicht von jedem täglich angewandt wird. Es bedarf eine Einarbeitung in die rechtliche Materie des Gesundheitsamtes.

Sie würden ja auch nicht zum Bäcker sagen, er soll nun Wurst machen.

*

Nun noch zu Ihren Ausführungen zu »Menschenverachtenden Verwaltungslogik«. In unserem Land ist es immer einfach, das zu fordern, was einen vermutlich zustehen würde. Aber jeder Bürger hat nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten. Eine Pflicht besteht darin, seine Miete zu zahlen. Gesetze sollten immer auch zu Ende gelesen werden. Ein Obdachloser stellt nach dem Ordnungsbehördengesetz einen Störer (denn dort ist der Begriff formuliert) dar. Ein Störer wird im verwaltungsrechtlichen Handeln entsprechend behandelt. Jeder belastende Bescheid kann mit rechtlichen Mitteln angefochten werden.

Aber in unserem Land wird auch jedem geholfen, der nach Hilfe fragt. Dabei ist es wichtig, daß der Hilfesuchende **sich auch bewegt** und seine Eigenverantwortung wahrnimmt. Eine Räumung der Wohnung kommt nicht von heute auf morgen, sondern wird immer langfristig angekündigt. Es besteht ausreichend Zeit, sich mit dem örtlichen Ordnungsamt, denn dieses ist verantwortlich bei Obdachlosigkeit, in Verbindung zu setzen und **gemeinsam nach Lösungen zu suchen**. Es ist immer einfacher, die Schuld bei anderen zu suchen.

Auch ist es richtig, die Kosten der Räumung und der Unterbringung in einen Ersatzwohnraum den Geräumten in Rechnung zu stellen. Die Kosten würden ansonsten bei uns allen liegen und an andere Stelle fehlen.

Ein Ersatzwohnraum ist nur eine Übergangslösung, daher ist ein Anspruch auf einen schönen Wohnraum aus meiner Sicht nicht nachvollziehbar.

Ich hoffe, daß meine kritischen Worte veröffentlicht werden.

HEIKO SCHULT

Nachgefragt: Zwangsräumung und Obdachlosigkeit

Eberswalde (bbp). Zwangsräumungen von Wohnungen liegen in der Verantwortung des städtischen Ordnungsamtes (vgl. »Menschenverachtende Verwaltungslogik« in BBP 6/2020). Insbesondere ist die Stadt offensichtlich für die Unterbringung der Obdachlosen verantwortlich und muß entsprechend den Vorgaben der Landesverfassung Ersatzwohnraum zur Verfügung stellen, um eine Zwangsräumung auf die Straße zu vermeiden. Hierzu gab es in der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen eine Anfrage des sachkundigen Einwohners GERD MARKMANN, die wir einschließlich der Antworten durch den Verwaltungsdezernenten Maik Berendt im nachfolgenden dokumentieren. Die Antworten des Dezernenten beruhen auf der Sitzungsniederschrift, die dankenswerterweise im Auszug vorab zur Verfügung gestellt wurde:

1. Aufgrund welcher gesetzlichen Grundlagen wird die Stadt Eberswalde in Sachen Zwangsräumung und Obdachlosigkeit tätig?

Das Ordnungsbehördengesetz regelt die Aufgaben der Ordnungsbehörden. Die Ordnungsbehörden haben im Rahmen der allgemeinen Gefahrenabwehr Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung abzuwehren. Bei einem Fall der Obdachlosigkeit ist die öffentliche Sicherheit gefährdet und aus diesem Grund wird man hier tätig. In den häufigsten Fällen entsteht Obdachlosigkeit durch Wohnungszwangsräumungen. Der zuständige Gerichtsvollzieher informiert das Ordnungsamt über den Termin der Wohnungszwangsräumung

und somit wird die Anwesenheit des Ordnungsamtes sichergestellt.

2. Wieviel Wohnraum hält die Stadt Eberswalde zur Unterbringung von Obdachlosen und Zwangsgeräumten vor? Welche Kosten werden dadurch verursacht? In welcher Form und auf welcher rechtlichen Grundlage werden die Untergebrachten an diesen Kosten beteiligt?

Die Stadt Eberswalde verfügt derzeit über 34 Obdachlosenunterkünfte und die Kosten für diese Unterkünfte belaufen sich auf etwa 13.000 Euro monatlich. Die Grundlage bildet die »Satzung und Gebührensatzung für die Benutzung von Obdachlosenunterkünften der Stadt Eberswalde«.

3. Gab oder gibt es Obdachlosenunterkünfte in der Finsterwalder Straße? Stimmt es, daß dort (unsanierte Platte, heruntergekommene Wohnungen) Nutzungsentgelte in Höhe von 7,25 Euro pro

Quadratmeter (zuzüglich der Verbrauchergebühren für Strom und Gas) von der zwangsgeräumten/obdachlosen Person verlangt werden?

In der Finsterwalder Straße werden aktuell drei Unterkünfte vorgehalten. Die Grundmiete pro Quadratmeter beträgt 4,58 Euro. Ferner wird eine Nutzungsgebühr von 19 Prozent auf die Grundmiete berechnet. Anfallende Betriebs- und Heizkosten werden zur Grundmiete dazugerechnet. Weiterhin muß der Untergebrachte die Kosten für Strom und Gas nach Anmeldung beim Versorger selbst entrichten.

4. Werden mit den Zwangsgeräumten/Obdachlosen Mietverträge für die Unterkünfte abgeschlossen?

Es wird nur ein zeitlich begrenztes Nutzungsrecht ausgesprochen, Mietverträge werden nicht abgeschlossen. Einen Anspruch darauf, in eine Obdachlosenunterkunft der Stadt Eberswalde untergebracht zu werden, gibt es nicht.

Neue Mobilität im Ordnungsamt

Eberswalde (prest-ew/bbp). Das Ordnungsamt der Stadt Eberswalde verfügt seit dem Frühjahr 2020 über neue mobile Eingabegeräte für die Außendienstmitarbeiterinnen und -mitarbeiter. Neue Smartphones mit spezieller Software zur Erfassung von Verkehrsordnungswidrigkeiten und sonstigen Ordnungswidrigkeiten lösen die bisherigen unhandlichen Eingabegeräte ab. Mit kleinen mobilen Druckern können die Ordnungsamtmitarbeiter nun einfache schriftliche Verwarnungen direkt vor Ort aussprechen. Bislang wurde bei Falschparkern ein Hinweiszettel am Fahrzeug angebracht, während der Anhörungsbogen per Post zugestellt wurde. Der neue Ausdruck verkürzt diesen Verfahrensweg. Seit dem 1. Juli wird der neue Ausdruck an den betroffenen Fahrzeugen angebracht und beinhaltet Ort, Datum, Uhrzeit, Tatbestandsverwurf und Verwarnungsgeldhöhe sowie die Bankverbindung für das zu zahlende Verwarnungsgeld. Erfolgt die Zahlung innerhalb einer Woche, ist das Verfahren bereits abgeschlossen. Erst bei Nichtzahlung erfolgt die Einleitung des weiteren Bußgeldverfahrens.

Corona Statistik in der BRD

von Dr. Ulrich Pofahl

Eine sehr bösartige Infektionskrankheit hat die Bevölkerung im vergangenen Halbjahr heimgesucht. Es sind Bekämpfungs- und Heilungsstrategien gefragt. Dafür sind die Mediziner und ihre untergeordneten Wissenschaften zuständig. Es gibt jedoch Wissenschaften, die ebenfalls gefordert sind, speziell die mathematische Statistik und die Behördenstatistik. Bei diesen Teilgebieten der Wissenschaft haben die Bürger in den letzten Monaten viel Merkwürdiges erlebt.

Die Informationen, die die Statistik liefert, sind wichtig. Sie informieren, wie beispielsweise ein Unternehmen unter der Bedingung einer Pandemie zu steuern ist, und sollten auch dazu dienen, jedem Bürger die Möglichkeit zu geben, in gewissen Situationen das eigene Risiko einer Erkrankung abzuschätzen. Ebenso müßte die Statistik genutzt werden, Erfolge bei der Bekämpfung der Infektionskrankheit sichtbar zu machen. Von allem spürt der Bürger nichts, und das ist doch sehr bedenklich.

Es liegt sicherlich nicht an einer unterentwickelten Statistik in der BRD. Man beachte, bei Wahlen gibt es wenige Minuten nach Schließung der Wahllokale eine Prognose über den Ausgang der Wahl, die sehr oft dem dann erzielten Wahlergebnis nahe kommt. Oder die Einschaltquoten von Fernsehsendungen, die liegen schon relativ früh am Morgen vom vergangenen Abend vor. Hier haben Statistiker sehr gute Arbeit geleistet, indem sie eine ausgeklügelte Stichprobenstrategie entwickelt haben. Bemerkenswert dabei ist noch der Umfang der Stichprobe. Er ist wesentlich geringer als die Anzahl der gemeldeten Coronaerkrankten. Nebenbei bemerkt, erfordert das jedoch hohe Qualitätsmerkmale von den Statistikern, die beispielsweise bei der letzten Volkszählung nicht eingehalten wurden – mit den bekannten Folgen. Warum gab es bei einer so wichtigen Frage wie die Coronaerkrankungen keine funktionierenden Stichprobenstrategien? Wo es doch hierbei wirklich um Leben und Tod geht.

Die Bürger werden mit einer nebulösen und zum Teil widersprüchlichen Zahlenmenge versorgt. Es wird die »Anzahl der Coronainfizierten« den Bürgern regelrecht zum Fraß vorgeworfen. Diese Zahl sagt noch nicht einmal aus, wie viele Menschen an Corona erkrankt sind. Die einzige Erkenntnis ist, man kann vergleichen, ob die veröffentlichte Zahl zum Vortag gestiegen oder gefallen ist, mehr nicht. Die dann in den Qualitätsmedien mitgeteilten Erkenntnisse sind nicht zu gebrauchen, auch nicht für politische Entscheidungen. Auf der Grundlage falscher Zahlen sind auch Todesraten und die darauf basierenden Zeit- und Regionalvergleiche bestenfalls beschränkt interpretierbar.

Schauen wir uns einige konkrete Fehlleistungen in den Medien an: Schon der Begriff »Anzahl der Coronainfizierten« ist irreführend. Richtig wäre, von der Anzahl positiv getesteter Personen zu sprechen. Zudem fehlt die Angabe der überhaupt getesteten Personen. Aber selbst wenn diese Zahl vorliegen sollte, kennt man nicht die Anzahl der Infizierten, denn es wer-

den nur Personen getestet, die Symptome einer Coronaerkrankung aufweisen oder in der Nähe positiv Getesteter waren. Um es einfacher auszudrücken: Würde man doppelt so viele Personen auf Corona testen, so ergäben sich mehr, vielleicht sogar doppelt so viele positiv Getestete. Der Statistiker spricht in so einem Falle von einer Beurteilungsstichprobe. Solche Beurteilungsstichproben haben durchaus Vorteile, sie liefern schnell eine Übersicht für besonders interessierende Bereiche, wie in NRW die Gefährdung durch die Fleischindustrie. Aber das hat beispielsweise der NRW-Ministerpräsident (CDU) nicht beachtet, als er versäumte, nach dem Coronaausbruch bei WESTFLEISCH auch sofort bei TÖNNIES zu testen. Ob es nun Dummheit oder Dankbarkeit war, kann ein Statistiker nicht entscheiden. TÖNNIES hat jedoch mehrfach der CDU Spenden überwiesen, man kann daher nicht ausschließen, daß amtliche Stichprobenhebungen durch privatwirtschaftliches Gewinnstreben beeinflusst sind.

Bisher wurde in den meisten Berichten zu diesem Thema nichts über die Qualität der Coronatests ausgesagt. Die Feststellung der Testqualität ist Sache der Mediziner, nicht der Statistiker. Bei den Tests sind grundsätzlich zwei Fehler möglich. Der Fehler 1. Art gibt die Wahrscheinlichkeit an, mit der der positiv Getestete wirklich erkrankt ist. Der Fehler 2. Art gibt die Wahrscheinlichkeit an, daß Gesunde richtig erkannt werden. Ein Zahlenbeispiel: Wir betrachten 100.000 Personen, von denen 10% das Coronavirus haben. Der Fehler 1. Art möge 1% betragen, der Fehler 2. Art möge 5% sein. Das bedeutet, von den 100.000 Personen sind 10.000 infiziert, aber nur 9.900 werden durch den Test erkannt. Andererseits werden 4.500 gesunde Personen als infiziert ausgewiesen. Nimmt man nun an, daß nur 1% von den 100.000 Personen infiziert ist, dann würde der Test von den Infizierten 10 Personen nicht erkennen. Aber 4950 Gesunde würden als erkrankt gemeldet werden. Hinzu kämen noch die 990 richtig positiv getesteten, so daß 5.940 Personen als infiziert gelten, obwohl nur 1.000 Personen wirklich das Virus tragen, das wären fast sechsmal so viel wie in der Realität.

Eine weitere Fehlleistung ist die Angabe der Sterblichkeit. Ein Statistiker spricht immer von Mortalität und Letalität. Sterblichkeit definieren Statistiker unterschiedlich, aber eine solche Angabe ist in Corona Zeiten nicht gefragt. Interessant ist die Frage, wie viele der mit Corona erkrankten Menschen sterben werden, das sagt die Letalität aus. Nun ist aber die Zahl

der an Corona Erkrankten unbekannt. Auch die Angabe der Mortalität stimmt für die Corona Pandemie nicht. Die Mortalität bezeichnet das Verhältnis der Anzahl der Gestorbenen zur Anzahl der Individuen der gesamten Population in einem bestimmten Zeitraum. Hier sei darauf verwiesen, daß es oft nicht möglich war festzustellen, ob jemand mit dem Coronavirus oder an dem Coronavirus gestorben ist, vor allem in Intensivstationen und Sterbeabteilungen. Es kommt vor, daß jemand dort sich noch kurz vor seinem Tod noch zusätzlich mit Corona infiziert. Auch werden nicht alle Verstorbenen in »an Corona verstorben« oder »nicht an Corona verstorben« klassifiziert.

Dann gibt es zum Beispiel die R-Zahl. Eine wünschenswerte Eigenschaft dieser Zahl ist, sie soll die durchschnittliche Anzahl der Ansteckungen – verursacht durch eine Person – angeben. Das ist der Wunsch. Man muß irgendwie erst einmal ein Maß dafür finden. Nun gibt es verschiedene Möglichkeiten, ein solches Maß zu definieren. Hat man dann ein Maß ausgewählt, dann muß es irgendwie geeicht werden, damit man dann damit messen kann. Das geschieht durch eine Verrechnung aus beobachteten Stichproben. Schön wäre eine Interpretation, wenn es unter dem Wert 1 liegt, dann ist die Situation beherrschbar, ist der Wert größer als 1, dann verschlimmert sich die Situation. Es ist dann das Ziel, die R-Zahl unter 1 zu halten. Nun hat aber in den Monaten April und Mai das Robert-Koch-Institut mehrfach die Berechnungsvorschrift für diese R-Zahl geändert, so daß momentan niemand etwas mit dieser Zahl anfangen kann.

Nun noch Bemerkungen, wie die Behördenstatistik in der BRD verbessert werden könnte. Mitte Februar sagte der Präsident des Robert-Koch-Instituts »80% aller Fälle verlaufen glimpflich«, also 20% der Fälle sind gefährlich, das Ganze wieder nur auf positiv Getestete bezogen. Damit wurde Angst verbreitet. Warum wird so ein Unsinn von den Medien verbreitet?

Warum konsultiert die Bundesregierung nicht Fachleute und richtige Wissenschaftler bei der Beurteilung der Coronapandemie? Stattdessen vertraut sie wie immer auf »Experten«, die meist in der Vergangenheit schon negativ aufgefallen sind.

Oft heißt es auch, die BRD sei bisher gut durch die Krise gekommen. Über die Statistiken anderer Länder kann aus Mangel an Informationen hier nicht berichtet werden.

Wie im Text beschrieben, sind bisherige Tests ungeeignet, die oben genannten Ziele zu erreichen. Erst für September 2020 plant das Robert-Koch-Institut eine repräsentative Testreihe. In Großbritannien läuft zur Überprüfung der Sperrmaßnahmen jetzt schon ein Test an 100.000 Personen, die von einem Universitätssinstitut in Zusammenarbeit mit einem Umfrageunternehmen ausgewählt worden sind. Gegenwärtig werden in Italien repräsentative 150.000 Personen getestet. Offensichtlich ist die BRD-Bürokratie und der träge Beamtenapparat nicht in der Lage, zeitnah zu handeln.



Fotos (2): PETER BULOW

Lebensraum für Insekten

Alles wächst und blüht im Mai und Juni. Auch an den Straßenrändern grünt es. Natürlich müssen Straßenränder und Fahrbahnmarkierungen zur Verkehrssicherheit frei gemäht werden. Doch wieviel muß wirklich entfernt werden und wieviel kann stehen bleiben?

Während an vielen Orten, wie beispielsweise in Schmargendorf oder in Schwedt, Bienenwiesen gesät werden, um Wildbienen einen Lebensraum zu bieten, mäh man an vielen Straßen, wie am 3. Juni an der Landstraße Prenzlau-Stegemannshof, die natürlich entstehenden Blühstreifen einfach großzügig weg, obwohl sie wichtige Lebensräume sind.

Viele Wildbienenarten in Deutschland sind vom Aussterben bedroht. Ohne sie fehlen Insekten, die Nutz- und Wildpflanzen bestäuben und unsere Ernte sichern. »Es ist schwer zu verstehen, warum blühende Pflanzen so frühzeitig und auf einer solchen Breite abgemäht wurden« sagt JOHANNES DREWS, Sprecher von Bündnis

90/Die Grünen Uckermark. Durch die intensive Mahd wird der Lebensraum von Feld- und Wiesenbewohnern vernichtet.

Wie die nebenstehenden Vorher-Nachher-Bilder zeigen, wird deutlich mehr weggemäht als nötig wäre, um die Fahrbahn frei zu halten. Touristen, die die Uckermark besuchen, erfreuen sich eher an bunt blühenden Wegesrändern als an säuberlich gemähten, trockenen Straßenrändern. Andere Bundesländer, wie beispielsweise Baden-Württemberg, haben die wichtige Funktion von Straßenbegleitgrün schon erkannt und pflegen ihre Flächen an den Straßen auch unter Naturschutzaspekten.

Wir fordern, daß die Mäharbeiten an die Lebensbedürfnisse von Bienen und Schmetterlingen angepaßt werden und daß der Landesbetrieb Straßenwesen eine Regelung beschließt, die vorsieht, daß künftig nicht mehr so radikal gemäht werden darf.

TINA PRAGER, B90/Grüne Uckermark

Rasen als Braunflächen

Nicht nur in der Uckermark ist das großzügige Wegmähen von Blühwiesen üblich. Auch in Eberswalde wird solch ein Umgang mit der Natur praktiziert. Beispielsweise bei der Wohnungsgenossenschaft Eberswalde 1893 eG, trotz gegenteiliger Versicherungen. Natürlich sind die Rasenflächen vor den Wohngebäuden keine »Blühwiesen«. Durch jahrelange »Pfleger sind diese Flächen derart ausgemagert, daß es kaum Wildkräuter gibt und in Trockenperioden der Rasen regelmäßig verbrennt. Die einstigen Grünflächen wurden zu Braunflächen.

Zwar kam man inzwischen von dem regelmäßigen alle-4-Wochen-mähen etwas los. Es wird nun »nach Bedarf« gemäht, heißt es, den die Hausmeister feststellen. Dennoch war auch in diesem Jahr schon Ende Juni die zweite Mahd fällig. Nach den Regenfällen im Juni hatte sich das gebeutelte Gras gerade etwas erholt und auf eine Länge von vielleicht zehn Zentimetern hochgewunden. Und es zeigten sich einige zarte Blüten von Wildkräutern, die es durch die günstige Witterung auf die ausgemagerten Rasenflächen geschafft hatten.



Foto: GERD MARKMANN

Aber den wenigen Blühpflanzen blieb keine Zeit, Samen zu entwickeln, um sich dauerhaft zu etablieren und dem Rasen eine Entwicklungschance zur Blühwiese zu geben.

GERD MARKMANN

Vergessene Gemüsesorten

Im Hofladen der Domäne Dahlem in Berlin werden sie ab Juni zu finden sein: Purple Plum, Rundes Gelbes und Crimson Globe. Sie gehören zu jenen Sorten, die bereits vor hundert Jahren angebaut wurden und inzwischen in Vergessenheit gerieten. Ihre Formen, Farben und Geschmäcker unterscheiden sich von den heute im Handel allgegenwärtigen Radieschen, Rote Beten und Bohnen, deren einheitliches Erscheinungsbild die Verbraucherinnen und Verbraucher gewöhnt sind. »In der Direktvermarktung wollen wir nun untersuchen, wie diese vergessenen Sorten von den Kundinnen und Kunden angenommen werden«, sagt JOSEPHINE LAUTERBACH, wissenschaftliche Projektmitarbeiterin an der HNEE. Hierfür hat sie zusammen mit ihren Kolleginnen der Humboldt-Universität zu Berlin und dem VERN e.V. ein Kommunikationskonzept entwickelt, um auf die Besonderheiten der verschiedenen Sorten im Hofladen hinzuweisen. »Hierbei haben wir uns auf Infos zur Regionalität und Geschmack konzentriert, da dies die potentielle Kundschaft am meisten interessiert«, berichtet sie und bezieht sich auf eine eigene repräsentative Umfrage, die im Vorfeld der Markteinführung bundesweit durchgeführt wurde.

Sechs der insgesamt 15 ausgewählten Sorten, mit denen sich das Forscherinnenteam intensiver befaßt haben, kamen in die engere Auswahl. Die Auswahl beruht auf dem züchterischen Potential, dem Gefährdungsstatus sowie dem Anbau- und Vermarktungspotential der einzelnen Sorten, die aktuell auf den Gemüsebaubetrieben des SaatGut-Erhalter-Netzwerk-Ost angebaut und weiterführend geprüft werden. »Da wir mit Material aus der Genbank arbeiten, gibt es mitunter große Unterschiede in Form und Größe innerhalb der einzelnen Sor-

ten. Das macht den Umgang mit ihnen im Anbau und im Handel komplizierter. Auch die Verbraucherinnen und Verbraucher sind ein einheitliches Aussehen gewohnt«, sagt ANNIKA GRABAU, wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Humboldt-Universität zu Berlin. Durch kontinuierlichen Anbau und aufmerksame Selektion während der Erhaltungszüchtung könne man das jedoch ändern.

Langfristig ist geplant, die vergessenen Gemüsesorten auch in die Filialen der Bio Company zu bringen, die sich als Partner im Projekt beteiligt. Aufgrund der Corona-Beschränkungen ist dies in diesem Jahr jedoch noch nicht möglich gewesen. »In der Schweiz trägt solch eine Kooperation aus Forschung und Praxis bereits Früchte. Dort hat man es geschafft, durch die Wiedereinführung von vergessenen Gemüsesorten die Vielfalt auf dem Feld, im Ladenregal und in der Küche zu erhöhen«, berichtet Josephine Lauterbach. Mit den Radieschen Purple Plum und Rundes Gelbes, den Rote Bete Sorten Marnier Halanga und Crimson Globe sowie den Buschbohnsensorten Berliner Markthallen und Alte weiße Cottbusser soll ab Juni auf der Domäne Dahlem der Anfang auch in der BRD gemacht werden. Begleitet wird die Markteinführung durch eine Vor-Ort-Befragung der Kundschaft des Hofladens. »Uns interessiert, welche Erwartungen an die Sorten gestellt werden und wie die Verbraucherinnen und Verbraucher unser Kommunikationskonzept wahrnehmen«, faßt Josephine Lauterbach zusammen. Die Ergebnisse sollen dabei helfen, weitere Gemüsesorten auf den Markt zu bringen und zu etablieren, um somit langfristig die Sortenvielfalt in der Landwirtschaft wie auch auf dem eigenen Teller zu steigern.

ANNIKA BISCHOF

Hanf – einzigartiger Naturbaustoff

Wir sind unterwegs mit der Landtagsabgeordneten Ricarda Budke, die auf ihrer Sommertour »klimafreundliches Bauen und Wohnen« verschiedene Projekte in der Uckermark besucht. Am 30. Juni waren wir verschiedenen Produktionsstätten, in denen Hanf angebaut und verarbeitet wird.

Der Tag begann auf dem Hanffeld nahe Prenzlau mitten zwischen den Pflanzen, die uns schon ein ganzes Stück überragten. Hanf wächst schnell, kommt mit wenig Wasser aus, hält den Boden locker und durchlässig und bietet vielen Insekten und größeren Tieren ein Zuhause. Dennoch ergeben sich durch die strengen Richtlinien, was den TCG-Gehalt betrifft, die rechtliche Situation des Anbaus von Hanf und auch die Beschaffung des Saatgut einige Schwierigkeiten, so daß Nutzhanf in Deutschland weniger verbreitet ist als andere Nutzpflanzen.

Dabei sind Hanf-Felder keine Neuerung. Das zeigt auch unser Sprachgebrauch: Wenn jemand »schäbig« aussieht, liegt das ursprünglich an den »Schäben«, kleine Späne, die auf eine schnelle und schlichte Verarbeitung der Hanffaser hindeuten.

Gemeinsam mit dem Fraktionsvorsitzenden von Bündnis 90 /Die Grünen BENJAMIN RASCHE und SVEN HÄNDCHEN von der IG Naturbau ging es weiter zu Firmen, die Hanf verarbeiten, wie die Hanffaser Fabrik in Prenzlau oder Bioformtex in Zehdenick.

Es ist beeindruckend, wie vielseitig der Baustoff Hanf ist: in Form von Vliesen für die Trittschalldämmung, als Dämmwolle, als Späne, als Tierstreu oder auch gleich als rechteckige Hanfballen zum Bauen.

Dabei bindet Hanf Kohlendioxid und ist kompostierbar, wenn die Hanfprodukte nicht mehr benötigt werden. Daher möchten wir, daß Natur-Baustoffe mehr Verwendung beim Bauen finden und in die neue Bauordnung des Landes aufgenommen werden.

TINA PRAGER,

KV Uckermark Bündnis 90/Die Grünen



Foto: Tina Prager

Die BioFormtex GmbH in Zehdenick verarbeitet den Hanf insbesondere zu Vliesen und Matten mit unterschiedlichen Flächengewichten zum Einsatz beim ökologischen Bauen, im Garten oder für die Tierhaltung.

Einstweiliger Rechtsschutz beantragt

Im Frühjahr gab es einige Wochen lang auf der Eberswalder Hauptverkehrsachse in der Heegermühler Straße vergleichsweise wenig Verkehr. Die üblichen Staus blieben zeitweise aus. Inzwischen kehrte die Normalität zurück und mit ihr das permanente Verkehrschaos in der Heegermühler. Einen nennenswerten Fahrradverkehr auf den sogenannten Schutzstreifen gab und gibt es nicht.

Das Problem, weswegen sich mehr als 4000 Menschen an einem Bürgerbegehren beteiligten, ist noch immer nicht gelöst.

Die Klage unserer Bürgerinitiative vor dem Verwaltungsgericht Frankfurt (Oder) gegen den Unzulässigkeitsbescheid des Landrates ist nach anderthalb Jahren noch nicht entschieden. In der Zwischenzeit schafft die Stadtverwaltung Eberswalde mit der Planung und Durchführung baulicher Maßnahmen vollendete Tatsachen. So erwies sich die im Herbst 2019 realisierte Instandsetzung des Gehweges in der Heegermühler Straße in Höhe Garnisonfriedhof bei genauerem Hinsehen als Baumaßnahme, die den nutzbaren Querschnitt des bis 2016 gemeinsamen Geh- und Radwegs verringerte. Inzwischen wurden auf dem Grünstreifen zwischen Weg und Straße noch Bäume gepflanzt, was diesen Zustand manifestierte.

Bereits im Dezember hatte die Stadtverwaltung im Ausschuß für Stadtentwicklung, Wohnen und Umwelt über Pläne informiert, noch in diesem Jahr die Bereiche der Einmündungen Kupferhammerweg und Boldtstraße umzubauen. Das bedeutet sehr wahrscheinlich nichts anderes, als daß auch hier vollendete bauliche Tatsachen geschaffen werden, die selbst im Erfolgsfall des Bürgerbegehrens dessen Umsetzung unmöglich machen.

Wir haben daher beim Verwaltungsgericht einstweiligen Rechtsschutz beantragt:

»Die Stadt Eberswalde und der Landesbetrieb Straßenwesen sollen es unterlassen, bauliche Maßnahmen durchzuführen oder deren Durchführung zu veranlassen oder zu befördern, die bezüglich des Bürgerbegehrens zur Wiederherstellung der bis Herbst 2016 geltenden Verkehrsführung in der Heegermühler Straße dem Ziel des Begehrens entgegengesetzte vollendete Tatsachen schaffen.«

Der Landrat hat den Antrag auf einstweiligen Rechtsschutz inzwischen in alter Gewohnheit als »unzulässig« bezeichnet und sich selbst für nicht zuständig erklärt. Die Entscheidung darüber liegt nun beim Verwaltungsgericht.

Dem Verwaltungsgericht wurden zudem weitere Argumente zugeleitet, die für die Zulässigkeit unseres Begehrens sprechen. So gab es im Dezember 2019 einen Zwischenbericht zur Umsetzung des Radnutzungskonzeptes. Hier wird klar davon gesprochen, daß ein großer Teil der Maßnahmen preiswert mittels verkehrsbehördlicher Anordnung umzusetzen sind und dies künftig verstärkt in Angriff genommen werden soll.

Sogar der Landrat selbst – in seiner Eigenschaft als untere Verkehrsbehörde – hat Bernauer Stadtverordnete, die Verkehrsregelungen in Bernau verändern wollen, aufgefordert, dies in der Stadtverordnetenversammlung zu beschließen. Dann könne die untere Verkehrsbehörde handeln. In unserem Fall behauptet der gleiche Landrat – diesmal als Kommunalaufsicht – dies sei unzulässig. Der Landrat setzt also für vergleichbare Sachverhalte verschiedene Maßstäbe an. Sehr bedenklich.

GERD MARKMANN & Dr. ULRICH POFAHL
(Sprecher der BI »Radwege in Eberswalde«)

BücherboXX ist wieder da

Die BücherboXX im Brandenburgischen Viertel in Eberswalde wurde am 3. Juli zur weiteren Nutzung für die Öffentlichkeit im Einkaufszentrum Heidewald aufgestellt. Das Motto lautet nach wie vor »Bring ein Buch, nimm ein Buch, lies ein Buch«.

Die zerborstene Scheibe konnte vom Glaser erneuert werden. Die Tür allerdings mußte draußen bleiben. Dieser Schaden muß später behoben werden. Das heißt, der Heidewald hat jetzt eine noch leichter zugängliche Bibliothek, die Tage der offenen Tür sind gekommen.

Das bedeutet aber auch, daß die BücherboXX nun möglichst schnell mit vielen Büchern aufgefüllt wird und daß die Kümmerer weiterhin für Ordnung, Sauberkeit und Nachschub sorgen. Vielen Dank an alle im Voraus.

Wir werden später noch zu einem offiziellen Termin mit dem Bürgermeister einladen. Am 3. Juli waren zunächst einige Unterstützer und die Kolleginnen vom Quartiersmanagement

anwesend, um die BücherboXX mit Büchern zu bestücken und eine erste »Begrüßung« der auferstandenen BücherboXX vorzunehmen.

Nochmals vielen Dank für die Geduld und Dank an den Bauhof für die Unterstützung und den Transport und daß wir dort arbeiten durften.

KONRAD KUTT

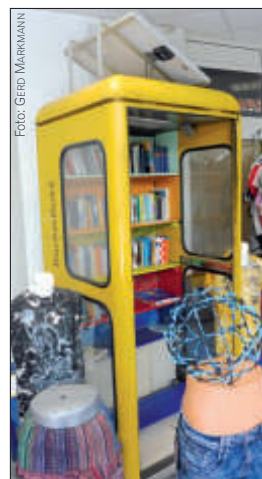


Foto: Gerd Markmann

Alternative Prominente in Eberswalde

Eberswalde (bbp). Vor einiger Zeit veröffentlichte die Barnimer Bürgerpost eine Beitragsserie von Dr. sc. Steffen Peltsch zum Thema **Eberswalder Originale (BBP 10/2017 bis 6/2018)**. Dort wurde an einige bekannte Bürger der Stadt erinnert. Mit Ausnahme von Friedrich Beitzke waren es Bürger aus dem Stadtteil Finow. Leider ist Steffen Peltsch im Februar 2017 verstorben. Seine Serie über **Eberswalder Originale** blieb unvollendet.

»Steffen Peltsch war ein sehr guter Schriftsteller und Artikelschreiber«, sagt unser Leser ARNOLD SCHREIBER-SCHIEFERDECKER, der sich vor einiger Zeit das Ziel setzte, die Arbeit von Steffen Peltsch fortzusetzen. »Dabei bin ich mir sehr wohl bewußt, daß ich mein Vorbild bestenfalls nachahmen kann. Aber als alter Eberswalder kann ich mich an einige bekannte Eberswalder erinnern, die durchaus das Potential besitzen, nicht nur als prominent, sondern auch als Originale klassifiziert zu werden und bei denen es als lohnend erscheint, sie dem Vergessen zu entreißen.«

Es handelt sich dabei um Einwohner, die im Eberswalde in der zweiten Hälfte des vorigen

Jahrhunderts faktisch zum Stadtbild gehörten. Jeder für sich waren sie einzigartig. Sie waren nicht Gegenstand der Berichterstattung in Tageszeitungen und nur ganz wenige von ihnen erhielten Orden oder Auszeichnungen für ehrenamtliche Tätigkeiten. Aber sie prägten die Seele der Stadt.

Ganz nach dem Vorbild von Steffen Peltsch handelt es sich nicht um Biografien, sondern es werden Geschichten erzählt, wie sie sich so nur in Eberswalde ereignet haben konnten. Die Auswahl der Personen richtete sich nach deren Bekanntheit und erfolgte unabhängig von Religion, Hautfarbe und sozialem Stand.

Falls Angehörige dieser Prominenten diese Artikel lesen sollten, so sei ihnen gesagt, daß es nicht beabsichtigt ist, die portraitierten Personen miteinander zu vergleichen, Personen herauszuheben oder gar zu diskriminieren und herabzuwürdigen. In dieser Artikelserie wird die deutsche Sprache so benutzt, wie sie in dem betrachteten Zeitraum gesprochen wurde.

Unser Autor ARNOLD SCHREIBER-SCHIEFERDECKER hat nicht nur selbst zur Feder gegriffen, sondern auch Freunde und Bekannte motiviert, über ihnen bekannte Personen, die als Prominente oder Originale gelten können, zu schreiben.

Erich war ein kleiner, schlecht gekleideter Mann mittleren Alters. Seine Kleidung erschien schmutzig, oft trug er einen Filzhut. Weil er etwas schielte, wußte man nie genau, ob er einen beim Gespräch anschaute oder nicht. Erich wohnte in einem Behelfsheim im Stadtteil Ostende, so etwa an der Stelle, wo heute in der Saarstraße das Haus Nummer 30 steht. Dort standen in den 50-er und 60-er Jahren Behelfsheimen.

Diese Häuser waren nicht größer als eine Wochenendlaube, aber im Unterschied zu den Lauben aus Ziegelsteinen errichtet. Erichs Haus wies eine große Unordnung im Außengelände auf. Als Zaunelemente der äußeren Begrenzung des Grundstücks dienten weggeworfene Federböden von Bettmatratzen. Später, nach dem Abriß der Behelfsheimen, lebte Erich mit seiner Lebensgefährtin im Hinterhaus der Eisenbahnstraße 87.

Erich sprach häufig mit Kindern und Jugendlichen. Sie konnten immer etwas von ihm erfahren. Sie redeten ihn mit Erich an. Später verwehrt er sich dagegen, und man mußte ihn mit Herr Bischoff ansprechen. Angeblich soll Erich im Krieg Unteroffizier gewesen sein, und sein mitunter seltsames Verhalten soll entstanden sein, als eine Handgranate auf seinem vom Stahlhelm geschützten Kopf explodierte.

Zeitweilig hat Erich in Anstellung gearbeitet, meist aber verdiente er sich Geld durch Schrottsammeln. Den Sammelschrott transportierte er zum Schrotthändler in der Alten Kreuzstraße in einem großen Handwagen, den er hinter sich herzog. So ist er vielen Eberswaldern in Erinnerung geblieben.

Eine der Arbeiten, mit denen Erich seinen Lebensunterhalt verdiente, war das Kohlen-schuppen. Eine sehr schmutzige und anstrengende Arbeit. Sie war notwendig, weil öffentliche Gebäude mit Braunkohle beheizt wurden. Ganze LKW-Ladungen von Braunkohle wurden auf Bürgersteigen oder Schulhöfen abgekippt und die Kohle mußte dann in die ent-

Folge 1: Erich Bischoff

Der Schrottsammler mit dem Handwagen

sprechenden Heizungskeller geschafft werden. Das geschah mit Schaufel und Schubkarre.

Als Erich einmal als Kohlenschipper am Gebäude der Deutschen Post arbeitete, verließ er seinen zugewiesenen Arbeitsplatz, ging zum Direktor – das war damals einfach so möglich – und sagte: »Herr Direktor, wir tauschen jetzt einmal die Arbeit, Ihre Arbeit kann ich auch machen!« Ob das für Erich Konsequenzen hatte, weiß keiner. Er hat aber später auch noch woanders Kohlen geschippt.

Seinen großen Auftritt hatte Erich bei einer Maidemonstration. Diese liefen wie folgt ab: Vor einer Ehrentribüne, die bis Ende der 70-er Jahre in der Eisenbahnstraße am Karl-Marx-Platz stand (später befand sie sich an der Einmündung der Michaelisstraße in die Friedrich-Ebert-Straße), marschierten die Werktätigen und bewaffneten Organe an der lokalen Partei- und Staatsführung vorbei. Sie wurden von einem Sprecher auf der Tribüne begrüßt und der Sprecher verlas einige Informationen über die gerade an der Tribüne vorbeiziehenden Demonstranten. Das waren meistens Planübererfüllungen, die Namen von Aktivisten oder Verpflichtungen zur Normübererfüllung. Diese verlesenen Texte wurden über große Lautspre-

cher, auch Tonsäulen genannt, in die Umgebung der Demonstration übertragen.

Irgendwie war es Erich unter Mißachtung aller zivilen Sicherheitskräfte gelungen, sich mit seinem sozialistisch geschmückten Handwagen in den Demonstrationszug zu mogeln. Am Handwagen stand »Es lebe der 1. Mai«. Erich war sauber gekleidet und trug sogar eine rote Mainelke an seinem schäbigen Jackett. So stolzierte er mit gewölbter Brust an den Gästen auf der Ehrentribüne vorbei. Erst verwirrt, dann gefaßt, reagierte der Sprecher. Der Name Erich Bischoff stand nicht auf dem Zettel, also begrüßte er auch Erich Bischoff genau so, wie er es mit den übrigen Werktätigen tat. Die Zuschauer johlten und Erich fühlte sich noch stolzer.

In den zwei folgenden Jahren marschierte Erich dann nur noch mit einem geschmückten Transparent. Der Sprecher auf der Tribüne war sicherheitshalber vorbereitet, aber so unterhaltsam wie sein erster Auftritt waren diese Teilnahmen nicht mehr. So etwa um 1976 habe ich Erich letztmalig bei einem Gruppenausgang von Insassen des Bezirkskrankenhauses für Psychiatrie gesehen.

ARNOLD SCHREIBER-SCHIEFERDECKER

Jüdisches Bürgerverzeichnis für Eberswalde

Eberswalde (bbp). ELLEN GRÜNWALD recherchiert seit vielen Jahren zur Geschichte der Eberswalder Juden. Ihre Forschungsergebnisse bildeten die Grundlage für das »Eberswalder Gedenkbuch für die Opfer des Nationalsozialismus«. Zu dem Thema wurde auch nach dem Erscheinen des Gedenkbuches 2008 weiter recherchiert. Um die alten und neuen Informationen zu den ehemaligen jüdischen Bürgern der Stadt Eberswalde zusammenzuführen, erstellte das Kreisarchiv Barnim mit der Hilfe von Ellen Grünwald eine Datenbank. Das »Jüdische Bürgerverzeichnis für die Stadt Eberswalde« erfaßt nicht nur die Opfer des Nationalsozialismus, sondern enthält auch alle bisher ermittelten Eberswalder Juden ab dem 18. Jahrhundert. Ergänzungen, Berichtigungen oder Anmerkungen sind erwünscht und werden vom Kreisarchiv Barnim entgegengenommen.

(<https://kreisarchiv.barnim.de/projekte/juedische-forschungen-im-barnim-1>)

Es reicht nicht aus, »kein Rassist« zu sein*

Neue Chronik von SOS Rassismus Barnim

Seit 2015 dokumentieren Aktive des Afrikanischen Kulturvereins Palanca e.V., der Barnimer Kampagne »Light me Amadeu« sowie der Vernetzung Barnimer Willkommensinitiativen rechtsextreme und rassistische Vorfälle im Landkreis Barnim.

»Wir sind uns bewußt, daß wir nur einen Teil des Phänomens abbilden können, die meisten Vorfälle werden uns nicht bekannt. Dennoch trägt unsere Recherche dazu bei, den Beschwichtigungen und dem regelmäßigen Relativieren des Problems etwas entgegenzusetzen. Im Moment wird mehr über Rassismus und seine Ursachen gesprochen. Die Breite rassistischer Diskriminierungen im Alltag und die Gefahren durch rechtsterroristische Gewalt wurden deutlicher«, so AUGUSTO JONE MUNJUNGA, Vorsitzender von Palanca e.V. Er appelliert: »Schweigen schützt nicht, unterstützt aber Ausgrenzung und Gewalt. Wer rassistische Vorfälle mitteilen möchte, kann sich gern bei uns melden.«

Seit dem 30. Juni ist die Chronik von SOS Rassismus Barnim für das Jahr 2019 online:

<http://refugeeswelcomebarnim.blogspot.de/2020/06/30/sos-rassismus-barnim-chronik-2019/>
AUGUSTO JONE MUNJUNGA und
DIETER GADISCHKE

Sprechstunde von SOS Rassismus Barnim:
Jeden ersten Donnerstag im Monat, 17 – 18 Uhr
bei Palanca e.V., Coppistraße 1, 16227 Eberswalde, Tel. 03334/3822563 (mit Anrufbeantworter)

* »Rassismus in jeder Form ist Feind der Demokratie. Rassismus will keinen Dialog, keine Vielfalt, kein friedliches Miteinander. Er will Haß auf andere und Dominanz über andere. (...) Nein, es reicht nicht aus, »kein Rassist« zu sein. Wir müssen Antirassisten sein!«

(Bundespräsident Steinmeier, Gespräch zu Rassismus im Schloß Bellevue, 16.06.2020)

Gemeinsam gegen Gewalt in Israel:

Selbstbewußtsein durch Theater

Die Beduinen gehören zu den am stärksten benachteiligten Bevölkerungsgruppen in Israel. Armut, Perspektivlosigkeit, Frustration: Die Suche nach Halt verstärkt patriarchale Werte und führt zu einer hohen Rate an familiärer Gewalt. Auch in der Schule sind beduinische Kinder nicht sicher vor Gewalt. Umso wichtiger, daß das TERRE DES FEMMES-Partnerprojekt Lakia Women's Association Kinder und Jugendliche stark macht, um Gewalt eine Absage zu erteilen!

Durch kreative Aufklärungsarbeit lernen die Kinder und Jugendlichen, wie sie Konfliktsituationen anders lösen können, als sie es im eigenen Elternhaus gelernt haben – nämlich ohne Gewalt. Mädchen und Jungen studieren gemeinsam ein Theaterstück ein und führen es in ihren Schulen und Gemeinden auf. Das fördert nicht nur ihr Selbstbewußtsein, sondern hilft auch dabei, Gewalt in der Schule und zu Hause abzubauen. Denn nur wer selbstbewußt

ist, kann für sich selbst eintreten und klar Nein! zu Gewalt sagen.

Die Corona-Pandemie betrifft die Beduinen besonders hart. Als Randgruppe werden sie jetzt noch stärker ausgegrenzt und alleingelassen. Hinzu kommt, daß Zahlungen aus dem Unterstützungsfonds der Regierung für Lakia aufgrund einer politisch angespannten Lage eingestellt wurden.

Obwohl das Projekt bereits tolle Erfolge verbuchen konnte, war die finanzielle Situation noch nie so prekär wie jetzt. Deshalb ist Ihre Unterstützung wichtiger denn je! Damit Mädchen und Jungen in der Beduinengesellschaft ohne Gewalt aufwachsen, bitten wir Sie ganz herzlich um Ihre Unterstützung für das TERRE DES FEMMES-Partnerprojekt Lakia (Ethik Bank · IBAN DE35 8309 4495 0103 1160 00 · BIC: GENODEF1ETK · Stichwort: Israel/Palästina).

BIRGITTA HAHN

»Atombomber? Nein danke!«

Die Debatte um die Tornadonachfolge hält an: Die CDU will neue atomwaffenfähige Flugzeuge, die FDP möchte gleich Gelder aus dem Corona-Paket für die Nachrüstung verwenden, aber Teile der SPD stellen die nukleare Teilhabe grundsätzlich in Frage. Ähnlich sehen das Grüne und Linke.

Die atomwaffenfähigen Flugzeuge sind wichtig für die nukleare Teilhabe im Rahmen der NATO – jetzt wird in der BRD debattiert, ob dieses Konzept noch zeitgemäß ist.

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Rolf Mützenich macht sich für den Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland stark. Dann wären

auch keine Milliarden für die Neuanschaffung atomwaffenfähiger Flugzeuge mehr nötig. Die Rede ist von US-Flugzeugen vom Typ F/A 18 der Firma Boeing.

Schon über 18.500 Menschen haben bisher unsere Petition unterschrieben. Damit stärken wir Rolf Mützenich und den SPD-Parteivorstand und fordern, daß sie kein Geld für atomwaffenfähige Flugzeuge verschwenden.

Mehr Informationen zur Petition und zur Kampagne »Atombomber? Nein danke!« finden sich im Internet unter: atombomber-nein-danke.de.

XANTHE HALL

Persönlichkeiten

Im Laufe von 40 Jahren DDR standen im wesentlichen drei Persönlichkeiten an der Spitze des Staates. Wilhelm Pieck, Walter Ulbricht und Erich Honecker. Alle drei spielten eine hervorragende Rolle in der Geschichte unseres Vaterlandes, der DDR, und waren Vorbild für viele Menschen.

Das galt insbesondere vom ersten Staatspräsidenten Wilhelm Pieck, der nicht nur einen guten Beruf hatte, sondern auch ein großes Vorbild für unsere Jugend war. Ausdruck dafür war beispielsweise, daß das DDR-Segelschiff seinen Namen trug und die Pionierrepublik am Werbellinsee nach ihm benannt wurde.

Walter Ulbricht begeisterte sich für den Sport. Unter seinem Einfluß wurde beispielsweise die Hochschule für Sport in Leipzig gegründet.

Mit Erich Honecker an der Spitze von Partei und Staat begann in den 1970er Jahren ein gigantisches Wohnungsneubauprogramm, das bis 1990 abgeschlossen sein sollte. Viele Familien in der DDR bekamen Neubauwohnungen in der Stadt oder auf dem Lande und das zu erschwinglichen Preisen. So gab es eine Drei-Raum-Wohnung für 56,60 Mark und eine Zwei-Raum-Wohnung für 48,30 Mark. Etwa zehn Mark preiswerter gab es Genossenschaftswohnungen, durch die leisteten 500 Stunden Eigenleistung.



Foto: NORBERT GLASKE

Es ist daher nicht verwunderlich, daß im Laufe der Zeit immer mehr Häuser zu den Feiertagen festlich geschmückt wurden.

NORBERT GLASKE

Fragen in dieser Zeit

Wer kennt die Wahrheit, wer hat Recht?

Was ist gut, was ist schlecht?

Was ist gerade, was ist gebogen?

Was ist wahr, was ist gelogen?

Was soll man sehen, was soll man schauen?

Wem kann man glauben, wem vertrauen?

Was ist zu wenig, was ist zu viel?

Wer kennt sich aus, wer führt zum Ziel?

Wohin soll diese Reise gehen?

Wohin, wohin, wohin, mit wem?

RAINER KROBOTH

Er berief sich dabei auf den Artikel »Stärker als Monopolisten und Generale« von Ludwig Arendt im Eberswalder Heimatkalender 1960. Dort heißt es: »Die Zentrale war in Müllers Festsälen (Ruine Pfeilstraße, in der heute die Sauerkohlfabrik ist), untergebracht«.¹

Für den Beitrag in der »Barnimer Bürgerpost« bezogen wir uns auf eine Veröffentlichung im »Neuen Tag« zum 35. Jahrestag des Kapp-Putsches im Jahr 1955, in der aus einem längeren Beitrag von MAX GREISER, der selbst aktiv an den 1920er Ereignissen teilnahm, zitiert wurde. Greiser schrieb: »In Rohdes Festsälen (jetzt Ruine vom Weidendamm), wo sich die Streikleitung und das Aktionskomitee der Arbeiterschaft befanden, wurden alle Maßnahmen getroffen, um die Ruhe und die Ordnung in der Stadt zu erhalten«.²

Was ist nun richtig: Rohdes oder Müllers Festsäle?

Tatsächlich gab es am Weidendamm nur die einen »Festsäle«, die im April 1945 nach dem Angriff deutscher Bombenflugzeuge auf die Stadt Eberswalde nur noch Ruinen waren, welche Ende der 1950er Jahre als Sauerkohlfabrik genutzt wurden. Der Name der Festsäle allerdings änderte sich jeweils mit den wechselnden Betreibern des Etablissements.

Näheres berichtet ELISABETH LASKA in ihrem Beitrag »Unsere Weidendammpromenade« im Eberswalder Jahrbuch 2006/2007.

Bereits 1875 hatte an der Ecke Pfeilstraße 28/Schützenstraße (heute Lessingstraße) 1 mit »Eiser's Lokal« das Saalunternehmen seine Pforten geöffnet. 1898 nennt dann das Eberswalder Adreßbuch ALBERT ROHDE als Betreiber, zehn Jahre später werden sie WERDERMANN'S FESTSÄLE genannt. »1910 wird im Adreßbuch ein August Thaele genannt – aber im Branchenverzeichnis von 1914 und 1919 annonciert wieder Albert Rhode«, hat Elisabeth Laska herausgefunden. »Schließlich wird ab 1926 (Branchenverzeichnis) Otto Neumann als Müller's Nachfolger genannt«. Als Quelle für MÜLLERS FESTSÄLE kennt aber auch sie nur die Erwähnung durch Ludwig Ahrendts im 1960er Heimatkalender.³

1919 gehörten die Festsäle also noch Albert Rohde. Ob sie bereits im März 1920 vom Gastwirt Müller betrieben wurden, bleibt leider offen.

In dem Laska-Beitrag erfährt man noch, daß zu den Festsälen neben der Gaststätte an der Ecke Pfeil-/Schützenstraße ein Theatersaal sowie Sommer- und Winterkegelbahnen gehör-



Müllers Festsäle, Inh. O. Neumann, um 1930.

Die Festsäle am Weidendamm

In den Beiträgen zum 100. Jahrestag der Abwehr des Kapp-Putsches im »Roten Finowtal« wurden u.a. auch »Rohdes Festsäle« am Weidendamm erwähnt. Dort tagte im März des Jahres 1920 der Zentralrat der Arbeiter mit Philipp Zopf und Franz Müller an der Spitze. Hierzu erreichte uns die Zuschrift eines Lesers, der darauf hinwies, daß der Zentralrat damals nicht in »Rohdes«, sondern in »Müllers Festsälen« zusammenkam.



Der nach der Bombardierung erhalten gebliebene Saal wurde in den 1950er Jahren als Sauerkohlfabrik genutzt. Das Foto ist etwa aus dem Jahr 1956.

ten. Insgesamt nahmen die im Laufe der Zeit mehrfach um- und ausgebauten Festsäle einschließlich der Kegelbahnen eine Länge von 120 Metern entlang der Pfeilstraße ein.

Dreizehn Jahre nach dem Kapp-Putsch dienten NEUMANN'S FESTSÄLE der faschistischen SA als Sturmlokal. Hierher wurden im Rahmen der ersten großen Verhaftungswellen nach dem Reichstagsbrand in der Nacht vom 27. auf den 28. Februar 1933 zahlreiche Eberswalder Kommunisten und Sozialdemokraten verschleppt. FRITZ GRABERT, der selbst als Jungkommunist im Frühjahr 1933 in der Polizeiwache in der alten Kreuzstraße eingesperrt und gefoltert wurde, erfuhr nach 1945 von seinen Genossen, daß zu denen, die »in Neumanns Festsälen gefoltert, geschunden und geschlagen wurden«, die Mitglieder der KPD-Ortsgruppe Eberswalde WALTER KOHN, OTTO KRACHEEL, REINHOLD VOB, ERNST BAUMGARTEN, die Sozialdemokraten FRANZ HASSE und FRITZ FRÜHBRODT, der Finowfurter Kommunist REINHOLD PILZ sowie WILLI GEBHARDT, FRANZ BOCHOW, WILHELM WEITZEL (der dort besonders schwer mißhandelt wurde), BÖHME, und FRANZ EISELE gehörten. Bei letzteren fehlen Angaben zur Parteizugehörigkeit. »Der SA-Mann Otto Budeck«, so Grabert, »zeichnete sich besonders durch seine Brutalität aus«.⁴

Im April 1945 wurden die Festsäle Opfer der Bombardierung Eberswaldes durch die faschistische Luftwaffe. Bereits am 5. August 1947 hatten die Eberswalder Stadtverordneten auf ihrer 11. Sitzung beschlossen, den Bereich zwischen Pfeilstraße und Schwärze nicht wieder zu bebauen. Als letzte Ruine wurde Anfang der 1970er Jahre das zuletzt als »Haus der Einheit« firmierende Tanzlokal in der unmittelbaren Nachbarschaft der einstigen Festsäle abgeris-

sen. Hier hatten nicht deutsche Bomben, sondern der Schwamm und letztlich ein Brand für den schließlichen Abriß gesorgt.³

Der HANS-AMMON-PARK mit dem 1975 eingeweihten DENKMAL FÜR DIE OPFER DES FASCHISMUS erinnerte nicht nur an den ermordeten Eberswalder Kommunisten HANS AMMON, sondern auch an die Nutzung von NEUMANN'S FESTSÄLEN als SA-Folterstätte. Unter dem ersten Nachwende-Bürgermeister Dr. HANS MAI (SPD), der bald darauf von den Bürgerinnen und Bürgern abgewählt wurde, beschlossen die Stadtverordneten den Abriß des OdF-Denkmal und die Umbenennung in »Park am Weidendamm«, der zugleich umgestaltet wurde. An das OdF-Denkmal erinnert noch eine in den Boden eingelassene Plakette.

»Es entstand eine wunderschöne Anlage mitten in der Stadt Eberswalde, in die die vorhandenen Wasserläufe und alten seltenen Bäume sehr gelungen einbezogen wurden – zur Erholung und Entspannung für unsere Bürger, Gäste und Kinder.«³ An der Stelle der Festsäle mit den vielen Namen und der für Eberswalde bedeutenden Historie befindet sich heute der Kinderspielplatz des Parks am Weidendamm.

GERD MARKMANN

Quellen:

- 1 – LUDWIG ARENDT: Stärker als Monopolisten und Generale, in: Heimatkalender für den Kreis Eberswalde 1960, Hrsg.: Rat des Kreises Eberswalde
- 2 – MAX GREISER: Zum 35. Jahrestag des Kapp-Putsches: So kämpften die Arbeiter in Eberswalde, in: Neuer Tag, 1955
- 3 – ELISABETH LASKA: Unsere Weidendammpromenade, in: Eberswalder Jahrbuch für Heimat-, Kultur- und Naturgeschichte 2006/2007, Verein für Heimatkunde zu Eberswalde e.V. 2006.
- 4 – HOLGER KLICHE: Zum antifaschistischen Widerstand in Eberswalde und Umgebung, unveröffentlichtes Manuskript, ca. 1995.

Über das Leben in der DDR

von Dr. Helmut Koch

Gegenwärtig wird in großer Aufmachung eine 10-teilige Fernsehsendung namens »Broiler, Bonzen und Bananen« mit einer Gesamtsendezeit von über 15 Stunden vom privaten Fernsehsender n-tv veröffentlicht, wo das Leben in der DDR geschildert wird. Dazu ist grundsätzlich festzustellen, daß dabei viele Tatsachen zurecht kritisch vermerkt werden, die im Interesse historischer Wahrheiten nicht verschwiegen werden sollten. Leider werden dabei auch sehr einseitig Halbwahrheiten und falsche Schlußfolgerungen verkündet und dabei auch vor Unwahrheiten nicht zurückgeschreckt. Ich halte es deshalb für notwendig, einige Gedanken dazu darzulegen.

In der Sendung (hier Folge 4: »Essen, trinken, Party machen«) wird insbesondere in den begleiteten Kommentaren der Eindruck erweckt, daß das in den Läden kaum sichtbare Angebot an hochwertigen Fleischerzeugnissen, wie beispielsweise Schinken oder Filet, darauf zurückzuführen war, daß sie in einem erheblichen Umfang in das kapitalistische Ausland exportiert wurden. Das ist falsch und widerspricht den Tatsachen.

So wurden z. B. von der DDR hochwertige Braugerste zu Spitzenpreisen in das NSW exportiert und dafür – z. B. aus Australien – billiges Futtergetreide importiert. Davon wurde zusätzlich Fleisch zur Stabilisierung der Eigenversorgung und den Export produziert. Dieser Export erfolgte aber kaum in hochwertigen Fertigprodukten, sondern in Form von Lebendvieh oder Rinder- und Schweinehälften. Das geschlachtete Vieh wurde einschließlich der hochwertigen Fertigerzeugnisse im wesentlichen für die Eigenversorgung eingesetzt.

Wahr ist also, daß die Ursachen für das mangelhafte Angebot an hochwertigen Fleischerzeugnissen nicht im Export, sondern in der als Eigentümer wirkenden Preisgestaltung der DDR zu suchen ist. Die allgemein niedrigen Preise für Lebensmittel und vor allem die viel zu geringe Differenzierung nach Qualitäten führte dazu, daß hochwertige Fleischerzeugnisse unter dem Ladentisch und mit Beziehungen verkauft wurden, was auch von ehemaligen DDR-Bürgern bestätigt wurde.

Gedanken zur Veränderung dieses Preissystems bei gleichzeitiger Erhöhung der Löhne in den unteren Lohngruppen wurde von damaligen hohen Funktionären der SED leider als »arbeiterfeindlich« abgelehnt. Das sind die wirklichen Tatsachen, die leider bis zur Gegenwart in den Medien oft verschwiegen werden.

Das zeigt sich z.B., daß in einem Leserbrief in einer Brandenburger Zeitung behauptet wurde, daß das in den 70er Jahren erbaute internationale anerkannte größte und modernste Fleischkombinat in Europa in Eberswalde-Britz für den Export für das kapitalistische Ausland gebaut wurde. Wahr ist aber, daß die gesamte

Produktion von Fertigerzeugnissen einschließlich der hochwertigen Fleischerzeugnisse in die DDR-Versorgung geflossen ist. Versuche einer Mitarbeiterin des Kombines, solche Falschmeldungen richtig zu stellen, wurden leider totgeschwiegen.

Das Wort *Broiler* steht im Vordergrund der gesamten Serie. Leider beschränkt sich die Sendung im wesentlichen darauf, daß sie nach Aussagen der ehemaligen DDR-Bürger gut geschmeckt haben. Im Interesse der Ausgewogenheit und der gesamten Wahrheit wäre es sicher gut gewesen, zumindest darauf hinzuweisen, daß von den Kombinen für industrielle Mast jährlich etwa 50 Millionen Goldbroiler produziert und in vielen Gaststätten sowie im Handel zu im Vergleich zur BRD sehr niedrigen Preisen verkauft wurden.

Aus der Fülle der Probleme bei den Berichten über die Lebensverhältnisse der DDR möchte ich abschließend im Interesse einer ausgewogenen Berichterstattung ergänzend folgendes feststellen: In der Sendung wird im Zusammenhang mit dem Wohnungsneubau wieder der diffamierende Begriff von Ghettos verwendet. Ich hatte damals den Eindruck, daß ein übergroßer Teil der DDR-Bürger den Bezug einer Neubauwohnung als positiv und erfreulich empfunden hatte. Ganz zu schweigen von den Mieten, die im Vergleich zur BRD als sehr niedrig bezeichnet werden können – wenn man es höflich ausdrückt.

Auch bei der Schilderung zum Sport scheint es mir, insbesondere bezüglich Doping, daß eine größere Sachlichkeit und Ausgewogenheit notwendig wäre. Hier hätte man die kurze und treffsichere Meinung eines ehemaligen DDR-Bürgers veröffentlichen sollen, die da lautet: »Wenn man im Glashaus sitzt, sollte man nicht mit Steinen werfen«.

Abschließend möchte ich zur Ehren des Fernsehens meine Meinung äußern, daß die öffentlich-rechtlichen Fernsehsender in der BRD in ihren Sendungen über die Lebensverhältnisse in der DDR oft ausgewogener und realistischer berichtet haben!

Dr. HELMUT KOCH

»Kunst überm Sofa«

Eberswalde (prest-ew). Im Museum Eberswalde hat nach einer längeren, durch das Corona-Virus bedingten Pause der nächste Bildwechsel der Aktion »Kunst überm Sofa« stattgefunden.

Über dem blauen DDR-Sofa hängt nun die Druckgrafik »Mutter mit Kind« der Greifswalder Künstlerin Mechthild Hempel (1925 – 2015). Als Malerin und Grafikerin erarbeitete sich Hempel ab den 1960er Jahren eine anerkannte Stellung in der bildenden Kunst im Norden der damaligen DDR. Der hochformatige Druck entstand 1972 – eine für die Künstlerin durch die Geburt ihres ersten Enkelkindes sehr bewegende Zeit.

Eingereicht wurde das Werk von Barbara Gehrke, die als ehemalige Leiterin des Ehm-Welk Literaturmuseums Angermünde Kontakt zu Mechthild Hempel erhielt. Das Kunstwerk hat bis heute einen Platz in der Wohnung von Frau Gehrke.

»Kunst überm Sofa« ist eine Aktion des Museums Eberswalde innerhalb der aktuellen Sonderausstellung »Kunst von hier. Entdeckt in Stadt- und Kreisbesitz 1949-90.« Das Projekt widmet sich der Frage nach den privaten Sammlungsinteressen von Kunst: Welche Kunst hängt in den Eberswalder Wohnungen und Häusern? Welche Geschichten verbergen sich hinter diesen persönlichen »Schätzen«?

Das Team des Museums Eberswalde freut sich über weitere Einsendungen (Kontakt: l.wedekind@eberswalde.de). Die Aktion »Kunst überm Sofa« und die Sonderausstellung laufen noch bis zum 11. Oktober 2020 im Museum Eberswalde, Steinstraße 3.

Stimmtanz Niederfinow:

Sommersingen

Draußen unterm blauen Himmel, im Flüsterschatten der Birken oder am Feuer im Stimmtanzzelt. Am Sonnabend, den 11. Juli, von 10 bis 18 Uhr. Ein Tag der schönen Klänge und feinen Lieder. Ein Tag mit stimmigen Leuten an einem zauberhaften Ort. Teilnehmerzahl 10 bis maximal 25 in der Finowstraße 14, in 16248 Niederfinow.

Ungefährer Zeitablauf:

10:00 – 13:00 Ankommen, Einklingen, Lieder lernen
13:00 – 14:30 Zusammen essen und pausieren
14:30 – 16:00 Singspiele und feine Klänge
16:00 – 16:30 Kaffee, Tee und Kuchen
16:30 – 18:00 Stimmtanzen und Ausklingen
Seminargebühr: 55 €, Umsorgung mit Speis und Trank: 25 € (vegetarisch & bio & mit Liebe). Eine Ermäßigung für Leute mit sehr wenig Geld auf 35 € + 15 € ist nach Absprache möglich. Bezahlung bar vor Ort oder vorab per Überweisung.

Und wer lieber plant: Vom 4. bis 6. September findet auch in Niederfinow mein Stimmtanzwochenende statt (<http://stimm-tanz.de>). Ich freue mich auf einen klangvollen Tag mit euch!

SASCHA LEJ

Women Action Space sucht Fahrräder

Eberswalde (bbu). Unter Berücksichtigung der Eindämmungs- und Hygienevorschriften finden auch im Projekt Women Action Space wieder erste zwischenmenschliche Begegnungen statt. An der frischen Luft wird im Wald und auf öffentlichen Plätzen Deutsch geübt und sich über aktuelle Themen wie Corona ausgetauscht. Das erste Fahrradtraining fand statt und das bekundete Interesse ist groß. Wir benötigen aber noch Damenräder und sehr gern Klappräder zum Üben.

Aufruf zur Gründung einer Interessengemeinschaft **Pro BürgerCampus Heidehaus**



Foto: Wählergruppe »Gemeinsam in Panketal« – GfP

Im Mai 2019 verabschiedete die Gemeindevertretung Panketal nach insgesamt 13 Jahren Arbeit und Diskussion den Grundsatzbeschluss über die Errichtung eines Bürgerhauses auf dem Gelände des »Alten Krankenhauses« (Heidehaus) an der Schönowener Straße. Zahlreiche Mitglieder der Gemeindevertretung, interessierte Bürgerinnen und Bürger hatten sich gemeinsam mit dem Bauamt in der Arbeitsgemeinschaft Heidehaus zusammengeschlossen und nach intensiver Arbeit diesen Beschluss vorbereitet. Das gesamte Gelände mit seinem Ensemble verschiedener Häuser (Kita, Demenz-WG, »Villa«, »Torhaus« sowie »Heidehaus«) und dem weitgehend erhalten gebliebenen parkähnlichen Charakter des Grundstücks ließen die Arbeitsgemeinschaft Heidehaus zu dem Schluss kommen, an diesem Standort die Errichtung einer Infrastruktur zu empfehlen, die allen Generationen gerecht wird. Betreutes Wohnen, Jugendklub, Bürgerhaus – all dies gemeinsam in Rathausnähe und doch im Grünen.

Es könnte also an der Schönowener Straße in Panketal ein BÜRGERCAMPUS HEIDEHAUS entstehen – ein soziales und kulturelles Zentrum für alle Panketaler Bürgerinnen und Bürger.

In letzter Zeit sind allerdings von einigen Mitgliedern der Gemeindevertretung immer wieder Äußerungen zu hören, die den Grundsatzbeschluss vom Mai 2019 in Frage stellen. Verschiedene neue »Verwertungsmöglichkeiten« werden ins Spiel gebracht. Es muß jedoch möglich sein, daß bei der unbestrittenen Notwendigkeit von Investitionen in soziale oder verkehrstechnische Infrastruktur gleichzeitig ein so wichtiges soziokulturelles Vorhaben wie das Bürgerhaus realisiert werden kann. Jede Verzögerung erhöht die Instandhaltungskosten für die historischen Gebäude. Es ist sogar zu befürchten, daß diese weiter verfallen und schließlich abgerissen werden müssen.

Die Bürgerinnen und Bürger Panketals haben ein Recht darauf, nicht nur ordentliche Kitas und Schulen, Turnhallen oder ausgebaute Straßen vorzufinden, sondern ebenso ein breites soziales und kulturelles Angebot. Das soziale und kulturelle Miteinander läßt uns, läßt unser Gemeinwesen zusammenwachsen, schafft Zusammenhalt und Gemeinsinn – über die Generationen hinweg.

Viele Vereine und Initiativen leiden unter Raumknappheit. Größere kulturelle Veranstaltungen können nicht oder nur in zweckfremden Räumen stattfinden. Räumlichkeiten für Jugendweihen, Konfirmation, Kommunion, Bürgerversammlungen oder größere Konzerte z.B. sind in unserer über 21.000 Einwohner

zählenden Gemeinde nicht zu finden. Der BÜRGERCAMPUS HEIDEHAUS, ein Ensemble aus Kita, Jugendklub, Bürgerhaus (mit großem Veranstaltungssaal), Standesamt, Cafeteria, eingebettet in die gewachsene, parkähnliche Landschaft, kann auf dem Gelände des alten Krankenhauses an der Schönowener Straße entstehen und als »weicher Standortfaktor« Panketal beträchtlich aufwerten.

Eine erste Visualisierung des Bürgerhauses erregte bei vielen Bürgerinnen und Bürgern spontanes Interesse und zeigte, wie man einer alten, eher unauffälligen Architektur ein interessantes und wirksames Erscheinungsbild verleihen kann.

Wichtiger als Äußerlichkeiten sind allerdings Inhalte: Welche Räumlichkeiten fehlen Ihnen? Welche sozialen und/oder kulturellen Angebote vermissen Sie in Panketal? Welche generationenübergreifenden Veranstaltungen möchten Sie im »BürgerCampus Heidehaus« anstoßen oder umsetzen? Welche Angebote können Sie persönlich einbringen? Würden Sie oder Ihr Verein konkret Räumlichkeiten in einem Panketaler Bürgerhaus nutzen (und wenn ja: Wofür? Wie oft? Und wie müßten diese Räumlichkeiten beschaffen sein?)?

(K)ein Schlußwort: Vielleicht fragt sich der eine oder die andere, ob unter den veränderten Bedingungen »nach Corona« ein solches Projekt finanzierbar oder überhaupt leistbar ist. Unsere Antwort darauf: Die schrittweise Entwicklung eines BÜRGERCAMPUS HEIDEHAUS ist ein wichtiger Impuls für den Ausbau unserer sozialen und kulturellen Infrastruktur und

überlastet unseren kommunalen Haushalt nicht. Fest steht aber: Der Bedarf für ein soziales und kulturelles Zentrum, welches allen Bürgerinnen und Bürgern Panketals offen steht, welches generationenübergreifendes Miteinander ermöglicht, kulturelle und geistige Teilhabe fördert und so zur Festigung unseres Gemeinwesens beiträgt, wird nicht geringer werden. Gründe, etwas aufzuschieben, lassen sich immer finden. Stellen wir diesen »Gründen« Taten entgegen!

Deshalb möchten wir Sie, die engagierten Bürgerinnen und Bürger, Mitglieder der zahlreichen Panketaler Vereine und Initiativen auffordern, sich gemeinsam mit uns stark zu machen für die rasche Realisierung eines BÜRGERCAMPUS HEIDEHAUS in Panketal!

Aktuell bereiten wir die Gründung einer Interessengemeinschaft *Pro BürgerCampus* für den Herbst 2020 vor. Wir laden Sie herzlich ein, sich anzuschließen und Ihre Ideen und Taten einzubringen. Sie können dies als Einzelperson oder auch als juristische Person (z.B. als Verein) tun.

Schaffen wir gemeinsam unseren BÜRGERCAMPUS HEIDEHAUS!

Sie möchten sich für die Schaffung unseres BürgerCampus einsetzen? Bitte wenden Sie sich an buergercampus-panketal@gmx.de oder schriftlich an die Interessengemeinschaft BürgerCampus i.G., Rathaus Panketal / Poststelle, z.H. Dr. Sigrun Pilz, Schönowener Str. 105, 16341 Panketal.

i.A. THORSTEN WIRTH, Interessengemeinschaft *Pro BürgerCampus Heidehaus* i.G.

Für Familien, Senioren und behinderte Menschen

Eberswalde (prest-ew/bbp). Durch die Stadt Eberswalde werden in jedem Jahr unter anderem Kulturträger, Sportvereine und Umweltprojekte, soziale Einrichtungen und viele weitere Institutionen gefördert. Mit Hilfe von Zuschüssen unterstützt die Stadt daneben auch Projekte, Maßnahmen und Initiativen zur Integration und Teilhabe behinderter Menschen, Maßnahmen für die Familienbildung und -freizeit sowie die Seniorenarbeit.

Verschiedene Projekte sind so auch in diesem Jahr bereits unterstützt und ermöglicht worden. Die geplanten Mittel für 2020 sind noch nicht ausgeschöpft. Für die öffentliche

Förderung von Vorhaben, die sich an Familien, Senioren oder behinderte Menschen richten, kann weiterhin ein Zuschuß bei der Stadtverwaltung beantragt werden.

Eine Antragstellung von Verbänden, Vereinen oder Interessengruppen ist bei der zuständigen Referentin für Generationen, Gleichstellung und Behinderung, Katrin Forster-König, möglich. Bei einer beantragten Zuschußsumme von mehr als 2.000 Euro wird darüber im Fachausschuß für Kultur, Soziales und Integration »Einvernehmen hergestellt«

(Kontakt: Telefon 03334/64-503 oder per eMail an k.forster-koenig@eberswalde.de).

Museum Eberswalde:

Kommunikation mit Strom – Telefon und Rundfunk

Eberswalde (prest-ew/bbp). Das Kollektiv um Museumsleiterin BIRGIT KLITZKE freut sich über die Förderung des neuen Ausstellungs- und Publikationsprojektes mit dem Titel »Kommunikation mit Strom – Telefon und Rundfunk«. Im Rahmen des Museumsförderprogramms »Kultureller Anker« erhält das städtische Museum in Eberswalde vom Landesministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur Fördermittel in Höhe von 20.000 Euro

Als Kooperation zwischen dem Museum Eberswalde und Wissenschaftlern der Leibniz Universität Hannover sowie weiterer Kooperationspartner soll die **Geschichte des Versuchssenders Eberswalde** auf umfassende Weise neu bearbeitet werden. Der weltweit er-

ste Sender zur systematischen Erforschung der drahtlosen Übertragung von Sprache und Musik wurde 1909 in Eberswalde errichtet.

Basierend auf den technischen Erkenntnissen aus den Funkversuchen mit dem Sender in Eberswalde führte die Reichspost eigene Versuche in Königs Wusterhausen durch, die 1923 zum offiziellen Start des Mediums »Rundfunk« im VOX-Haus in Berlin führten. In der Ausstellung soll ebenfalls die Geschichte der ersten Telefonverbindung Deutschlands außerhalb Berlins (1877 zwischen Neustadt-Eberswalde und Schöpfungurth eingerichtet) auf neuartige Weise präsentiert werden. Die interdisziplinäre Sonderausstellung des Museums Eberswalde wird am 20. November eröffnet.

Café Hier & Jetzt in Oderberg:

Akustikgitarre pur mit Eberhard Klunker

Am 11. Juli gibt es ein wunderbares puristisches Gitarrenkonzert mit Eberhard Klunker – open air auf der Hier&Jetzt-Terrasse am Fluß.

Der Berliner Kultgitarist und Komponist Eberhard Klunker hat sich vollständig der akustischen Gitarre verschrieben. Seinen Stil könnte man »Acoustic Fusion« nennen. Weit über die Fingerstyle-Tradition hinausgehend, ist sein Spiel geprägt von Elementen der Rock- und Jazzgitarrentradition, einer pianoartigen Harmonieauffassung und perkussiven Strukturen. Um alle Klangfarben seines Instruments zu erhalten, vermeidet Klunker den Gebrauch technischer Hilfsmittel und künstlicher Klangbearbeitung. Auch Improvisation spielt eine große Rolle: niemals wird ein Stück noch einmal auf die gleiche Weise interpretiert. Einige wichtige Einflüsse sind Keith Jarrett, Pink Floyd, Jimi Hendrix und Django Reinhardt.

Eberhard Klunker lernte autodidaktisch Gitarre spielen und wurde im Alter von 19 Jahren der damals jüngste Berufsmusiker der DDR. Er war Leadgitarist u.a. der MODERN SOUL BAND, KLAUS LENZ BIG BAND und HANSI BIEBL BLUES BAND. Nach einer spektakulären Flucht in die BRD beendete Klunker seine Karriere als elek-

trischer Gitarrist und spielt seither als Akustikgitarist mit verschiedenen Künstlern zusammen, mit denen er international konzertierte und auch Studioalben in verschiedenen Kooperationen veröffentlichte.

Aus einem wachsenden Interesse an der künstlerischen Freiheit des Solospiels entstanden seit 2015 die Alben »Lietzensee« und »Sixteen« mit meisterhaften und feinsinnigen Eigenkompositionen, die verzaubern und geradezu süchtig machen – ebenso wie seine aktuelle Single »There is no way«, die sich an die Spitze der Amazon-Folk-Charts setzte. An diesem Abend erklingt seine Gitarre unter der alten Linde am Fluß und entführt uns ins Hier und Jetzt. Das Konzert findet am Samstag, den 11. Juli, um 20 Uhr statt. Der Eintritt ist frei, wir bitten um Spenden für den Künstler. Bei ungeeignetem Wetter muß das Konzert voraussichtlich leider ausfallen.

SABINE HELMER

Vor dem Konzert gibt es um 18:30 Uhr ein köstliches regionales Menü mit Sommersalat, Blumenkohlgratin und hausgemachter Roter Grütze. Café Hier & Jetzt · Puschkinufer 3 · 16248 Oderberg · www.cafe-hier-und-jetzt.de

In eigener Sache:

BBP-Selbstabholer

Die Verteilung der »Barnimer Bürgerpost« wird hauptsächlich von Leserinnen und Lesern realisiert, die unsere Leserzeitung ehrenamtlich in ihrem Wohngebiet in den Briefkästen der anderen Leserinnen und Leser stecken. Das hat 25 Jahre lang mehr oder weniger gut funktioniert. Und es funktioniert in vielen Bereichen auch heute noch ziemlich gut. All den fleißigen Verteilerinnen und Verteilern sei es gedankt.

Inzwischen findet die »Barnimer Bürgerpost« zunehmend auch außerhalb unserer historischen Verteilbereiche Verbreitung. Für die Zustellung müssen wir häufiger auf den Versand über kommerzielle Postdienstleister zurückgreifen, was die für den Vertrieb kalkulierten Kosten natürlich regelmäßig deutlich übersteigt. Und das mit zunehmender Tendenz. Der Einzelversand per Postdienstleister kostet mittlerweile mehr als ein BBP-Exemplar im Normalabonnement.

Einige Abonnenten beteiligen sich an den Versandkosten durch eine extra Vertriebsgebühr. Das ist natürlich eine Benachteiligung gegenüber jenen Leserinnen und Lesern, die ihre Zeitung innerhalb unserer ehrenamtlichen Verteilstrukturen beziehen können. Andere beschränken sich auf das zusätzliche PDF-Online-Abo, um uns Zustellkosten zu ersparen.

In diesem Jahr haben wir eine neue Möglichkeit erschlossen, die »Barnimer Bürgerpost« möglichst kostensparend an die Leserin bzw. den Leser zu bringen: Die Möglichkeit, die abonnierte Zeitung an einer vereinbarten Stelle selbst abzuholen.

Einen ersten solchen Abholpunkt gibt es jetzt in Bernau. Während in der unmittelbaren Innenstadt einer unserer Verteiler für die regelmäßige Zustellung der BBP sorgt, können sich nun die weiter außerhalb Wohnenden ihr BBP-Exemplar in der Buchhandlung »Schatzinsel« selbst abzuholen – sofern sie das wollen. Einige haben diese Möglichkeit bereits in Anspruch genommen. Wer von unseren Abonnenten in Bernau oder Umgebung die bisherige Postzustellung auf ein Selbstabholer-Abo umstellen möchte, melde sich bitte bei der BBP-Redaktion (Kontakt siehe Impressum).

Vielleicht kann das Bernauer Beispiel auch für die Verbreitung der »Barnimer Bürgerpost« in anderen Städten und Gemeinden als Vorbild dienen, beispielsweise in Wandlitz oder Finowfurt. Dort gibt es schon mehrere BBP-Abonnenten, aber keine ehrenamtlichen Verteiler (außer in einem Teil von Finowfurt). Hier sind wir natürlich auf die Eigeninitiative unserer Leserinnen und Leser angewiesen – aber das entspricht ja letztlich auch dem Grundprinzip unserer unabhängigen Leserzeitung.

GERD MARKMANN,

Redakteur der »Barnimer Bürgerpost«

Kanaltheater:

Die Sehnsucht der Amazonen



Foto: Kanaltheater

Eberswalde (bbp). Am 4. September gastiert das Kanaltheater mit einer Premierenvorstellung open air im EXIL am Bahnhof Eisenspaltrei. Was passiert, wenn eine echte Amazone den Himmel der griechischen Götter verläßt und auf der Erde, genauer gesagt hier in Eberswalde, landet? Was hat sie in den letzten 3000 Jahren verpaßt? Wie ist die Debatte um die Gleichberechtigung vorangeschritten, außer daß jetzt niemand mehr mit dem Schwert dreinschlägt? Was kann sie mit dem Begriff Gender Pay Gap anfangen und was bringt sie mit zur Gender Reveal Party?

Ausstellung im Familiengarten:

Hachschara – Jüdische Selbstorganisation

Eberswalde (bbu). Chawerim – Jüdische Selbstorganisation, Widerständigkeit und die Hachschara-Bewegung sind Gegenstand einer Ausstellung im Eberswalder Familiengarten, die vom 6. Juli bis zum 5. September gezeigt wird.

Die Hachschara war eine beispielgebende Bewegung jüdischer Selbstorganisation und kooperativer Unterstützung von 1917 bis Ende der 1940er Jahre in Deutschland. Während der NS-Zeit war die Hachschara eine Form wider-

ständiger Selbstbehauptung gegen Verfolgung. Einer der Schwerpunkte der Bewegung war die Region Berlin-Brandenburg, einschließlich Eberswalde und Umgebung.

Die Ausstellung wird im Rahmen des Modellprojekts »Chasak! Gegen Antisemitismus im ländlichen Raum« gezeigt und ist eine Kooperation des Instituts für neue soziale Plastik und der Bürgerstiftung Barnim Uckermark (neue-soziale-plastik.org/chasak).

Rentensprechstunde im Juli

Es gibt sie wieder, die Rentensprechstunde der Volkssolidarität. In Eberswalde in der Mauerstraße 17 (Richterplatz) ist der nächste Termin am Mittwoch, dem 8. Juli, von 10 bis 12 Uhr. Zur gleichen Uhrzeit findet die Rentensprechstunde am Mittwoch, den 15. Juli, in Bernau statt. Dort kommen Sie bitte in das Altenhilfe- und Begegnungszentrum der Volkssolidarität Bernau-Süd in der Sonnenallee 2. Die Rentensprechstunde findet derzeit **nur auf Anmeldung** statt. Anmeldung bitte bei Frau Nikitenko unter Telefon 03338/8463.

ANDREA HOEHNE

Das Strohfeuerle

*Woher es kommt, wohin es geht
zu fragen ist es nie zu spät.*

*Es brennt noch nicht, nur innerlich.
Es wartet auf den Augenblick.*

*Es soll im richtigen Moment
entflammen, leuchten. Monument*

*sein, öffentlich und schön und jedermann
wird meine Fackel lodern sehn.*

*Der Anlaß ist so wichtig nicht.
Das Feuerle beleuchtet mich*

*und meine kleine Pupserson
reckt sich empor zum Luftballon.*

*Das kann politisch sein, privat, in
Kunst, Verein und Apparat.*

*Nur blasen muß ich fest und fromm.
Sodaß mein Ich Fasson bekomme.*

*Doch ach und ach. Mir wird so schwach.
Die Flammen lassen plötzlich nach.*

*Das Stroh, das Stroh, das geht zur Neige.
Ein andres Feuerle sich zeige.*

*Fällt nun zusammen mein Monument.
Es ist die Konkurrenz, die brennt.*

WALTRAUD VOIGT

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die »Barnimer Bürgerpost«

- ☐ zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- ☐ Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ☐ ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)
Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)
- ☐ Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO = 9 Euro + 3 Euro Spende oder mehr)
- ☐ Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 EURO = 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die »Barnimer Bürgerpost« erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über die Deutsche Post wird eine Versandkostenpauschale von 10 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 3 Exemplaren).

Ich zahle: ☐ per Bankeinzug ☐ per Rechnung

IBAN _____ BIC _____ Bank _____

Name, Vorname _____ Straße, Hausnummer _____

PLZ, Ort _____ Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in _____

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen: _____ Datum, 2. Unterschrift Abonnent/in _____

☐ Ich möchte zusätzlich die eMail-Ausgabe der BBP erhalten

eMail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Nutzung der o.g. Angebote)

Coupon senden an: Barnimer Bürgerpost, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde
(Bestellmöglichkeit per Telefon und e-mail siehe Impressum)

impressum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.

anschrift: Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde

telefon: (0 33 34) 35 65 42

e-mail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

internet: www.barnimer-buergerpost.de

redaktion: Gerd Markmann

druckerei: Grill & Frank · (0 33 34) 25 94 088

redaktionsschluß: 29. Juni 2020

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto bei der Berliner Volksbank, IBAN: DE27 1009 0000 3599 4610 00, BIC: BEVODE33. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002. Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO+. Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 26. August 2020.